D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 99
Mai '78 DM 2,–

Tarifkonflikte '78

"... wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!"

IN DIESER AUSGABE:

Arbeitskämpfe

Interview zum Metallerstreik 2
H.E. Brand: Arbeitskämpfe in der BRD 3
Aussperrung 4
Inge Beck: Metallstreik 4
Roger Maidorn: Druckerstreik 5
Gerhard Armanski: US-Bergarbeiterstreik 7

Russell-Tribunal

Interview mit Jury-Mitgliedern 10
M. Schwelien/R. Wiedmann: Kultour 12
Jury-Bericht 13
Helmut Gollwitzer: Abschlußrede 14

Kommentare/Artikel

Robert Detobel: Ölpest 8
Wolfgang Lutterbach: Betriebsrätewahl in Spanien 17
Ursula Schmiederer: Opposition – Ost/West 19
SB-Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit 21

Information/Berichte Initiativen/Aktionen

Aktionskreis Leben 6
„Knipperdolling" 24
"Buback-Nachruf" 25
Grüne Liste Erlangen 26
Bildungsarbeit 27

"Ein Streik, der keinen vom Hocker reißt!"

Gespräch mit Willi Hoss

Nachfolgend drucken wir ein Interview mit einem am Streik in Baden-Württemberg beteiligten Metaller.
Willi Hoss ist Mitglied des Betriebsrats bei Daimler-Benz, Stuttgart-Untertürkheim. Die Fragen stellte Peter Grohmann. Das Gespräch wurde einen Tag vor der Urabstimmung geführt.

Frage: Wie beurteilst Du das Ergebnis des Streiks?

Antwort: Wenn ich den Anspruch, unter dem dieser Arbeitskampf geführt wurde, mit dem erzielten Ergebnis nach einem über dreiwöchigen Streik vergleiche, muß ich sagen: mager.

Frage: Was war der Anspruch?

Antwort: Der Anspruch der Metallarbeiter bezog sich auf eine 8-prozentige Lohnerhöhung, wobei die Kollegen mit den üblichen Kompromißergebnissen, also etwa 6% bei einem Streik, rechneten. Dann war klar, daß der längst fällige Abbau der Lohngruppen I und II erreicht werden müßte, beides Lohngruppen, in der im wesentlichen Frauen sind, insgesamt aber eine sehr geringe Zahl.

Frage: Aber die eigentliche Hauptforderung war doch wohl der Schutz vor Abgruppierung.

Antwort: Richtig. Aber zuerst mal zu den erreichten 5%. Diese 5% decken nicht den Kaufkraftverlust einerseits und die vermehrten Leistungsanforderungen andererseits.
Zweitens: man hat nicht erreicht, daß die beiden unteren Lohngruppen, also I und II, wegfallen, sondern nur die Gruppe I, und das versteht eigentlich niemand. Ich weiß von einem Betrieg im Mannheimer Raum, in dem über 800 Frauen beschäftigt sind in der Niederlohngruppe II, und die sind über das Streikergebnis empört.
Nun zum zentralen Punkt, dem Schutz gegen Abgruppierung und für Besitzstandwahrung. Das ausgehandelte Ergebnis wird dem gestellten Anspruch in keiner Weise gerecht.

Frage: Die bürgerliche Presse sprach von einer "weichen Landung in eine niedrigere Lohngruppe".

Antwort: Es ist Augenwischerei, wenn nun dieser Vertrag "Zur Sicherung der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung" als mehr dargestellt wird, als er in Wirklichkeit ist. Der Vertrag sichert den Unternehmern die Abgruppierung schriftlich zu und regelt einen befristeten Lohnabbau.

Frage: Aber immerhin gab es doch vor diesem Vertrag überhaupt keine Regelung.

Antwort: In unserem Tarifgebiet ergaben sich Abgruppierungen bisher aus zwei Gründen: einmal wegen allgemeiner Rationalisierung, verbunden mit der Vernichtung von Qualifikationen usw., zum anderen aus dem bestehenden Lohnrahmentarifvertrag I, der auch als Tarifvertrag über die analytische oder summarische Arbeitsplatzbewertung bekannt geworden ist. In diesem Lohnrahmentarifvertrag I, den die IG Metall wieder loswerden will und der auch gekündigt ist, ist die Möglichkeit der Abgruppierung bereits vertraglich fixiert und gesichert.
Der Anspruch in dieser 78er Tarifbewegung bestand eben darin, grundsätzlich den Besitzstand der Metallarbeiter zu wahren und Abgruppierungen zu verhindern. Dafür sind die Kollegen in den Streik gegangen. Jetzt aber haben wir einen Zustand, der dem Unternehmer nochmals ausdrücklich zusichert, abzugruppieren. Es ist also eine Vollmacht zur Abgruppierung erteilt worden – wenn nur die Unternehmer bereit sind, den alten Lohn 18 Monate lang weiterzuzahlen.

Frage: Ein Trick also?

Antwort: Ja. Und darunter steht die Unterschrift der Bezirksleitung der IG Metall. Ganz abgesehen davon, gibt es ja in größeren Betrieben bereits das, was jetzt als "Durchbruch" gefeiert wird, zum Beispiel bei uns in Untertürkheim. Diese Regelungen aber haben die Tendenz, den Kollegen die Hände zu binden, was vorher nicht der Fall war.

Frage: Wie wurde das denn vorher gehandhabt?

Antwort: Wenn früher in einer Abteilung Abgruppierungen zur Debatte standen und die Kollegen sauer waren, gingen die Geschäftsleitungen diesen Abgruppierungen aus dem Wege, weil sie keine Unruhe wollten. Denn es bestand natürlich die Möglichkeit, abteilungs- oder auch betriebsweise gegen solche Abgruppierungen zu kämpfen. Der Betriebsrat konnte die Zustimmung verweigern, die Kollegen hatten Handlungsspielraum. Den gibt's jetzt, mit Zustimmung der Gewerkschaften, nicht mehr. Denn das ist ja der Unterschied: ob diese im kapitalistischen Produktionssystem liegenden Abgruppierungen als Folge von Rationalisierung stattfinden oder ob ich als Gewerkschaft dazu noch meine ausdrückliche Zustimmung gebe.

Frage: Ihr hattet doch vor einiger Zeit bei Daimler auch schon eine Auseinandersetzung über diese Frage?

Antwort: Das war vor rund zwei Jahren. Damals hatte die Firma im Omnibusbau und im Motorenprüffeld Mannheim in großem Maße Abgruppierungen vor. Das hätte unbedingt Stunk gegeben. Aber die Firma hat – aus ihrer Sicht klugerweise – eine Betriebsvereinbarung über befristeten Lohnausgleich im Falle von Rationalisierungs-Abgruppierungen angeboten. Die Kollegen hätten sich eine Abgruppierung keinesfalls gefallen lassen. Da kam dann vom Gesamtbetriebsrat plötzlich eine Betriebsvereinbarung auf den Tisch, die je nach Betriebszugehörigkeit einen Lohnausgleich bis zu 24 Monaten vorsah. Wir haben diese Betriebsvereinbarung nicht als "befristeten Lohnausgleich", sondern als "befristeten Lohnabbau" hingestellt und ein Flugblatt zur Information der Belegschaft herausgebracht, mit der Überschrift: "Ist ein befristeter Lohnausgleich besser als gar keiner?". In den darauffolgenden Betriebsversammlungen merkten wir, daß die Kollegen fast voll hinter unserer Argumentation standen.

Frage: Aber die Bezirksleitung hat doch vor dem Streik ganz ähnlich wie Ihr argumentiert?

Antwort: Ja, das entsprach unseren Argumenten. Und erreicht hat man am Ende das, was unser Gesamtbetriebsrat gegen unsere Stimmen durchsetzte: die Genehmigung zur Abgruppierung. Ohne jetzt in Motzerei verfallen zu wollen, muß ich sagen, daß uns eine genaue Durchsicht dieses Verhandlungsergebnisses zeigt, daß es keineswegs so ist, wie Steinkühler oder auch der 1. Bevollmächtigte in Stuttgart, Gotschlich, sagen, nämlich daß der Vertrag ein "Meilenstein" ist und von "größter Bedeutung für die europäische Arbeiterbewegung". Es ist ein Kompromiß, der keinen vom Hocker reißt.

Frage: Das klingt so, als ob nicht mehr drin gewesen wäre ...

Antwort: So wie die IG Metall den Streik geführt hatte, schlechte Information, keine Entwicklung der Kampfbereitschaft, ist die Streikleitung sicherlich an ihre Grenzen gestoßen.

Frage: Wie war denn die Stimmung bei den Kollegen?

Antwort: Ich habe noch nie erlebt, daß sich die Kollegen so auf einen Streik gefreut haben wie auf diesen – es war der vierte in unserem Tarifgebiet. Jeder hat danach gedrängt, mal aus dem Streß, der Monotonie und Eintönigkeit, dem Leistungsdruck auszubrechen. Sowas zeigt ziemlich deutlich, was heute in den Betrieben von den Kollegen gefordert wird. Das führte dazu, daß die Kollegen diesen Streik überwiegend als notwendige "Erholung" auffaßten. Es zeigt aber auch, wie groß die Belastungen sind, und die nehmen ja nicht ab, sondern zu. In diesem Punkt gibt es wirklich große Reserven an Kampfkraft, wenn es um solche aktuellen Forderungen wie Verkürzung der Arbeitszeit, Absicherungen vor Rationalisierung, mehr Urlaub, Verkürzung des Rentenalters usw. gehen würde.

Frage: Heißt das, daß die Kollegen zu wenig "gefordert" wurden im Streik?

Antwort: Im großen und ganzen muß man sagen, daß die Streiks bisher immer so abliefen, daß die Kollegen den Streik befolgten und zu Hause blieben. So auch diesmal. Sie warten zu Hause auf das Verhandlungsergebnis. Je nach Lage werden sie auch mal zu einer Kundgebung oder Demonstration gerufen, wie diesmal gegen die Aussperrung. Aber die eigentliche Verbindung zwischen den Streikenden und Ausgesperrten ist mehr oder weniger unterbrochen, und so darf man sich auch nicht wundern, wenn – von Ausnahmen abgesehen – nur ein kleiner Teil der ausgesperrten oder streikenden Kollegen die Kundgebungsaufrufe befolgt.

Frage: Ist das das allgemeine Bild?

Antwort: Nein, es gibt Ausnahmen. In den Ortsverwaltungen und in den Betrieben, wo die Kollegen schnell und ausreichend informiert wurden und ihnen gezeigt wurde, wie wichtig und notwendig ihre Mitarbeit ist, konnte auch ein größeres Engagement verbucht werden. In Ludwigsburg, wo Hunderte gemeinsam ihre Klage gegen Aussperrung beim Arbeitsrichter abgaben, oder in Ulm, wo sie durch ihren massenhaften Gang zum Gericht zusätzlich den Verkehr blockierten. Wenn die Kollegen einen Sinn in den Aktivitäten sehen, wenn sie die Möglichkeit kriegen, selbst was zu machen, dann sind sie auch bereit, sich einzusetzen. Das trifft auch auf die Streikposten zu. Bei Daimler waren es an den Toren so wenige, die als Streikposten aufgerufen worden waren, daß man schließlich mit Bussen 200 Kollegen aus einem fremden Metallbetrieb heranholen mußte, um die Tore einigermaßen zu besetzen. Sowas liegt nicht an den Kollegen, sondern an den Organisatoren. Solange eben eine Organisation glaubt, sie ist mit ihrem Büro und den Hauptamtlichen und den Verhandelnden stark genug und die Kollegen selbst, für die verhandelt wird, zu Hause läßt, so lange sind auch keine anderen Ergebnisse und Erfahrungen zu erwarten.

Frage: Bisher verzichten die Gewerkschaften offenbar darauf, ihre Basis stärker einzubeziehen. Woran liegt das?

Antwort: Weil sie Angst haben, den Streik nicht in jeder Phase, in jeder Situation lenken und leiten zu können, und das gilt besonders für die "Endphase" solcher Tarifkämpfe. Als das Ergebnis bekannt wurde, herrschte bei den meisten Streikposten helle Empörung. Aber die Streikposten sind eben auch die Kollegen, die ziemlich aktiv an den Auseinandersetzungen teilnehmen. Wenn zehnmal mehr Kollegen in den Streikablauf einbezogen worden wären, wäre auch die Empörung entsprechend größer. Es ist ein Unterschied, ob jemand halb notgedrungen, halb dankbar einen Zusatzurlaub macht und dann irgendwann an die Wahlurne geht, um abzustimmen, oder ob jemand aktiver Streikteilnehmer war.

Frage: Aber die anderen, die "Nicht-Aktiven", sind doch auch laufend unterrichtet worden?

Antwort: Mir ist bisher bei keinem Streik so deutlich geworden wie bei diesem, wie wenig das vermittelt wurde. Von den Verhandlungen waren jeweils nur Floskeln über den Stand der Dinge bekannt. Da hieß es "Leichte Bewegung" – "Starre Haltung" – "Kein Licht im Tunnel" – "Jetzt schwaches Licht" oder dann "Wir stehen kurz vor dem Durchbruch". Wer soll damit denn was anfangen? Inhaltliche Informationen waren mager, man mußte sie sich hintenrum besorgen.

Frage: Woran liegt das?

Antwort: Das liegt auf der gleichen Ebene: man will die Kollegen auf keinen Fall massenhaft in das Streikgeschehen, in die Verhandlungen, einbeziehen. Man will ihnen am liebsten den fertigen Vertrag vorlegen mit der Aufforderung "dem könnt ihr zustimmen". Dieser Streik hat aber auf jeden Fall gezeigt, daß die Kollegen bereit sind, für ihre Sache hinzustehen, in den Streik zu treten. Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt "Verrat! Verrat!" zu rufen. Derjenige, der ernsthaft an der Situation was ändern will, muß gemeinsam mit den Kollegen Bedingungen herstellen, die zu besseren Ergebnissen führen.

★

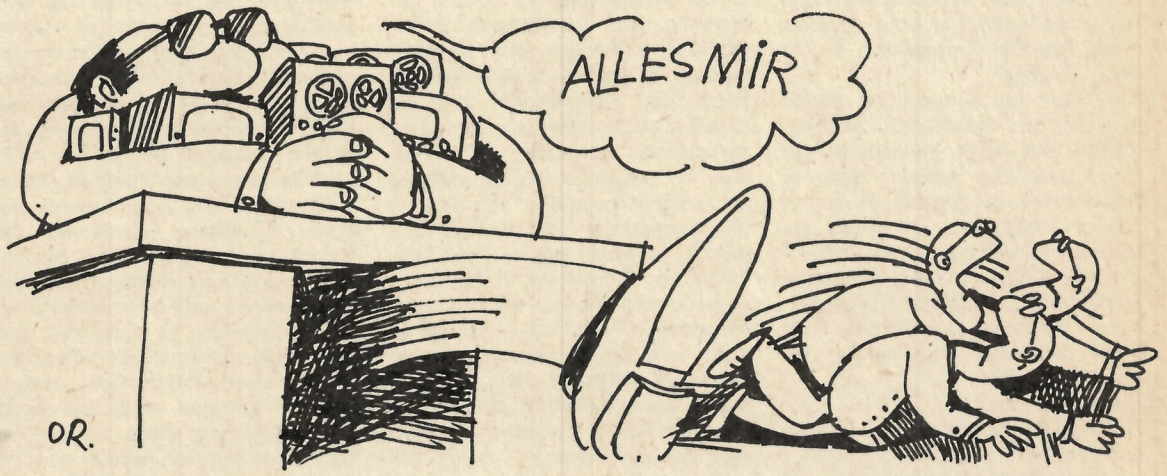
"... wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!"

Mit der Krise leben? Wer noch immer glaubt, daß das so einfach sei, wird täglich eines Besseren belehrt. Die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in der BRD tiefgreifend gewandelt. Der schnelle Übergang von einem Mangel an Arbeitskräften zur Wiederherstellung einer starken Reservearmee im Verlauf der Ende 1973 einsetzenden Krise bedrohte die berufliche und persönliche Situation aller abhängig Beschäftigten. Aber die Bedrohung war nicht nur ökonomischer Art: Alles, was links war, sollte – "im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus" – diffamiert und kriminalisiert werden, um die Arbeiterklasse wieder einmal gegenüber dem Sozialismus zu "immunisieren". Im Rahmen der gegen die Linke organisierten politischen Repression war jeder, der eine Anstellung im öffentlichen Dienst suchte, von Überwachung durch den Verfassungsschutz, Anhörungsverfahren und einem Berufsverbot betroffen.

Zunehmend griffen derartige Repressionspraktiken auch auf die Privatwirtschaft über. Begünstigt durch ein Überangebot an Arbeitskräften und angesichts weithin eingeschüchterter Belegschaften versuchen die Unternehmer heute offensiver als in der Vergangenheit, aktive Kollegen loszuwerden. Und wer erst einmal draußen ist, hat kaum eine Chance, schnell wieder in einen Betrieb reinzukommen. Die Unternehmer können nach Belieben aussieben. Und damit ihnen dabei kein Fehler unterläuft: schwarze Listen, Einschaltung des Verfassungsschutzes, gar nicht so selten auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsfunktionären, um "mißliebige" Kollegen aus den Betrieben fernzuhalten, das ist längst Alltag in deutschen Betrieben. Erst jetzt wird deutlich, in welchem Unfang der Verfassungsschutz auch in der Privatwirtschaft bereits zur Einstellungsinstanz geworden ist.

Doch so wichtig es für die Rechte auch ist, die Linke anzugreifen, wo immer ihr dies möglich ist – ob im öffentlichen Dienst, in der Privatindustrie, an den Schulen und Hochschulen, als Mitglieder politischer Organisationen, als Verfasser und Herausgeber von Zeitschriften und Büchern – so wenig kann es ihr genügen, die politisch Aktivsten einzuschüchtern und zu disziplinieren. Ihr geht es vielmehr darum, die Krise dazu auszunutzen, die Lohnabhängigen insgesamt – unabhängig davon, wo der einzelne politisch steht – ökonomisch zu disziplinieren. Die Unternehmer und ihre politischen Repräsentanten möchten auf diese Weise jene Zugeständnisse wieder rückgängig machen, die sie in den Zeiten der Hochkonjunktur und des Arbeitskräftemangels gewähren mußten, nur um die Produktion auf vollen Touren laufen lassen zu können.

Seit Jahren versuchen sie, dieses Ziel zu erreichen – bisher jedoch ohne einen entscheidenden Durchbruch. Zwar sind die staatlichen Sozialleistungen in weitgehender Übereinstimmung zwischen Regierung, Opposition und Unternehmerverbänden in vielen Bereichen bereits gekürzt worden oder von Kürzungen bedroht, sind immer größere Teile der Arbeiterklasse von Reallohnsenkungen betroffen oder bedroht, wird der innerbetriebliche Leistungsdruck mit Hilfe von Entlassungsdrohungen verstärkt und hat eine breite Rationalisierungswelle Millionen von Arbeitsplätzen beseitigt oder bedroht diese. Doch all das genügt den Unternehmern und ihren politischen Vertretern noch nicht.



Die Unternehmeroffensive in den ersten Monaten des Jahres 1978 war von langer Hand vorbereitet. Bereits im Sommer 1977 verschickte der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder ein vertrauliches Rundschreiben, in dem es hieß, daß ein vertretbares Ergebnis in den kommenden Tarifverhandlungen ohne Inkaufnahme von Streiks und deren Beantwortung durch Aussperrungen nicht zu erzielen sein werde. Günter Dürr, Präsidiumsmitglied von Gesamtmetall und Unternehmerboß von Baden-Württemberg, betonte, daß die Solidarität der Unternehmer für eine harte Tarifrunde vorhanden sei. Frühzeitig wurde der Solidaritätsfonds der Unternehmer für bestreikte Betriebe aufgestockt.

Die Gewerkschaften sollten zum Streik gezwungen werden. Dabei ging es nicht mehr – wie in der Vergangenheit üblich – nur um Lohnprozente, wo eine Einigung vermutlich auch jetzt noch relativ leicht ausschließlich auf dem Verhandlungsweg hätte erzielt werden können. In den entscheidenden Auseinandersetzungen in der Druckindustrie und in der baden-württembergischen Metallindustrie stand mehr auf dem Spiel: es ging um betriebliche Absicherungen vor den Folgen von Rationalisierung. Die Unternehmer befürchteten Einschränkungen ihrer innerbetrieblichen Freiheit, einstellen, entlassen, umgruppieren und abstufen zu können. Deshalb waren die Auseinandersetzungen um die entsprechenden Tarifverträge auch relativ lang und hart.

Die Ausgangsbedingungen für diese Kämpfe waren auf seiten der Beschäftigten keineswegs ungünstig. Der Hafenarbeiterstreik zu Beginn des Jahres 1978 hatte – obwohl nur um Lohnprozente geführt – ein Signal gesetzt: mit 7% war ein Abschluß deutlich über der "Lohnleitlinie" erkämpft worden. Zudem hatten sich die streikenden Kollegen nicht von der Gewerkschaftsführung hinters Licht führen lassen, die ihnen einen 6,4%-Abschluß für 7% hatte verkaufen wollen: mit der Ablehnung des ersten Verhandlungsergebnisses bewiesen sie ihre Unabhängigkeit und weiterreichende Kampfbereitschaft. Die Drucker konnten auf die Erfahrungen des langen 76er Streiks zurückgreifen, während die Metaller in Baden-Württemberg über eine lange Kampftradition in der Nachkriegszeit verfügten – mehr als jeder andere Bezirk der IG Metall.

Die Gewerkschaftsführungen traten verbal kämpferischer als in der Vergangenheit in Erscheinung, ihr tatsächliches Verhalten im Verlauf der Arbeitskämpfe war dies jedoch – insbesondere was die IG Metall angeht – kaum mehr als früher. Kam es im Bereich der Druckindustrie noch zu einer Reihe eigenständiger Aktionen von Belegschaften – bis hin zur Besetzung der Frankfurter Rundschau durch die ausgesperrte Belegschaft, so wurde der Metallerstreik von der IG Metall weitgehend zum "Fernsehstreik" reduziert: die meisten Kollegen waren am Streikgeschehen nur über die Tagesschau beteiligt, während der Gewerkschaftsapparat – von seltenen Ausnahmen abgesehen – den Streik routiniert stellvertretend für die Kollegen "verwaltete" (vgl. das Interview mit Willi Hoss).

In beiden Fällen fiel das Ergebnis dann auch entsprechend mager aus. Am deutlichsten im Metallbereich. Nirgendwo wurden mit den erzielten Ergebnissen "Meilensteine" gewerkschaftlichen Kampfes gesetzt. Das Streikziel: Absicherung gegenüber den Rationalisierungsfolgen wurde nicht erreicht. Vielmehr wurde das Interesse des Kapitals an Durchsetzung seiner Rationalisierungspläne grundsätzlich tarifvertraglich seitens der Gewerkschaften akzeptiert. Als magere Gegenleistung sicherten die Unternehmer zeitlich eng begrenzte Lohn- und Arbeitsplatzgarantien – und auch dies nur für eine Minderheit der Beschäftigten – zu. Zudem war der mit dem Absicherungsvertrag gekoppelte Lohntarifabschluß in Baden-Württemberg mit 5% enttäuschend niedrig.

Die Bedeutung beider Streiks liegt –trotz enttäuschender Ergebnisse und einmal mehr weitgehend "gezähmter" Streikverläufe – darin, daß hier erstmals – beispielhaft auch für die Beschäftigten anderer Branchen – auf breiter Front gegen die Auswirkungen der Rationalisierung angegangen wurde. Die hohen Urabstimmungsergebnisse vor Streikbeginn, die weithin offen artikulierte Empörung über die von der Gewerkschaft ausgehandelten Ergebnisse, die Weigerung der ausgesperrten Metaller, nach Aufhebung der Aussperrung die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen und die vereinzelten Betriebsbesetzungen in der Druckindustrie zeigen jedoch, in welchem Maße gleichzeitig unter den Kollegen die Bereitschaft zu einem weiterreichenden Kampf vorhanden war. Doch davon war der Verlauf der Arbeitskämpfe nicht bestimmt.

Auch der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Aussperrungsstrategie der Unternehmer blieb äußerst begrenzt. Er erschöpfte sich weitgehend auf verbalradikale Proteste und Appelle an den Gesetzgeber oder an das "soziale Gewissen" der Unternehmer. Die einzig richtige Antwort unterblieb jedoch: Ausweitung der Streiks, Besetzung der ausgesperrten Betriebe. Das Beispiel der Besetzung der Frankfurter Rundschau sollte nach dem Willen der Gewerkschaftsführer keine Schule machen. Allerdings zeigte die bereits erwähnte Tatsache, daß fast alle in Baden-Württemberg ausgesperrten Kollegen nach Aufhebung der Aussperrung der Arbeit zunächst

Aussperrung oder das Märchen vom wehrlosen Unternehmer

"Kampfparität" lautete die Formel, mit der die Unternehmer ihre Aussperrungsoffensive im Verlauf des Druck- und Metallstreiks zu rechtfertigen versuchten. Sie konnten sich dabei zwar nicht – trotz gewagter Interpretationsversuche – auf die Verfassung stützen, die zur Aussperrung schweigt, wohl aber auf Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts seit 1955 und auf die These vom "freien Spielraum der wirtschaftlichen Kräfte". Doch wo kann von "Parität" die Rede sein, wenn die Besitzer der Produktionsmittel denen gegenüberstehen, deren Arbeitskraft sie tagtäglich ausbeuten, die sie einschüchtern, disziplinieren und entlassen können? Wo kann von "Parität" die Rede sein, wenn der eine Fabriken sein eigen nennt und den Staatsapparat zum Schutz seines Eigentums mobilisieren kann und der andere über nichts als seine Arbeitskraft verfügt, mit deren Verkauf er nicht mehr als seine tägliche Reproduktion zu sichern vermag?

Ein Recht auf Aussperrung sichert also nicht die "Kampfparität" zwischen Kapital und Arbeit, sondern ist nur eine zusätzliche scharfe Waffe in den Händen des Kapitals. Parität sichert in Wirklichkeit nicht einmal das Streikrecht, doch garantiert es immerhin das Widerstandsrecht der Arbeiterklasse auf dem Boden kapitalistischer Produktionsverhältnisse, das durch die Aussperrung wieder eingeschränkt wird.

Die Aussperrung

– versucht das Streikrecht faktisch aufzuheben

– unterläuft die Streikstrategie der Gewerkschaften, indem diese – unabhängig von eigenen Entscheidungen – dazu gezwungen werden, Streikgelder auch an die ausgesperrten Mitglieder zu zahlen (finanzielle Ausblutungsstrategie des Kapitals)

– verschärft die materielle Bedrohung breiterer Teile der Arbeiterklasse und zwingt zu verstärkter materieller Solidarität

– kann die Arbeiter existentiell treffen, während noch kein Unternehmer an den Folgen einer von ihm betriebenen Aussperrung bankrott gegangen ist; im äußersten Fall ist er von Gewinneinbußen betroffen.

In Ländern, in denen die Arbeiterklasse eine stärkere Kampftradition als in der BRD hat, konnte diese ein gesetzliches Aussperrungsverbot, zumindest aber starke Einschränkungen der Aussperrungsmöglichkeiten, durchsetzen. So bedeutet in Italien die Aussperrung einen Bruch des Arbeitsvertrages. In Frankreich ist der Aussperrung die Schärfe genommen, weil aussperrende Unternehmer die Kündigungsfrist einhalten müssen. In beiden Ländern wird der Begriff der "Kampfparität", also die formale Gleichsetzung von Streik und Aussperrung, rechtlich nicht akzeptiert. In Portugal ist die Aussperrung seit kurzem gesetzlich verboten. In den Niederlanden sind die Unternehmer im Aussperrungsfall zur Lohnfortzahlung verpflichtet. In den skandinavischen Ländern besteht zwar teilweise ein Recht zur Aussperrung, doch wird davon angesichts einer traditionell kämpferischen Arbeiterklasse kaum Gebrauch gemacht. In fast allen westeuropäischen Ländern wird die Aussperrung – sofern sie nicht verboten ist – rechtlich so weit erschwert, daß die Unternehmer sie nur selten einsetzen.

Die Bundesrepublik aber ist Europas Aussperrungsland Nr. 1. Hier besteht keine gesetzliche Einschränkung oder gar ein Verbot der Aussperrung. Das in der Verfassung des Landes Hessen enthaltene Aussperrungsverbot steht – wie die Erfahrungen der letzten Wochen wieder einmal bewiesen – nur auf dem Papier. Immer wieder haben die Unternehmer angesichts einer wenig kämpferischen Arbeiterklasse und fehlender rechtlicher Einschränkungen die Aussperrung praktiziert – in den letzten Jahren zunehmend nicht mehr einzelbetrieblich, sondern als Flächenaussperrung (im Druckerstreik sogar bundesweit), um auf diese Weise die gewerkschaftliche Strategie finanziell relativ wenig belastender Schwerpunktstreiks auf breiter Front zu treffen.

Appelle an den Gesetzgeber oder an das "soziale Gewissen" der Unternehmer, wie sie seitens der Gewerkschaften in letzter Zeit zunehmend zu hören sind, werden die gegenwärtige Lage nicht verändern. Freiwillig werden die Unternehmer auf die Waffe der Aussperrung nicht verzichten. Dagegen hilft nur der aktive Widerstand der Kollegen selbst: die Beantwortung jeder Aussperrung durch Ausweitung von Streiks und Betriebsbesetzungen, durch die Organisierung von Kämpfen, die die Unternehmer schließlich zwingen, auf die Aussperrung zu verzichten. Die einige Tage demonstrierte Weigerung der in Baden-Württemberg ausgesperrten Kollegen, nach Aufhebung der Aussperrung wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, war ein Schritt in die richtige Richtung.

H.E. BRAND

Metallerstreik: ungeliebtes Kind

6.4.1978. Der Streik ist so gut wie beendet, die Aussperrung zurückgenommen, die Urabstimmung läuft.

Zur Arbeit geht niemand trotz Aufhebung der Aussperrung und Abziehen der Aussperrungsposten. "So leicht geben wir nun doch nicht auf"!

In den Streiklokalen ist die Stimmung auf dem Nullpunkt. Müdigkeit, Enttäuschung, Wut – drei Wochen Streik und nun ein solches Ergebnis. "Dafür hätten wir nicht drei Wochen lang im Regen und in der Kälte stehen müssen", sagen die meisten.

– 5% sind sehr wenig.

– Lohngruppe II bleibt: Für die Frauen ein völliger Mißerfolg!

– Der Absicherungsvertrag ohne die kollektive Absicherung verhindert weder Abgruppierung noch Entlassung.

– Die Angestellten (die die meisten "Streikbrecher" stellten) können nur um eine Lohngruppe abgruppiert werden im Gegensatz zu zwei Lohngruppen bei den Arbeitern.

Die Arbeiter sind sauer.

Ein enttäuschendes Ende dieses "beispiellosen Arbeitskampfes in der Geschichte der Arbeiterbewegung". Die Euphorie der Großveranstaltung in Eppelheim am 4.3., wo Franz Steinkühler die Faust hob und den 5.000 Funktionären "Rot Front" zurief, erscheint vielen heute als Hohn.

Die Front der Streikenden stand in den meisten Betrieben, als am 15.3. rund 50.000 Arbeiter und Angestellte in Stuttgart in den Streik traten, die Tore waren dicht. Und das trotz mangelhafter Vorbereitung von Seiten der hauptamtlichen Funktionäre (noch Ende Dezember gab es keine klaren Vor-

fernblieben, in welchem Maß diese bereit waren, spontan Widerstandsformen gegen die Aussperrungsstrategie des Kapitals zu entwikkeln. Dagegen waren sie – weithin wohl als Zeichen stillen Protestes gegen die Gewerkschaftsführungen – umso weniger bereit, beispielsweise einem DGB-Aufruf zu Anti-Aussperrungs-Kundgebungen traditioneller Art kurz vor Feierabend zu folgen, der vom DGB zudem ausdrücklich nicht als "Aufruf zur allgemeinen Arbeitsniederlegung" bezeichnet wurde (FR 23. 3.78). Die in 32 Städten Baden-Württembergs von DGB und Einzelgewerkschaften erstmals gemeinsam gegen die Aussperrung durchgeführten Kundgebungen und Demonstrationen waren zumeist – gemessen an der Zahl der Streikenden und Ausgesperrten – nur schwach besucht.

Angesichts dieses insgesamt begrenzten Widerstandes gegen die Aussperrung werden die Unternehmer diese auch weiterhin einsetzen können. Dabei ist ihnen die Unterstützung der Bundesregierung sicher: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erklärte, die Bundesregierung sei einmütig der Ansicht, die Aussperrungs-Gesetzgebung solle nicht geändert werden.

Im betrieblichen Alltag wird sich an der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit mit dem Abschluß der Tarifverträge nichts Wesentliches ändern. Teilweise dürften die Unternehmer ihre Position sogar noch verstärkt haben, wie das Interview mit Willi Hoss andeutet. Oft genug wird nur ein aktiver betrieblicher Kampf die Unternehmer veranlassen können, selbst die bescheidenen vertraglichen Regelungen einzuhalten. Dennoch kann man nicht einfach von einer Niederlage sprechen. Die Widerstandsbereitschaft der Kollegen auch gegenüber den Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer hat gezeigt, daß sie nicht bereit sind, sich zum Spielball unternehmerischer Interessen machen zu lassen. Die Erfahrung der Aussperrung als Erfahrung uneingeschränkter unternehmerischer Freiheit und einer ausschließlich die Unternehmer begünstigenden Rechtsprechung kann zudem Lernprozesse einleiten, die zur Basis der Politisierung von "ökonomischen" Kämpfen werden könnten. Die Empörung über die Aussperrungen begünstigte aber auch das Durchbrechen der traditionellen Formen gewerkschaftlicher Kämpfe durch die Kollegen selbst, wie einige bereits erwähnte Beispiele beweisen.

Bei Redaktionsschluß sind die Auseinandersetzungen in der Metallindustrie in der BRD noch nicht beendet. Eines aber hat der Verlauf der Auseinandersetzungen bereits gezeigt: daß es den Unternehmern mit Hilfe einer kompromißbereiten Gewerkschaftsführung zwar weitgehend gelungen ist, ihre unmittelbaren Ziele hinsichtlich tarifvertraglicher Regelungen zu erreichen, die in ihre innerbetrieblichen Entscheidungsbefugnisse bei den anstehenden Rationalisierungen nur unwesentlich, wenn überhaupt, eingreifen; daß es ihnen aber nicht gelungen ist, die Kollegen selbst einzuschüchtern und jene Widerstandsbereitschaft zu unterdrücken, die oft genug dort sichtbar wurde, wo der Gewerkschaftsapparat den Streikverlauf nicht bis ins letzte kontrollierte. Und wenig deutet darauf hin, daß es den Unternehmern in absehbarer Zeit gelingen wird, die hier sichtbar gewordene Bereitschaft der Kollegen, nicht alles mit sich machen zu lassen, zu brechen.

H.E. BRAND

stellungen über die Kampfkraft in den Betrieben, war die Information völlig ungenügend und eine klare Konzeption dieses Arbeitskampfes fehlte). Auch trotz der Querelen zwischen Bezirksleitung und Vorstand der IGM (am Wochenende vor Streikbeginn reiste Franz Steinkühler mit der Tarifkommission nach Frankfurt, um sich unter Mühen das endgültige "ja" für den Streik in Baden-Württemberg zu holen) und trotz der – schon alten – eifersüchtigen Rivalität der Bezirke Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (NRW wollte diesmal nicht schon wieder hinter Ba-Wü zurückstehen, sondern war der Meinung, mit seiner "nackten" 8%-Forderung schneller zu einem Ergebnis kommen zu können, da der Absicherungsvertrag bei der Bezirksleitung in Dortmund keine Freunde fand). Die aktiven Arbeiter und Angestellten in Baden-Württemberg wollten diesen Streik, sie haben ihn geführt und hätten ihn auch noch weiter geführt.

"Ich kann verstehen, daß man irgendwann mürbe wird in diesen endlosen Verhandlungen, aber wegen mir hätten sie das nicht machen müssen und wegen vieler anderer aktiver Kollegen auch nicht", sagt ein Betriebsrat von Bosch Reutlingen.

Aber Franz Steinkühler und die anderen Verantwortlichen beugten sich dem Druck, der auf sie ausgeübt wurde. Für den Vorstand der IGM war dieser Streik ein ungeliebtes Kind. Nicht zuletzt deshalb, weil die SPD-Führung Angst hatte, die Unternehmer-Strategie könnte Erfolg haben, die SPD-Regierung der Unfähigkeit, den "Sozialen Frieden" zu erhalten, zu überführen.

Es wird erzählt, bei der Bezirksleitung seien die Telefone heiß gelaufen, Staatsminister Wischnewski habe lange mit Franz Steinkühler telefoniert. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Eugen Loderer und Helmut Schmidt mögen ein übriges bewirkt haben.

Aber nicht nur auf der Ebene der "hohen Politik" wurde gemauschelt, auch auf der betrieblichen Ebene wurde nach Meinung vieler Kollegen zu viel sozialpartnerschaftliche Rücksicht genommen. So wurden beispielsweise bei Porsche und Bosch die Entwicklungsabteilungen aus dem Streik herausgehalten, um für die Unternehmer zentrale, an große Aufträge gebundene Entwicklungen nicht zu gefährden. "Wozu streiken wir dann eigentlich, wenn alles, was die Unternehmer wirklich trifft, ausgespart wird?", fragte sich da mancher.

Der große Schritt nach vorn wurde so zu einem zaghaften Schrittchen.

An den Arbeitern und Angestellten, die drei Wochen von morgens bis abends auf den Beinen waren, liegt es nicht, daß das nun ausgehandelte Ergebnis akzeptiert wird. Sie haben mit viel Energie und Phantasie gekämpft.

In den Streiklokalen und vor den Werkstoren wurde den ganzen Tag diskutiert, Parolen entstanden (Giovanni, Eva, Klaus – der Unternehmer sperrt alle aus) und Theaterstücke, Kundgebungen, Schweigemärsche und Familiennachmittage wurden organisiert. Aber die Aktiven waren die Minderheit der 90.000 Streikenden und 140.000 Ausgesperrten. Die, die zu Hause geblieben waren, um zu "tapezieren oder den Garten umzugraben", sind zwar auch nicht begeistert, daß sie ab Montag wieder arbeiten sollen, aber sie können die ganze Angelegenheit zu wenig durchschauen, sind zu wenig einbezogen, um sich gegen das Verhandlungsergebnis zu wehren. Viele, die zur Urabstimmung kommen, wissen gar nicht so recht, worum es eigentlich geht; mit ihnen allen in den Urabstimmungslokalen noch zu diskutieren, ist unmöglich.

Die IG Metall-Führung wird nach der Urabstimmung wieder einmal aufgrund miserabler Informationen und fehlender Aktivierung (vor allem der Ausgesperrten) "erfolgreich" sein.

Bleibt nur die Frage eines Kollegen: "Mit wem wollen die eigentlich die nächste Tarifauseinandersetzung führen? Mit uns nicht! Wir fühlen uns ziemlich verarscht!" Das Ergebnis der Urabstimmung – 44,6% der abstimmenden organisierten Metaller des Tarifbezirks geben dem ausgehandelten Tarifvertrag nicht die Zustimmung – ist der erste Ausdruck dieses Gefühls.

INGE BECK

Druckerstreik: Nur jeder fünfte Arbeitsplatz geschützt!

Seit den sechziger Jahren ist die westdeutsche Arbeiterklasse mit der Einführung neuer Technologien und der verschärften Ökonomisierung und Intensivierung der Arbeit konfrontiert. Waren die Antworten der Gewerkschaften zunächst Rationalisierungsschutzabkommen, die lediglich die Rationalisierungsfolgen monetarisierten (Abfindungen bei Entlassungen), so richten sich die Bemühungen gewerkschaftlicher Politik in den siebziger Jahren zunehmend auf manteltarifpolitische Forderungen und seit der Krise 1974/75 auf Fragen der Besitzstandssicherung (Arbeitsplatz und Entgelt). Neben die Forderungen nach Umverteilung treten also zunehmend Forderungen, die unmittelbar mit der Verfügungsgewalt über den kapitalistischen Produktionsprozeß kollidieren und deshalb den massiven Widerstand des Kapitals herausfordern. Der Konflikt in der Druckindustrie um den am 21.3.78 zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden abgeschlossenen "Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme" ist im Rahmen dieser Entwicklung exemplarisch.

Im September 1975 leitete die IG Druck und Papier den Unternehmerverbänden den Entwurf eines Tarifvertrages zu, der die Folgen der Einführung neuer Technologien abfedern sollte. Die Kapitalverbände zeigten sich nicht verhandlungsbereit. Ihre Taktik war: Verhandlungen verschleppen und in den Betrieben vollendete Tatsachen schaffen. Erst der Spruch des obersten Schiedsgerichts zwang sie im September 1976 an den Verhandlungstisch. Nach 7 Verhandlungsrunden brach die IG Druck und Papier im September 1977 die Verhandlungen als nicht mehr erfolgversprechend ab und begann mit den Vorbereitungen von Streiks, da davon ausgegangen werden konnte, daß auch die Schlichtung zu keinen Ergebnissen führen würde.

Vor dem Hintergrund jahrelanger vergeblicher Bemühungen um eine neue Lohn-Tarifstruktur, um Tarifverträge zur Mitbestimmung in den Pressehäusern und der breiten Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben war in der IG Druck und Papier die Einsicht gewachsen, daß sie als Sozialpartner nicht mehr ernst genommen wurde – und um dies zu ändern, eine kämpferische Politik entwickeln mußte. Der Lohnkampf 1976 war erster Ausdruck dieser Einsicht. Die Totalaussperrung, die die IG Druck und Papier an den Rand des finanziellen Ruins trieb, erforderte auch ein Umdenken in den Streikformen. Der Gewerkschaftstag beschloß daher u.a. eine Satzungsänderung (Proteststreiks ohne Urabstimmung, betriebliche Urabstimmung für Schwerpunktstreiks), die eine flexiblere und den finanziellen Möglichkeiten angepaßtere Streiktaktik ermöglichen sollte. Zudem sprach er die Empfehlung aus, bei Aussperrung – insbesondere in Hessen, wo sie durch die Verfassung verboten ist – Betriebsbesetzungen in Erwägung zu ziehen.

Die Schlichtung scheiterte wie erwartet, und eine erste Welle von Warn- und Proteststreiks begann, die die Unternehmer zurück an den Verhandlungstisch zwang. Als sie erneut keinerlei Zugeständnisse gegenüber den wesentlichen Forderungen machen wollten, lief eine zweite Streikwelle an (5.-21.1.78), die die Unternehmer zu gewissen Zugeständnissen bewegte. Auf der Basis der von ihnen vorgelegten "Leitsätze" erarbeitete eine gemeinsame Redaktionskommission einen Tarifvertragsentwurf. Sein Abschluß wurde durch heftige Proteste der Basis verhindert (vgl. "links" Nr. 97). Die IG Druck und Papier erarbeitete einen neuen Tarifvertragsentwurf, der allerdings auf keinerlei Verhandlungsbereitschaft mehr bei den Unternehmern stieß. Für die Gewerkschaft blieb nur der Ausweg, über Streiks erneut für deren Verhandlungsbereitschaft zu sorgen.

Über die taktische Variante "Firmentarifverträge" wurde zunächst eine Atempause geschaffen, um

»Die einzige Pietät dem Publikum gegenüber ist, seinen Verstand möglichst hoch einzuschätzen.«
Bertolt Brecht

Horst Bredekamp,
Kunst als Medium sozialer Konflikte
Bilderkämpfe von der Spätantike bis zur Hussitenrevolution
es 763, DM 12,–

Agnes Heller,
Das Alltagsleben
Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion.
Herausgegeben von Hans Joas
es 805, DM 10,–

Manuela du Bois-Reymond,
Verkehrsformen zwischen Elternhaus und Schule
es 830, DM 9,–

Ernst Kris,
Die ästhetische Illusion
Phänomene der Kunst in der Sicht der Psychoanalyse
es 867, DM 9,–

Umwälzung einer Gesellschaft
Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911–1949). Herausgegeben von Richard Lorenz
es 870, DM 14,–

Starnberger Studien 1:
Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts
es 877, DM 14,–

Franz Neumann,
Wirtschaft, Staat, Demokratie
Aufsätze 1930–1954.
Mit einer Einleitung von Alfons Söllner
es 892, DM ca. 12,–

Ute Gerhard,
Verhältnisse und Verhinderungen
Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert.
Mit Dokumenten
es 933, DM ca. 14,–

edition suhrkamp

Aktionskreis Leben

Mitte März trafen sich in Frankfurt etwa 100 Teilnehmer zur ersten bundesweiten Arbeitstagung des Aktionskreises Leben. Eine erste Bilanz ergab, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt in etlichen Großstädten der Bundesrepublik und in Berlin bereits lokale Aktionskreise gebildet haben und weitere Gründungen in Vorbereitung sind; rund 400 Unterschriften stehen bislang unter dem gemeinsamen Aufruf (abgedruckt in "links" Nr. 97, März 1978), die Unterzeichner kommen vorwiegend aus der ÖTV, GEW und IG Metall.

Aus den Berichten über örtliche Erfahrungen und Schwierigkeiten wurde deutlich, daß dem Aktionskreis Leben noch eine möglicherweise lange "Geburts- und Kindheitsperiode" bevorsteht, in der er um seine betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung kämpfen muß. Der Widerstand ist in beiden Bereichen erheblich, und erfolgversprechende Ansätze sind Produkt langfristiger Arbeit, die stark von den lokalen gewerkschaftlichen Strukturen geprägt ist.

Nach den Pro-Atom-Beschlüssen des DGB im November letzten Jahres und der allgemein geringen Resonanz der antiatomaren Bewegung in den Betrieben ist die Verbreiterung der Basis in Betrieben und Gewerkschaften, das Offenhalten und Schaffen von Diskussionsmöglichkeiten die zentrale Aufgabe des Aktionskreises Leben. Im Mittelpunkt müssen dabei die betrieblichen Erfahrungen mit Rationalisierungen und Arbeitslosigkeit stehen, um Alternativen zum herrschenden Wachstumskonzept, zu inhumanen Technologien und Energieverschwendung in die Diskussion zu bringen. Im Prinzip haben die Gewerkschaften durch die Unterstützung des Aktionskreises Energie auch die Möglichkeit des Aktionskreises Leben zugestanden.

Der Aktionskreis Leben versteht sich dabei nicht als Organisation mit gemeinsamer Plattform und engumrissener Struktur, sondern als offene Bewegung, die sich aus lokalen und betrieblichen Initiativen und Gruppen zusammensetzt. Auf Bundesebene wird lediglich ein Informationsbüro eingerichtet, das dem Kontakt der Gruppen untereinander und der Verbreitung von Materialien und Informationen (Info-Dienst) dient. Gemeinsame Aktionen und die längerfristige Arbeit sollen in Arbeitskonferenzen besprochen werden.

Beim Austausch über Selbstverständnis und Zielsetzung der lokalen Aktionskreise wurden zwar unterschiedliche Gewichtungen – vor allem was das Themenspektrum der Arbeit angeht – und kontroverse Einschätzungen in einzelnen Punkten sichtbar. Der bisherige Aufruf wurde aber von allen als gemeinsame Arbeitsgrundlage akzeptiert, und auf programmatische Ergänzungen oder größere Veränderungen wurde verzichtet.

Mit der Hoffnung, daß durch die aktuellen Arbeitskämpfe und Tarifkonflikte der Boden in den Gewerkschaften aufgelockert ist, plant der Aktionskreis Leben bzw. die örtlichen Gruppen vor allem zum 1. Mai und zum DGB-Kongreß in Hamburg neue Initiativen. Außerdem werden Broschüren zum innergewerkschaftlichen Diskussionsstand in Sachen Kernenergie und zur Arbeitsplatzfrage vorbereitet.

Zentrale Kontaktadresse: Aktionskreis Leben, Gustav Rentzing, St. Gilles Str. 21, 6050 Offenbach.

die bis dahin immer noch nicht sichergestellte Unterstützung durch den DGB und andere Einzelgewerkschaften zu erreichen und zeitlich näher an die sich abzeichnenden Streiks in der Metallindustrie heranzurücken. Die dann angelaufene letzte 3-wöchige Kampfphase, die mit unbefristeten Streiks in 4 Schwerpunktbetrieben und mit Urabstimmungen und befristeten Proteststreiks in einer Reihe anderer Großbetriebe begann, schaukelte sich über Teilaussperrungen und erneute Proteststreiks bis zur bundesweiten Aussperrung hoch und endete schließlich unter Vermittlung der politischen Schlichter Wischnewski und Stingl durch Abschluß eines Tarifvertrages.

Das Ergebnis zeigt sowohl die momentanen Grenzen der Kompromißbereitschaft des Kapitals als auch die Grenzen bisheriger gewerkschaftlicher Tarifpolitik auf:

- **Trotz der für bestimmte Arbeitergruppen für 10 Jahre gesicherten Arbeitsplatz- und Verdienstgarantie verhindert der Tarifvertrag nicht, daß von 100 Arbeitsplätzen (von denen wiederum 90 rationalisierungsbedroht sind) höchstens 40 geschützt werden – wobei diese Zahlen den Rationalisierungseffekt lediglich auf einen Betrieb bezogen ausdrücken. Die infolge der starken Konzentrations- und Zentralisationsprozesse entfallenden Arbeitsplätzen verschieben diese Zahlen noch einmal. Das heißt, tatsächlich sind ca. 20 von 90 rationalisierungsbedrohten Arbeitsplätzen geschützt.**
- **Weiterhin verhindert der Tarifvertrag nicht, daß die in der Texterfassung Beschäftigten, die vorher keine Schriftsetzer- oder Korrektorentätigkeiten ausgeführt haben (z.B. Perforatortaster) über eine über 7 Jahre laufende "weiche Landung" abgruppiert werden.**
- **Für diejenigen, die arbeitslos werden, sind Abfindungen vorgesehen, für Umschuler zusätzliche Unterstützungszahlungen (20% vom Umschulungsgeld) dann, wenn sie von der Bundesanstalt für Arbeit nicht verrechnet werden. (Dies ist noch ungeklärt).**
- **Festgeschrieben ist auch, daß derjenige, der sich für die Bildschirmarbeit gesundheitlich nicht eignet, den Arbeitsplatz verliert. Voraussetzung für die Arbeit an Bildschirmgeräten ist die augenärztlich festgestellte Eignung. Was mit den Kollegen passiert, die nicht geeignet sind, regelt der Vertrag nicht. Was die Gestaltung der Arbeitsplätze und der Arbeitsumwelt angeht, bleiben die Regelungen des Tarifvertrages weitgehend unverbindlich.**

Auch die Regelungen zum Gesundheitsschutz und zur Gestaltung der Arbeitsplätze und der Arbeitsumgebung bedeuten keinen Durchbruch zu neuen Ufern. Lautete die Forderung der IG Druck und Papier: Maximal 4-stündige Bildschirmarbeit und 20 Minuten Pause pro Stunde bei mehr als 4-stündiger Arbeit am Terminal, so sind bei 8-stündiger Arbeit lediglich je Stunde 5 bzw. alle zwei Stunden 15 Minuten Pause erreicht worden. Stehen dieser Regelung "arbeitsorganisatorische Belange" entgegen, so darf die tägliche Bildschirmarbeit 6 Stunden nicht übersteigen.

Damit wird deutlich, wie schlecht es eigentlich um die Verhinderung der existenzbedrohenden Arbeitsplatzvernichtung für den Bereich Textverarbeitung in anderen Wirtschaftsbereichen und im öffentlichen Dienst aussieht. Denn der Konflikt spielte sich in einem Bereich ab, der traditionell zu den gewerkschaftlich bestorganisierten und kampfstärksten zählt. Zudem: im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften hat die IG Druck und Papier über den Abschluß von Manteltarifvertrags-Anhängen schon immer eine Arbeitsplatzsicherungspolitik in Form von Besetzungsregelungen für die einzelnen Sparten/Berufsgruppen der Druckindustrie, wie sie auch der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag vorsieht, betrieben. Auch haben die Erfahrungen aus dem Lohnkampf 1976 die Druckarbeiter und die IG Druck und Papier desillusioniert und zu einer kämpferischen Interessendurchsetzung bereit gemacht, die in den anderen Teilen der Arbeiterklasse – insbesondere in den Büros und Verwaltungen – noch nicht erreicht ist. Damit wird weiterhin deutlich, daß weder ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad noch eine kämpferisch betriebene "aktive Tarifpolitik" die Garantie dafür sind, wesentlichen Einfluß auf die Umstrukturierung des Kapitalverwertungsprozesses zu gewinnen und die Folgen dieser Umstrukturierung maßgeblich zu mildern oder gar zu verhindern. Das Ergebnis in Form des Tarifvertrages ist allerdings nur ein Gesichtspunkt dieses Tarifkonfliktes. Eine andere wesentliche Frage ist, was sich im Bewußtsein der Druckarbeiter verändert hat. Ohne Zweifel haben die Druckarbeiter vor allem in den bestreikten und aussperrenden Betrieben die Erfahrungen aus dem Streik 1976 vertiefen können. Ausdruck davon wa-

Rotbuch 183:
Fernando Claudin
Zukunft des Eurokommunismus
ca. 160 Seiten ca. DM 10.– (Abo 9.–)
Aus dem Inhalt: I) Die Aktualität des Eurokommunismus; II) Der Eurokommunismus und Moskau/Ursprung des Konflikts/Schisma im Osten/Schisma im Westen; III) Der demokratische Weg zum Sozialismus; IV) Weitere Schritte

Rotbuch 187:
Fernando Mires
Kuba: Die Revolution ist keine Insel
ca. 160 Seiten ca. DM 9.– (Abo 8.–)
Mires hat eine Analyse der kubanischen Entwicklung vor und nach der Revolution geschrieben. Er untersucht die **Abhängigkeit von der Sowjetunion,** die **Funktion der Staatspartei** und bestimmt die **Grenzen seiner Entwicklung zum Sozialismus.**

Rotbuch 180:
Vera Kamenko
Unter uns war Krieg
Autobiografie einer jugoslawischen Arbeiterin
Mitgearbeitet: Marianne Herzog
ca. 112 Seiten ca. DM 7.– (Abo 6.–)

Rotbuch 189:
Gerhard Seyfried
Wo soll das alles enden
Cartoons
96 Seiten DM 8.–

Rotbuch
im Frühjahr '78:

Rotbuch 179: Gibt es genug zu essen? Reiche und Arme – wer zahlt für wen? Der Mythos von der Überbevölkerung. Wem nützen neue Technologien? Wie man aus dem Hunger Profit schlägt. Geplante Knappheit. 192 Seiten, DM 12,– (Abo 11,–).

ren die konsequente Öffentlichkeitsarbeit (regelmäßige Flugblattaktionen, Notzeitungen, Infostände, Demonstrationen, gezielte Information von Kolleg(inn)en anderer Gewerkschaften); das nicht mehr nur untätige Hinnehmen der Aussperrung (zum Teil kamen die Druckarbeiter den Aufforderungen, den Betrieb zu verlassen, nur schleppend oder wie bei "Klingspor" oder der "Frankfurter Rundschau" gar nicht nach); die verstärkte Kontrolle gegenüber dem Hauptvorstand, die sich in der massiven Protestwelle gegen den beabsichtigten Abschluß auf Basis des "Mayschoss-Entwurfs" entlud.

Noch weitergehender war die Kritik, die aus dem Hamburger Ortsverein kam, der ein neues gewerkschaftliches Selbstverständnis äußerte, das sich zum einen von Gemeinwohlvorstellungen verabschiedete und konsequent die Sicherung der eigenen Interessen maximalistisch forderte – "keine Entlassung durch die Einführung neuer Technologien" – und sich zum anderen scharf gegen die instrumentalisierende Knopfdruckpolitik des Hauptvorstandes wehrte. Sie forderten, nicht vorschnell abzuschließen, sondern eine breite Diskussion und Mobilisierung in der Mitgliedschaft zu organisieren, um dem Kampf die notwendige Breite zu geben, die einen Tarifvertrag ihrer Forderung weitaus näher gebracht hätte.

Die Streiktaktik des Hauptvorstandes stützte sich entgegen dem im März 1977 verabschiedeten Aktionsprogramm nicht auf eine breite Diskussion und Mobilisierung, sondern lediglich auf wenige Großbetriebe (38 Urabstimmungen), wobei die Kampfstärke wohl mehr an der Betriebsgröße festgemacht wurde als an der tatsächlich vorhandenen Kampfkraft (in 2 Betrieben wurde die 75%-Grenze nicht erreicht). Auch die Reserveurabstimmungen in mehreren Betrieben schafften Verwirrung. Es wurde zwar abgestimmt, aber gestreikt werden sollte nicht, auch dann nicht, wenn die Belegschaften es wollten. Auch Belegschaften, die nach der Aussperrung nicht zurück in den Betrieb wollten, wurden wieder reingeschickt.

Hier werden die Grenzen zu einer selbstbestimmten Auseinandersetzung mit dem Kapital ebenso deutlich wie die Starrheit der "flexiblen Streiktaktik". Als besonderes Problem stellten sich auch in diesem Kampf die nicht aufgearbeiteten Differenzen zwischen Druckern und Setzern und Facharbeitern und Hilfskräften, die ihre Basis in der erheblich unterschiedlichen, nicht gerechtfertigten Entlohnung haben. Dominierendes Bestimmungsmoment war nicht die Entwicklung von Bewußtsein und Kampfkraft, sondern das Ziel, mit möglichst geringen Mitteln die größtmöglichen Zugeständnisse am Verhandlungstisch zu erreichen. Stellvertreterpolitik und der ihr korrespondierende instrumentalisierende Bezug auf die Basis sind noch weitgehend nicht in Frage gestellt.

ROGER MAIDORN

Bergarbeiterstreiks in den USA

Auf den Streik der amerikanischen Kohlenbergarbeiter wurde man hierzulande erst aufmerksam, als er sich als der längste in der Geschichte der Branche erwies und sich Präsident Carter zum Eingreifen anschickte. Dabei ist er nur der vorläufige Höhepunkt einer Mitte der 60er Jahre aufbrandenden und vor allem ab 1974 rasch zunehmenden Welle spontaner Streiks. 1975 wurden im Bergbau 1,5 Millionen durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage gezählt, 1977 über 3 Millionen – das Zehnfache des nationalen Durchschnitts.

Anlaß der Konflikte sind in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht Lohnfragen, sondern solche der Arbeitsbedingungen. In erster Linie geht es um die Sicherheit in den Minen. Gerichtliche Verfügungen zur Wiederaufnahme der Arbeit erwiesen sich als untauglich, provozierten im Gegenteil 1975 und 1976 jeweils einen mehrwöchigen Ausstand von Zehntausenden Kumpels.

Was steht hinter diesen Kämpfen, was ist die Ursache des vor kurzem beendeten Streiks?

Als treibende Kraft muß der Versuch der Bergbaukapitalisten angesehen werden, den "Arbeitsfrieden" herzustellen. Das ist für sie um so mehr von Interesse, als u.a. durch die neue staatliche Energiepolitik die Absatzchancen für Kohle wieder sehr gut sind. Danach sollten sich die Arbeiter richten: mehr leisten, weniger streiken. Die Forderungen des Unternehmerverbandes laufen auf höhere Arbeitsdisziplin und niedrigere Arbeitsnebenkosten hinaus.

Auf der Gegenseite steht eine Arbeiterschaft, die sich dagegen wehrt, daß diese Straffung der Produktion auf ihre Kosten gehen soll: die Sicherheitsbedingungen in den Stollen sind oft katastrophal. Allein im vergangenen Jahr kamen 139 Bergarbeiter ums Leben; die Berufskrankheit "Schwarze Lunge" grassiert. Beschwerdeprozeduren sind langwierig und von zweifelhaftem Ausgang. Aus diesem Grund greifen die Arbeiter immer wieder zu wilden Streiks, um ihre Anliegen durchzusetzen. Das Recht auf lokalen Streik ist das Herzstück des Arbeiterwiderstandes. Es stand auch im Mittelpunkt des letzten offiziellen Streiks.

Weiter geht es den Bergarbeitern um die Sicherung ihrer Gesundheits- und Altersversorgung, die bislang mit zu den besten im Lande zählten. Ihre Institutionen waren im vergangenen Sommer, u.a. durch die vielen wilden Streiks um Arbeitssicherheit (die Finanzierung ist an die geförderte Menge gebunden), beinahe bankrott gegangen und hatten Leistungskürzungen angedroht. Dagegen hatte sich ein zehnwöchiger spontaner Streik gerichtet. Die Unternehmer wollten die Zahlungen für den Gesundheits- und Altersfonds nur dann anheben, wenn gleichzeitig vertraglich das "Unwesen" wilder Streiks eingedämmt würde. Diese Forderung stieß jedoch auf den massiven Widerstand der Bergarbeiter. Sie wollten ihre einzige Waffe im Kampf um menschlichere Arbeitsbedingungen, den lokalen Streik, nicht für das Linsengericht einiger vom Unternehmer gewährter Sozialleistungen verkaufen.

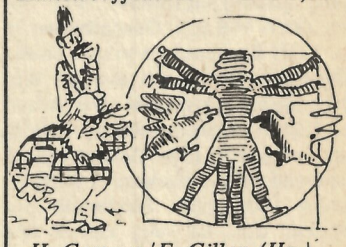
Die Gewerkschaftsführung war für einen langen Arbeitskampf schlecht gerüstet. Der Vorsitzende Miller war selbst infolge einer breiten Basisbewegung 1974 an die Spitze gelangt, hatte sich aber seitdem als schwankender und unzuverlässiger Vertreter der Basisinteressen erwiesen. Die Kumpels vor Ort mißtrauten ihrer eigenen Organisationsspitze und wachten genau über den Gang der Verhandlungen während des Streiks.

Miller, obwohl durch Beschlüsse des Gewerkschaftstages und regionaler Gewerkschaftstreffen an die Verteidigung des Rechts auf loka-

anabas

LEHRERKALENDER '78/79
auch für das neue Schuljahr gibt es ihn wieder: den praktisch-pädagogischen, politisch nicht abstinenten, aber auch witzigen Lehrerkalender: mit Notizen zum Verhältnis von Alltag, Schule und Erziehung, konkreten Anregungen für den Unterricht, aber auch vielen Daten zur täglichen Repression. Der LK ist Gebrauchsbuch und Politkaleidoskop zugleich – er soll Mut machen, aus Einschüchterungen wieder solidarisch und politisch zu reagieren.

384 Seiten, mit vielen Fotos sowie Karikaturen von Fritz Weigle. Kalendarium von August 1978 bis Juli 1979, flexibl. Kunststoffeinbd. DM 8,50



H. Gassner/E. Gillen (Hg.)
Kultur und Kunst in der DDR seit 1970
Das Buch vermittelt in anschaulichen Berichten mit zahlreichem Bildmaterial einen Überblick über Kunst und Kulturtheorie in der DDR.
Pb., 337 S., 83 Abb., DM 22,-

Annegret Jürgens-Kirchhoff
Technik und Tendenz der Montage in der bildenden Kunst des 20. Jahrhunderts
Die Montage gilt geradezu als Exempel der Moderne; die Autorin weist in ihrem Buch nach, daß sich mit der Tradition der Montage eine Gegentendenz zur Autonomie der Künste entwickelt hat. Am Beispiel J. Heartfields wird die Fotomontage als Mittel politischer Aufklärung dargestellt.
247 S., 73 Abb. DM 22,–

H. Hartwig – K. Riha: Politische Ästhetik und Öffentlichkeit. 1848 im Spaltungsprozeß des historischen Bewußtseins.
228 S., 139 Abb., DM 26,80

ANABAS-VERLAG
Am Unteren Hardthof
6300 Lahn-Gießen

Bitte schreiben Sie uns, wir senden Ihnen gern unseren Katalog
ANABAS-Bücher gibt es in allen guten Buchhandlungen

Von Mäusen und Menschen

"Ich denke, die Minengesellschaften sollten langsam begreifen, daß wir keine Horde von Tieren sind. Wir sind Menschen. Wir haben in den Minen hier den gefährlichsten Job – bei dieser Arbeit geht's ums Überleben. Die Gesetze zum Schutz der Staublunge schieben sie nun schon 7 Jahre in Washington hin und her. Es gibt eine ganze Menge Minenarbeiter, die auf ihrem Totenbett liegen und wegen ihrer Staublunge kaum arbeiten können. O Gott, ich kenne eine ganze Menge, die an der Sauerstofflasche zu Hause hängen.
Seit Beginn des Streiks haben sie nun auch die Gesundheitsfürsorge eingestellt.
Es gibt eine Menge Minenarbeiter, die 25, 30, gar 40 Jahre in den Minen arbeiten, die wirklich bei dem Gedanken sterben, wenn sie das bißchen, was sie gespart haben, den Bach runtergehn sehn. Eine größere Krankheit für einen Monat würde ihnen alles nehmen. Sie leben wirklich unter einem ungeheuren Druck."
(Ein Bergmann während des Streiks.)

len Streik gebunden, zeigte sich von Anfang an kompromißbereit. Der Unternehmerverband aber war an Verhandlungen nicht interessiert. Anfang Dezember 1977 traten über 160.000 Bergarbeiter in ca. 1.000 Bergwerken in den Streik. Allgemein wurde mit einigen Wochen Streik gerechnet. Die Arbeiter hatten entsprechende Rücklagen angelegt (die Gewerkschaft, die United Mine Workers – UMW –, zahlte 100 Dollar Streikgeld pro Woche, d.h. ca. ein Viertel des Lohns). Aber die Kapitalisten waren auf eine Entscheidung aus. Sie hatten riesige Kohlevorräte gehortet und vertrauten im übrigen auf die Lieferungen aus den nicht gewerkschaftlich organisierten Gruben.
Mit Beginn des Streiks wurden die Zahlungen des Gesundheitsdienstes an die über 800.000 Berechtigten eingestellt, die Reduzierung der Pensionen wurde angedroht und erfolgte später auch.
Der Streik gewann rasch an Stärke. Durch fliegende Streikposten wurden auch nicht vom Streik betroffene Bergwerke lahmgelegt, die Kohleproduktion sank um ca. 40%. Die Tradition dieser "roving pikkets" sollte durch den neuen Tarifvertrag beschnitten werden. Die Unternehmer wollten nun auch das Verteilen von Flugblättern und anderen Arbeitskampfmaterialien als Entlassungsgrund feststellen. Die Gewerkschaftsführung blieb bei ihrer hinhaltenden, kompromißbereiten Verhandlungsführung und Geheimhaltungspolitik und wurde daraufhin mit einer Flut von Telefonaten, Besuchen und Protestversammlungen der Mitglieder überschüttet.
Der Streik wurde zunehmend härter, die Entbehrungen für die Bergleute fühlbarer. Ein pensioniertes Gewerkschaftsmitglied wurde in Ost-Kentucky von einem der zahlreichen bewaffneten Betriebspolizisten erschossen – den Arbeitern war aber die Bewaffnung durch den Gouverneur verboten. In jeder Region fanden vor allem Kämpfe um die Schließung am Streik unbeteiligter Minen statt. Bis in den Mittelwesten zogen sich solche Auseinandersetzungen, kam es zu Sabotage und Gewaltanwendung gegen streikbrecherische Aktionen (z.B. Kohleverladung und -transport aus dem Mittelwesten in den Osten).
Die Gewerkschaftsführung legte ein vorläufiges Verhandlungsergebnis vor, das u.a. die Zahlung von Bußgeldern durch spontan Streikende vorsah, eines der beiden Gesundheitssysteme zugunsten von Unternehmenseinrichtungen auflösen wollte, von den Arbeitern bei der vorher kostenlosen Gesundheitsversorgung nun eine Eigenbeteiligung von 300 Dollar pro Jahr verlangte, Strafen für Fehlzeiten zugestand u.a. nachteilige Bestimmungen mehr – also einen Ausverkauf beinhaltete, wie viele empörte Arbeiter kritisierten.
Die Gewerkschaftsspitze hoffte dennoch auf die Annahme durch die Mitglieder, weil die bitteren Pillen mit einem sehr hohen Lohnangebot verbunden waren. Von der Kernfrage, dem Recht auf lokale Streiks für die Arbeitssicherheit, war nicht mehr die Rede.

US-Bergarbeiter blockieren einen Zug

Als die Verhandlungen ins Stocken gerieten (ein Entwurf wurde bereits von der Tarifkommission mit Rücksicht auf ihre Basis abgelehnt), erste Energieengpässe auftraten und entsprechende antigewerkschaftliche Kampagnen entfaltet wurden, als die Arbeiter entgegen ihren Vertretern keinerlei Konzessionsbereitschaft erkennen ließen, versuchte sich Carter als "Friedensbringer". Nach dem 1948 auf dem Höhepunkt einer antigewerkschaftlichen Kampagne verabschiedeten Taft-Hartley-Gesetz kann der Präsident, wenn ein Arbeitskampf festgefahren ist und es die öffentliche Wohlfahrt und Sicherheit erfordert, eine Zwangsarbeitsverpflichtung der Streikenden für eine 80-tägige "Abkühlungsperiode" verhängen, während derer eine Einigung auf dem Verhandlungsweg versucht werden soll. Weitere Möglichkeiten sind die Übernahme der Bergwerke in Staatsregie und die Zwangsschlichtung.
Die Stimmung war explosiv und gereizt. Die Bergarbeiter waren zum weiteren Ausstand entschlossen. Sie hatten sich dem Taft-Hartley-Gesetz schon mehrmals durch Fortsetzung ihres Streiks widersetzt. Der Satz des längst verstorbenen Bergarbeiterführers John L. Lewis machte wieder die Runde: "Mit Bajonetten kann man keine Kohle fördern."
Die Flügelkämpfe in der Gewerkschaft nahmen zu. Während die Miller-Führung sich der Staatsaktion zu beugen bereit war, verhärtete sich der Widerstand an der Basis (u.a. Forderungen nach der Absetzung Millers). Der Streikwille der Bergarbeiter ließ die ersten Taft-Hartley-Maßnahmen – gerichtlich verfügte Arbeitspflicht – verpuffen. Die Arbeiter erschienen nicht in den Gruben. Die zwischengewerkschaftliche Solidarität (Geldsammlungen für die Streikenden) wuchs. Der Staat drohte vergeblich mit dem Entzug von Lebensmittel-Bezugsscheinen, die die meisten Arbeiterfamilien bitter nötig hatten und lockte mit dem Versprechen höherer Löhne für Arbeitswillige.
Die Zähigkeit der Streikenden und die staatliche Drohung, mit einzelbetrieblichen Vereinbarungen ins Gehege der zentralen Tarifverhandlungen einzubrechen, zwangen die Parteien zum erneuten Kompromiß. Die Krankenversorgung wird garantiert – allerdings bei einer Selbstbeteiligung von 200 Dollar jährlich; die Pensionen werden angehoben; vor allem wird auch weiterhin auf jegliche Disziplinierung spontan um bessere Arbeitsbedingungen Streikender verzichtet – hierin vor allem liegt der Erfolg der Bergarbeiter.
Sie haben die Angriffe der Zechenherren leidlich abgewehrt, den Schmähungen in der "Öffentlichkeit" und den Staatsaktionen getrotzt, ihrer kompromißbereiten Gewerkschaftsführung Widerstand geleistet. Es war gewiß nicht das letzte Wort in der langen Kampfgeschichte der Bergarbeiter. Daß sie dem Kompromiß zustimmen mußten, zeigt die Erschöpfung ihrer Kräfte an. Daß sie es nur zu 58% taten, verweist auf ein hohes Maß von Kritik und weiterer Kampfbereitschaft. GERHARD ARMANSKI

★

Ölpest in der Bretagne

Alle Kommentatoren sind sich einig: die Katastrophe des vor den Küsten der Bretagne auf Grund gelaufenen Supertankers Amoco-Cadiz ist keine schicksalhafte Tragödie, wie es der Defiliermarsch der Politiker anzudeuten schien (mit den Hubschraubern sind sie, wo viel Leid und viele Leichen sind, schneller zur Stelle als die Geier), sondern ein Drama mit drei Akteuren: Big Business, Staat und Bevölkerung. Jeder Akteur hat für sein Handeln oder Nichthandeln eine subjektive Legitimation und eine objektive Motivation. Das motorische Moment: die schwarze Flut. Das Thema: wäre das Ereignis zu verhindern, oder zumindest die Folgen zu beseitigen gewesen?
Das corpus delicti: Ein Supertanker, an Bord 230.000 t Erdöl aus dem Iran. Der Supertanker gehört einer amerikanischen Reederei, der Amoco International, einer Tochter der Standard Oil Indiana. Ihre Büros befinden sich in Chicago, ihren Hauptsitz aber hat sie im Steuerparadies der Bermudas, ihre Schiffe sind im Billigflaggeland Liberia registriert. Der Tanker transportierte Erdöl im Auftrag der multinationalen Shell, ist bei der englischen Gesellschaft Lloyds versichert, hat einen italienischen Kapitän, lief vor der französischen Westküste auf Grund, von wo ihn ein deutscher Hochseeschlepper auf hohe See zu ziehen versuchte. Bei solch verschachtelten Rechtsverhältnissen nimmt es nicht wunder, daß die Reedereien auf die Rechtfertigung für den Bau dieser Supertanker nicht allzuviel Zeit und Mühe ver(sch)wenden. Sie setzen auf den rechten Glauben der Öffentlichkeit an die von einer Wissenschaftler-Hierokratie gepredigten Dogmen: an den Mythos der Statistik und die Unfehlbarkeit der Wahrscheinlichkeitsrechnungspäpste, an die unvergängliche Zweieinheit von Quantität und Qualität. Und natürlich an den ordentlich funktionierenden, größeren Schaden abwendenden Nachtwächterstaat (und der wacht wirklich ordentlich darüber, daß es Nacht bleibt um das ökologische Bewußtsein seiner Bürger).
Dem Argument des zu hohen Risikos der Supertanker begegnen die Reeder zahlenfetischistisch mit geringer Anzahl der Unfälle und überschätztem Anteil an der Gesamtverschmutzung des Meeres.
Zum ersten Gegenargument: die lange Liste von Unfällen beweist das Gegenteil. Und zum zweiten: hier wird das Anwendungsfeld der induktiven Statistik wieder mal in apologetischer Absicht empirisch verengt. Nur in bestimmten Mengen kann das Erdöl von den marinen Mikroorganismen abgebaut werden. Außerdem verhindert der Ölteppich die Photosynthese.

Dem Argument, die Tanker sollen mit doppeltem Boden und/oder doppeltem Rumpf gebaut werden, hält Prof. Hansjörg Petershagen vom Institut für Schiffbau an der Hamburger Universität entgegen, die heutigen Tanker seien so konstruiert, daß sie in einem Sturm auch Wellenhöhen überstehen, denen sie in 20 Jahren nur einmal ausgesetzt seien.

Die "wissenschaftliche" Diskussion lenkt von den wesentlichen Ursachen ab. 2/3 der Tankerkatastrophen werden auf menschliches Versagen zurückgeführt. Die Bemannung der unter Billigflagge fahrenden, meist in Billigarbeit-Ländern hergestellten Schiffe (in diesem Fall im südspanischen Cadiz) rekrutiert sich vorwiegend aus unterqualifizierten Billigarbeitskräften, die zudem oft durch urlaubslose Einsatzdauer überfordert wird. Das hat System über die eigentliche Profitmaximierung hinaus: das Risiko eines Navigationsfehlers erhöht sich; dafür trägt aber lediglich der Kapitän die Verantwortung.

Häufig mit hochmoderner Elektronik ausgerüstet, fehlt diesen Supertankern das, was überall dort in der Industrie üblich und selbstverständlich ist, wo der Ausfall hochempfindlicher, für die Produktion kritischer Anlagen das Risiko hoher Absatzeinbußen oder Marktverluste beinhaltet: eine Reserveanlage.

Läuft der Tanker dann auf Grund, greift nicht die nationale Marine ein, sondern der eine oder andere Hochseeschlepper einer privaten Reederei. Die Verhandlungsbasis für das Abschleppen: "No cure, no pay" ist ja ganz marktwirtschaftlich, fast schon Gangstersyndikatprinzip Al Caponescher Prägung: "No pay, no protection".

Wo bleibt die Sorge des Staates für die "Umwelt"? Giscard am 8. Februar 1977 im bretonischen Vannes: "... Das erste Ziel ist ein ökologisches: die noch heilen natürlichen Räume am Meeres-, Fluß- und Seeufer mit ihrer Flora, mit ihrer Fauna und mit ihrer Landschaft zu schützen ..."

Wo bleibt das Interesse der Fischer, der Austernzüchter? Giscard am 8. Februar in Vannes: "Die Küste ist eine Produktionszone ... eine Seewirtschaft im Werden, usw. ..."

Wo bleibt das Interesse derer, die vom Tourismus leben? Giscard am 8. Februar in Vannes: "Das dritte Ziel ist touristischer Art: das, was den Reiz unserer Küste ausmacht, zu bewahren und zu veredeln."

Das Wort des Präsidenten steht immer noch.

Die Taten des Staates stehen immer noch aus.

Nach dem Untergang des kleinen DDR-Tankers "Boehlen" am 14. Oktober 1976 vor der Insel Sein hatte die Regierung die Bildung eines interministeriellen Ausschusses zur Koordinierung der Tätigkeit der Meeresverwaltungen (GICAMA) veranlaßt. Wie überhaupt die Betonung des interministeriellen – und daher wohl gründlichen – Anpackens ein bevorzugtes Täuschungsmanöver der französischen Regierung ist, ihren Ernst zu dokumentieren, gleichzeitig allerdings auch das entlarvende Eingeständnis, daß das Umweltministerium ein Ministerium ohne echte Kompetenzen ist. Vielleicht soll es auch entschuldigen, daß der Anteil am Staatshaushalt seit Jahren konstante 0,6% beträgt. Vorher hatte es bereits die Sonderkommissionen FIANE und CIANE gegeben. Nun, die GICAMA erstellte Anfang 1977 doch einen interessanten Bericht, der sogar in Ökologistenkreisen positiv aufgenommen wurde. Offenbar sah der interministerielle Ausschuß sein Ziel damit als erreicht an, denn in der Folgezeit hörte man nichts mehr von ihm.

Chirac, der Held des gaullistischen Wahlkampfes, forderte die Erweiterung der Schutzzone von 4-5 auf 12 Seemeilen – die unwirksamste unter allen Präventivmaßnahmen, denn irgendwann müssen die Tanker vor Anker, und das Problem bleibt. Däumling Chirac in Siebenmeilenstiefeln!

Genauso unwirksam ist die Präventivmaßnahme des doppelten Rumpfes oder eines doppelten Bodens, wie es in den USA zur Auflage gemacht wurde. Zumindest im Bereich der Umweltpolitik scheint diese Doppelbödigkeit – das Verfügen von Sicherheitsverordnungen, die sowieso nicht helfen – wirksam. Und eine wesentliche Voraussetzung für effizientes Eingreifen wird auch nicht gefordert: die Radarüberwachung für die verkehrsintensivste und felsigste Ölroute in den französischen Gewässern (ausgerechnet an dieser Wasserstraße hat die Regierung das nicht vorgesehen), sowie ausreichend starke Hochseeschlepper.

Und qua Folgenbeseitigung? Es gibt den "Plan Polmar" – eine rein administrative Maßnahme, die dem zuständigen Präfekten ermöglicht, alle erforderlichen Hilfsmittel zu mobilisieren. Es sind allerdings keine Mittel da.

Soll man das etwa durch "bürokratische Trägheit" oder "bürokratische Mißwirtschaft" erklären? Dafür hat die Absurdität zuviel System, ist der Fall doch recht eigentlich ein Musterbeispiel des ad absurdum geführten Systems selbst. Tatsächlich kann der einzelne Staat – gesetzt den sehr konstruierten Fall, er wollte es – sehr wenig ausreichen. Die Hauptlast der Legitimation liegt bei ihm. Die Hauptverantwortung liegt bei den Reedereien und Ölmultis. Er muß sich dennoch gegenüber seinen Bürgern legitimieren, kann dies nur durch Scheinaktivitäten, durch Deklarationen, schnell verpuffende Demonstrationen. Diese müßten sozusagen derart abgegeben werden, daß die Ölgesellschaften und ihre Reedereien nicht das Gefühl bekommen, es werde was geschehen, und die Bevölkerung eben doch dieses Gefühl bekommt. Die Position des hypothetisch neutralen Staates wäre die eines Patts. Er könnte die Ölmultis frontal angehen; die ließen ihre Schiffe nicht mehr in seinen Häfen anlegen, drehten den Ölhahn zu und träfen im Kern sein seit der Großen Krise und dem Großen Krieg laufendes Legitimationsprogramm: die Vollbeschäftigung. Die Multis suchten sich die Häfen in den nicht fernen Nachbarländern. Der Staat könnte nun offensiv aufklärerisch gegenüber der eigenen Bevölkerung werden.

Die Dynamik, die dann einsetzte, fürchtet er ungleich mehr. Am Anfang müßte schon das Geständnis der Augenwischerei stehen. Nur wenn die einzelnen Staaten allesamt aus der Rolle fielen und gemeinsame Front machten, wäre eine andere Lösung möglich. Bis dahin wird wohl noch sehr viel Öl ins Meer fließen.

Die Bürger haben den Schaden. Es lohnt nicht, Rechnungen aufzustellen darüber, wieviel Schadenersatz von Liberia, wieviel von der TOVALOP (Tankers Owners Voluntary Agreement Liability for Oil Pollution), wieviel vom komplementären Versicherungsabkommen der Erdölverarbeiter, dem CRISTAL (Contract Regardingen Interim Supplement Liability for Oil Pollution) geleistet wird. Liberia ist weit und arm. Die beiden Abkommen sind auf freiwilliger Basis abgeschlossen, d.h. sie verpflichten zu nichts.

Einiges scheint doch in Bewegung geraten zu sein. Es wird demonstriert. Es ist ein "Biologen- und Meeresforscherkollektiv für die Verteidigung des Meeres" gebildet worden. Es wird geschaufelt, Öl in Eimern abtransportiert, Jauchepumpen erweisen sich als wirksamer als alle vom Staat vorgesehenen Maßnahmen. Es ist ein kollektives Bewußtsein erwacht, das in Taten umgesetzt wird.

Und schon versuchen die regierungsfreundlichen Medien à la "France-Soir", legitimatorisches Kapital daraus zu schlagen. Das Ganze soll in die idyllisch-romantische Sphäre gehoben werden, eine patriotische Hurra-Mystik der Vaterlandsliebe des kleinen Mannes erzeugt werden, der dann vielleicht vor lauter Gloria nicht mehr grübeln wird, wie es damit nun in Wirklichkeit seine Bewandtnis hat. Reminiszenzen werden wach an die nostalgische Zeit des Ersten Weltkrieges, bei dessen Ausbruch alle Taxifahrer in Paris sich bereit erklärt hätten, die Poilus (Landser) zum Großen Sterben an die Front zu karren.

Ein Busfahrer hat Urlaub genommen, um mit das Öl wegzuschaufeln. Die jungen Leute riskieren ihre Gesundheit, ein rumänischer Forscher hat eine Erfindung gemacht, die es ermöglichen solle, das Öl völlig zu beseitigen, ja für das französische Vaterland einzusammeln.

Fast erwecken sie den Eindruck, als hätte die schwarze Flut die Bretonen nicht aus allen Träumen gerissen, sondern als wär's ein Geschenk des Himmels, das die Franzosen wieder zu einer einzigen großen Familie werden läßt, ein schöner schwarzer Ölstrahl in den langweilig-grauen Alltag.

ROBERT DETOBEL

olle und wolter

Neu im Mai:

LATEINAMERIKA

Analysen und Berichte 2

Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe

Hrsg. Bennholdt-Thomsen, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Olle, Schoeller

Mit analytischen Beiträgen und 12 Länderberichten

380 Seiten, DM 24,80

Sozialismus debatte

Herausgegeben von Ulf Wolter

Historische und aktuelle Fragen des Sozialismus

Mit Beiträgen von Helmut Fleischer, Fernando Claudin, Pierre Frank, Jochen Steffen, Ossip K. Flechtheim, Robert V. Daniels, Hermann Weber, Jakob Moneta, Roman Rosdolsky

240 Seiten, DM 16.80

APO und Gewerkschaften

Von der Kooperation zum Bruch

Mit Beiträgen von T. Pirker, F. Vilmar, K. Voigt, S. Masson, H. Oetjen, J. Seifert, A. Brock, M. Wilke u.v.a.

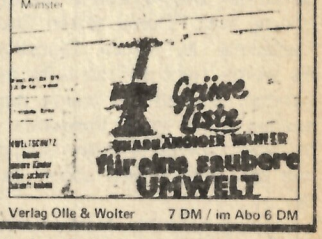
188 Seiten, DM 14,80

Dieses Buch schildert die Entwicklung, die zum Bruch der Gewerkschaften mit breiten Teilen der kritischen Intelligenz geführt hat. Zu Wort kommen Betriebsräte, Vertrauensleute, Wissenschaftler und Politiker, die alle mehr oder weniger praktisch mit dieser Frage konfrontiert waren.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 16

DIE GRÜNEN KOMMEN!



Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Katalog anfordern!

Die Anforderungen an das Russell-Tribunal deuten auf reale Nöte und Bedürfnisse

Gespräch mit Christopher Farley (Bertrand Russell Peace Foundation), Lolle Nauta (Niederlande) und Lucio Lombardo Radice (Italien) aus der Jury und Wolf-Dieter Narr vom deutschen Beirat am 2. April 1978. Gesprächsteilnehmer für "links": Klaus Vack, Roland Roth.

Klaus Vack: Uns geht es um vorläufige individuelle Einschätzungen zum bisherigen Verlauf des Russell-Tribunals aus der Sicht der Jury, des Beirats und der Foundation. Vielleicht können zu Beginn Lolle Nauta und Lucio Lombardo Radice als Mitglieder der Jury sagen, was sie am bisherigen Verlauf des Tribunals am stärksten beeindruckt hat, was sie gelernt haben. Ihr seid ja Deutschland-Kenner, die wissen, was in der Bundesrepublik läuft. Ich bin jedoch sicher, daß dieses Tribunal für uns alle ein großer Lernprozeß ist.

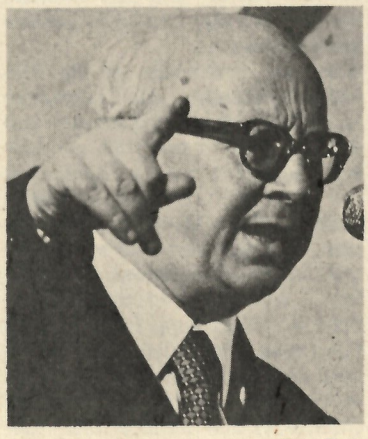
Lolle Nauta: Meine erste, wichtigste Erfahrung war das Gefühl der politischen Machtlosigkeit während des Tribunals, über die ich mir vorher nicht so bewußt war. Wir reden mit Menschen, die ein Berufsverbot gehabt haben. Wir haben sehr beeindruckende Fälle gesehen, von Menschen, wo man bis in die Fingerspitzen hinein gespürt hat, daß sie gute Demokraten sind, die jetzt nur noch die Möglichkeit haben, Baby-Sitting zu machen. Das hat mir ein großes Gefühl der Machtlosigkeit vermittelt; womit ich nicht sagen will, daß es keinen Sinn hat, so etwas bekannt zu machen.

Ein Zweites, was ich dazu gelernt habe und vorher nicht so deutlich gesehen habe, ist für euch wahrscheinlich völlig trivial. In den Anhörungsgesprächen wird immer wieder gefragt, wie sich der Betroffene zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verhält. Ich habe vor dem Tribunal nicht so deutlich gesehen, daß diese ganze Fragerei nur ein Vorwand ist, die Menschen in "natürliche", selbstverständlich gesellschaftlich bedingte, autoritäre Verhältnisse einzuspannen. Man muß erst ein Auge dafür bekommen, denn auf den ersten Blick werden die Leute ja nach ihrem Verhältnis zur Demokratie gefragt. Dies ist aber keineswegs die entscheidende Frage. Ich entsinne mich an einen Passus aus einem Bericht, wo eine Frau Kritik an bestimmten Arbeitsbedingungen geübt hat. Die Antwort in dieser Anhörung war: "Damit stören Sie das Verhältnis zu Ihrem Dienstherrn." Es wurde nicht auf die Kritik eingegangen, sondern es wurde nur die soziale Form ihres Vorwurfes ausdrücklich hervorgehoben. Und damit war die Sache auch schon zu Ende.

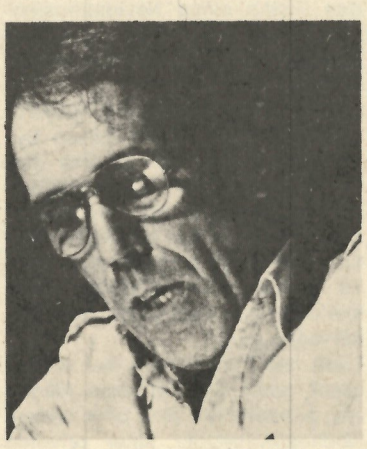
Dies sind nur zwei, relativ willkürlich hervorgehobene Beispiele.

Lucio Lombardo Radice: Mein Hauptgefühl war gerade nicht das der Ohnmacht, sondern der Kraft, die wir haben. Ich meine die "milde Kraft der Vernunft", um mit Brechts Galilei zu sprechen. Wir haben keine Macht. Die politischen Institutionen, Gewerkschaften und bürgerlichen Parteien haben dieses Russell-Tribunal bekämpft und alles versucht, um uns zu isolieren. Aber das Bewußtsein der Aufrichtigkeit und das Sagen der Wahrheit sind eine ungeheure Kraft, die auch etwas in Bewegung setzt. Was mich am meisten beeindruckt hat, war die Jugend dieses Landes. Ich glaube, daß wir einen kleinen Beitrag dazu geleistet haben, daß vielleicht etwas Neues geschehen kann.

Chris Farley Foto: Bach



L. Lombardo-Radice Foto: Bailly



Lolle Nauta Foto: Hinkelmann

Klaus Vack: Ich glaube, daß das, was Lombardo Radice sagte, sehr wichtig ist. Diese Veranstaltung und auch schon die Vorbereitungsveranstaltungen für das Russell-Tribunal haben sich oft von dem üblichen Typ linker Veranstaltungen unterschieden, der durch gegenseitige Angriffe und Konkurrenz geprägt ist. Aus der Sicht der Zuhörer hatte ich den Eindruck, daß dieses Tribunal mit wenigen Ausnahmen von seinem Ablauf her sehr integrierend gewirkt hat. Es waren sehr viele aktuell oder potentiell Betroffene anwesend, die an den präsentierten Beispielen lernen wollten, wie man sich wehren kann.

Lolle Nauta: Ich will die positive Bedeutung des Tribunals nicht herunterspielen, aber ich halte diese Einschätzung nicht für die politische Realität. Vielmehr scheint es mir so, daß sich durch dieses Tribunal die politischen Gegensätze innerhalb der westdeutschen Linken noch profiliert haben. Sicherlich hat das Tribunal auch integrierende Wirkung. Hier möchte ich besonders die Öffentlichkeitsarbeit des Tribunals hervorheben. Trotzdem dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, daß die Linke in der Bundesrepublik in bezug auf dieses Tribunal sehr gespalten ist und dies sich auch während des Tribunals nicht gebessert hat.

Lucio Lombardo Radice: Die Schwäche der Demokratie in Westdeutschland hängt sicherlich auch vom Zustand der Linken ab. Es gibt in der Bundesrepublik keine kräftige oppositionelle Linke. Die Zersplitterung, Spaltung und Feindschaften innerhalb der schwachen Linken lassen sich sicherlich nicht in Wochen oder Monaten überwinden. Was man tun sollte, ist die Schaffung verschiedener, unabhängiger, aber nicht feindlicher, sondern konvergenter Initiativen. Die Hamburger Initiative z.B. hat in der Frage der Berufsverbote sehr gute Arbeit auf einer breiteren politischen Grundlage geleistet. Vielleicht entwickelt sich auch eine Anti-Berufsverbots-Bewegung innerhalb der linken SPD, was eigentlich logisch wäre. Damit existierten schon drei verschiedene Initiativen. Es ist unmöglich, eine einheitliche Bewegung zustande zu bringen. Es genügt, wenn sie bezogen auf die eine Zielsetzung zusammenwirken.

Wolf-Dieter Narr: Über Integration und Desintegration der Linken, die es so nicht gibt in der Bundesrepublik, kann man viel spekulieren. Ich meine, daß Lolle Nauta darin recht hat, daß das Tribunal dort kritisch und die Unterschiede zwischen den Linken verstärkend gewirkt hat, wo manche Gruppen gehofft haben, das Tribunal wäre ein globaler Schlag in den Unterleib der Bundesrepublik. Dazu ist das Tribunal nicht geworden. Die Jury-Mitglieder haben in der Regel sehr präzise Fragen gestellt. Es gab keine globalen Stellungnahmen zur Bundesrepublik als solcher, keine globale Verurteilung. Wir haben uns nicht solidarisiert mit den Folter-Komitees und anderen Gruppen. Insofern sind diese Gruppen selbstverständlich enttäuscht, weil wir uns nicht völlig entkoppelt haben von dieser Bundesrepublik. Wir versuchen diese Bundesrepublik vielmehr an ihrem Maßstab, dem Grundgesetz, zu messen. Wir können mit dieser ersten Sitzungsperiode des Tribunals und der kommenden Interimszeit die Hoffnung verbinden, daß wir zum einen gezeigt haben, daß wir sehr klar Position beziehen und uns auch nicht beeindrucken lassen durch all die Vorbehalte von herrschenden Gruppen. Andererseits haben wir klar und kompromißlos Position bezogen in der Verteidigung der Grundrechte, d.h. wir verwässern diese auch nach links hin nicht. So hoffe ich, und so würde ich das, was Klaus Vack gesagt hat, verstehen, daß eine integrierende Wirkung von dem Tribunal ausgeht, daß wir damit einen Lernprozeß im Sinne politischer Rationalität in Gang setzen konnten.

Lolle Nauta: Ich wollte mit dem, was ich eben gesagt habe, keineswegs die positive Bedeutung des Russell-Tribunals bestreiten, sondern lediglich die These, das Tribunal habe integrative Wirkungen auf die westdeutsche Linke gehabt. Das ist bis jetzt nicht der Fall. Ich möchte auch nicht die These verteidigen, wie sie von der Seite der Hamburger Initiative manchmal zu hören ist, daß das Tribunal die "Einheit der Linken" gespalten hat. Ganz gewiß nicht. Das Tribunal hat vielmehr als Katalysator gewirkt.

An der Diskussion über das Tribunal haben sich faktische Gegensätze offenbart. Wir haben in diesem ersten Abschnitt des Tribunals über die Berufsverbote gesprochen. Es gibt aber eine starke und wichtige Bewegung gegen die Berufsverbote, nämlich die Hamburger Initiative, und diese hat sich zu dem Tribunal nicht gerade positiv verhalten. Die Sache der Berufsverbote betrifft ja das Problem des Arbeitsplatzes der Bürger. Das bedeutet, wenn man auf dem Tribunal darüber spricht, daß man auf jeden Fall, in welcher Form auch immer, konfrontiert wird mit den Gewerkschaften. Das ist ein sehr wichtiges Problem für uns gewesen.

Ich bin sehr gespannt, was nun geschieht, wenn wir Zensur und die Einschränkungen der Rechte von Anwälten und Gefangenen untersuchen. Dies sind Themen, die nicht direkt auf die Arbeitssphäre bezogen sind und damit nicht so stark durch Engagements und spezifische Interessenbeziehungen zu den Gewerkschaften geprägt sind. Für diese Themen ist auch aufgrund des weit weniger großen öffentlichen und politisch gebundenen Engagements ein breiterer Konsens und weniger Distanzierung innerhalb der westdeutschen Linken zu erwarten.

Wolf-Dieter Narr: Aber es war auch

nicht die Aufgabe dieses Tribunals, die westdeutsche Linke zu integrieren. Es ging uns doch vielmehr darum, die Öffentlichkeit für den Abbau der Menschenrechte in der BRD zu sensibilisieren.

Lucio Lombardo Radice: Das ist richtig. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß es inzwischen eine Russell-Bewegung in Westdeutschland gibt, die darüber hinausgeht.

Chris Farley: Aber wir müssen sehr sorgfältig an folgender Unterscheidung festhalten. Es ist nicht die Aufgabe des Tribunals, Probleme zu lösen, die nur die Deutschen selbst lösen können. Zur gleichen Zeit wäre es unangemessen, über das Tribunal zu urteilen, ohne zu berücksichtigen, ob das Tribunal als einigender Faktor gewirkt hat bzw. wirken kann und die notwendige und hinreichende Unterstützung findet. Ich glaube, daß es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh ist, zu beurteilen, welche Auswirkungen das Tribunal auf die westdeutsche Linke haben wird. Aber am Ende der ersten Sitzungswoche werden wir vor einer neuen Situation stehen, in der es westdeutschen Politikern schwerfallen wird, das Tribunal in der gleichen Weise zu diffamieren wie zuvor.

Wolf-Dieter Narr: Das scheint mir der entscheidende Punkt zu sein. Das Tribunal hat – mindestens in den Grenzen, die überhaupt möglich sind – den Nachweis der Seriosität seines Verfahrens erbracht, indem es Dokumente zur Kenntnis nimmt, Fragen stellt, aber nicht mit Pauschalurteilen arbeitet und nur Probleme aufnimmt, die gut vorbereitet sind. Nun müssen alle diejenigen – von Willy Brandt bis Vetter –, die uns pauschal diffamiert haben, ihrerseits ihre Haltung einer Revision unterziehen oder sich den Vorwurf machen lassen, daß sie offensichtlich mit einer Bewegung, die für die Menschenrechte eintritt, nicht viel zu tun haben wollen.

Viele der bedenklichen Leute – wir haben ja so furchtbar viele bedenkliche Leute in diesem Lande –, die nicht Bedenken im Sinne von Nachdenken, sondern im Sinne von Ängstlichkeit haben, werden für uns jetzt zu gewinnen sein, obwohl Mißverständnisse und kalkulierte Fehlinterpretationen weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden.

Lolle Nauta: Wenn Leute wie Brandt und Vetter ihre Haltung jetzt nicht korrigieren, fällt der Vorwurf mangelnder Objektivität auf sie selber zurück.

Klaus Vack: Ich dachte bei der integrativen Wirkung des Tribunals auch weniger an Gruppierungen, die einen politischen Alleinvertretungsanspruch erheben, sondern an jene linken und ganz allgemein radikaldemokratischen Kräfte, die nicht politisch total fraktioniert sind. Mir geht es um die vielen Kräfte, die sich in Basisbewegungen engagieren, oder auch um die sozialdemokratische Linke, die Jungdemokraten etc. Ich habe während des Tribunals mit einer Reihe von Sozialdemokraten gesprochen, die zugestanden haben, daß sie sich jetzt Vorwürfe machen, die Anzeige in der Frankfurter Rundschau nicht unterschrieben zu haben, nachdem mehr als 5.000 Menschen sie unterzeichnet haben und sie damit zu einer politischen Demonstration geworden ist. Aus Ängstlichkeit und Zurückhaltung haben sie diese Sache anfänglich nicht unterstützt. Dies scheint mir ein Zeichen dafür zu sein, daß es inzwischen um das Russell-Tribunal eine Art neue radikaldemokratische Bewegung gibt. Damit stellt sich die Frage nach der Weiterarbeit bis zur zweiten Sitzungsperiode. Das ist nicht nur eine Frage an Willy Brandt und an den Kollegen Vetter, sondern vor allem an die vielen Zögerer, von denen Wolf-Dieter Narr gesprochen hat, an jene, die vor der politischen Repression schon resigniert hatten. Hier hat das Russell-Tribunal einen sehr starken, ermutigenden Impuls gegeben, der eigentlich in der Fortführung der Arbeit in so etwas wie eine Bürgerrechtsbewegung über das Russell-Tribunal hinaus münden könnte.

Lolle Nauta: Ich kann als Holländer nicht beurteilen, wie weit diese Einschätzung für die Möglichkeiten der konsequent demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zutrifft, möchte allerdings vor dem Begriff Russell-Bewegung warnen. Man sollte eine Bewegung nicht mit dem Namen eines Philosophen belegen, der immerhin ein Individuum und Nonkonformist war. Der Name von Marx ist so oft mißbraucht worden, vielleicht können wir Russell in seinem Grabe ruhen lassen. Besonders weil wir versucht haben – losgelöst von jedem Parteiinteresse – die Fakten der Berufsverbote im Lichte der auch von der Bundesrepublik unterzeichneten Menschenrechtserklärungen zu bewerten, ist es auch sehr wichtig, daß die Resultate in den bestehenden politischen Parteien diskutiert werden. Das gilt nicht nur für die SPD, für die ich dies sehr hoffe, sondern auch für die DKP, den Kommunistischen Bund und die FDP und wer weiß, wenn Gott ihnen noch einmal hilft, auch für die CDU. Daß nach der bisher von diesem Tribunal geleisteten Arbeit diese Möglichkeit größer geworden ist, sehe ich als eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Tribunals an.

Als ich nach Deutschland gefahren bin, habe ich zu meinen Freunden gesagt, daß ich in ein Getto fahre, dann die Linke befindet sich gegenwärtig in einem Getto. Ich fürchtete, daß das Russell-Tribunal diesem Getto ein zweites hinzufügt, nämlich ein Informationsgetto, indem Presse und Fernsehen uns in der BRD totschweigen würden. Das ist nicht geschehen. Es wurde zwar negativ über uns berichtet, aber man hat über uns berichtet und sogar – selbst in der FAZ – über die präsentierten Fälle. Daß diese Fälle etwas näher an das öffentliche Bewußtsein herangerückt sind, ist für mich ein sehr wichtiger Erfolg dieses Russell-Tribunals.

Roland Roth: Wir haben uns jetzt sehr schnell auf die westdeutsche Situation und da noch einmal besonders auf die Situation der Linken bezogen. Aus internationalistischer Perspektive stellt sich jedoch auch die Frage, welche politische Bedeutung die Arbeit dieses Tribunals in eurem eigenen Lande haben kann, nicht nur im Sinne eines Bewußtwerdungsprozesses über die Entwicklung in der Bundesrepublik, sondern auch mit Blick auf parallele Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne einer Aushöhlung der Menschenrechte in euren Ländern.

Lucio Lombardo Radice: Es gibt in Italien eine heftige Diskussion innerhalb der Linken, ob die sogenannte "Germanisierung" eine spezifisch deutsche Erscheinung sei oder eine allgemeine Tendenz in den spätkapitalistischen Ländern Europas. Ich bin der Meinung, daß dieser Erscheinung etwas spezifisch Deutsches anhaftet. Aber es gibt doch auch die Gefahr einer "Germanisierung" im Sinne einer autoritären Involution (Rückbildung) liberal-demokratischer Rechtsstaaten überall – in Frankreich, Portugal, Italien und anderswo. Hauptsächlich deswegen ist die deutsche Frage eine europäische Frage. Wir sind hier nicht als Ausländer, sondern als Mitbürger eines neuen Europas, das schon im Entstehen ist. Was in einem der Länder geschieht, ist auch für das andere unmittelbar wichtig.

Lolle Nauta: Ich habe sehr viel mit deutschen Freunden über die Frage diskutiert, inwieweit die allgemeine wirtschaftliche Situation so determinierend ist, daß daraus eigentlich in jedem Lande Menschenrechtsprobleme entstehen. Es haben mir früher mehrere westdeutsche Freunde gesagt: "Ihr mit eurer holländischen Toleranz, das ist doch nur Schein und Ideologie". Der große Vorteil der westdeutschen Situation sei, daß dort die Berufsverbotspraxis wenigstens deutlich, klar und rechtlich legitimiert hervortritt. Bei uns Holländern sei dies alles unter der rosafarbenen Toleranz verdeckt. Mich haben diese Äußerungen sehr erschreckt. Später habe ich mich davon erholt und realisiert, daß man die Analyse der faktischen Situation in bezug auf die Menschenrechte nicht nur koppeln muß mit der Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, sondern auch an die spezifische Form, in der historisch gesehen die politischen Institutionen sich entwickelt haben. Eine Analyse der Situation der Menschenrechte in Holland müßte daran anknüpfen.

Wolf-Dieter Narr: Wobei das allgemeine Problem der fundamentalen Gefährdung des liberalen Rechtsstaats in der zweiten Sitzungsperiode noch deutlicher hervortreten wird, wenn wir den Fragen der Zensurpraxis, Verteidigungsrechte etc. nachgehen und dabei notwendigerweise in diesem Zusammenhang das Terrorismusproblem aufnehmen müssen. Denn wir müssen ja die Frage beantworten, sind diese Maßnahmen, die die deutschen Parlamente und Regierungen ergriffen haben, angemessene Mittel im Kampf, wie man das so schön sagt, gegen die Terroristen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der adäquaten Mittel, sondern auch allgemein um Staat, Liberalität, Bürokratie und Freiheit und dergleichen mehr. Dieses Thema können wir gar nicht mehr begrenzt auf die Bundesrepublik behandeln, weil ich von der Annahme ausgehe, daß – wenn man z.B. die sonst so ungleichen Verhältnisse in den USA betrachtet – die zentralen Faktoren, jenseits der institutionellen Variationen, in den westeuropäischen und angelsächsischen Ländern ungeheuer ähnlich sind. Die Tendenz dessen, was Bertram Gross "friendly facism" genannt hat und die kalte Form eines autoritären Wohlfahrtsstaates, der immer mit Zuckerbrot und Peitsche handhaben kann, bezeichnet, stellt eine allgemeine Gefahr dar, die wir am deutschen Fall besonders diskutieren können. Mir erscheint die Bundesrepublik so, wie man seinerzeit Charles de Gaulle charakterisiert hat, als einen Mann von vorgestern und von übermorgen. D.h. die Bundesrepublik war immer als sogenannte "verspätete Nation" charakterisiert aufgrund ihrer bürokratischen, vordemokratischen Tradition. Diese bürokratische Tradition macht sie heute scheinbar so modern, weswegen man vom "Modell Deutschland" reden kann. Deswegen ist die Bundesrepublik als Fall für die anderen Länder, wenn man so will auch zur eigenen Abschreckung, so indikativ.

Lucio Lombardo Radice: Diese Tendenzen sind nicht zu bestreiten, aber wir haben in Italien in allen gesellschaftlichen Bereichen ein demokratisches Netz entwickelt. Auch bei den letzten tragischen Umständen haben wir gesehen, daß die Demokratie tief im Bewußtsein des Volkes eingewurzelt ist. Deshalb muß man sehr sorgfältig zwei entgegengesetzte Tendenzen in Betracht ziehen. Beide Tendenzen sind sicherlich in jedem Land vorhanden. Man kann nicht sagen, daß es in Italien nur Demokratisierung und in Westdeutschland nur eine Rückbildung des demokratischen Rechtsstaats gibt. Vielmehr gibt es in ganz Europa einen Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen der Demokratie. Ich sage Demokratie, weil ich glaube, daß kein Faschismus mehr eine Gefahr darstellt. Wir wünschen, daß die demokratische Tendenz Sieger sein wird.

Ken Coates, einer der Direktoren der Bertrand Russell Peace Foundation hat seinen Beitritt als englisches Mitglied in das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus erklärt. Das Schutzkomitee für politisch gefährdete DDR-Bürger, dem unter anderem Heinrich Albertz, Heinrich Böll und Robert Jungk angehören, nimmt aus jedem europäischen Land ein zusätzliches Mitglied auf. Ken Coates wies darauf hin, daß seine Mitwirkung in dem Schutzkomitee im Interesse der Bertrand Russell Peace Foundation läge, die sich zum Ziel gesetzt habe, nach besten Kräften überall in der Welt gegen Menschenrechtsverletzungen einzutreten.

Wolf-Dieter Narr: Der von mir zitierte Faschismusbegriff hat mit dem historischen Faschismusbegriff gar nichts zu tun. Da stimme ich völlig zu. Selbstverständlich ist es nicht aussichtslos, sich gegen diese Tendenz, die man mit Franz Neumann die Tendenz zum autoritären Maßnahmestaat nennen könnte, zu wehren. In Westdeutschland ist dies deshalb so schwierig, weil wir diese lange autoritäre Tradition haben und weil wir kein pluralistisches Land sind, gemessen an Frankreich, Holland und Italien. Man sollte daher die Augen nicht davor verschließen, daß die stärkeren Tendenzen in Richtung auf den autoritären Maßnahmestaat gehen. Konzentration, Zentralisation und dergleichen mehr weisen in diese Richtung. Wenn man die Krisenstruktur der letzten Jahre richtig analysiert, kann man, so glaube ich, zeigen, daß einerseits die Widersprüche und Konflikte zugenommen haben, daß aber andererseits sehr stark die Tendenz besteht, diese im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht lösbaren Konflikte und Widersprüche autoritär zu bemänteln und zuzudekken. Insofern ist diese Gefahr nicht zu unterschätzen.

Klaus Vack: Eine abschließende und m.E. wichtige Frage an Chris Farley. Nicht nur von reaktionären und konservativen Kräften oder auch sozialdemokratischen Kritikern wurde der Vorwurf erhoben, durch die Reihenfolge der Tribunale – erst Vietnam, dann Lateinamerika, jetzt die Bundesrepublik – würden die Situationen dieser Länder auf eine Stufe gestellt. Wir wissen, daß auch in der Linken und z.B. auch bei Unterstützungsgruppen für das Tribunal solche Analogien vorgenommen werden. Die Vertreter der These eines "neuen Faschismus" in der BRD sehen durchaus eine Kontinuität in der Themenstellung der Russell-Tribunale. Wir haben dagegen wiederholt die prinzipiellen Unterschiede hervorgehoben. Nachdem die Bertrand Russell Peace Foundation nun dieses Tribunal über die Situation der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik eingesetzt hat, stellt sich die Frage, ob dies insgesamt Konsequenzen für die weitere Arbeit der Foundation für zukünftige Tribunale und ähnliche Veranstaltungen haben muß, weil hier mit diesem 3. Tribunal in gewissem Sinne Neuland betreten wurde.

Chris Farley: Ich meine, daß uns Willy Brandt unbeabsichtigt einen guten Dienst erwiesen hat, weil er es uns ermöglicht hat, die Notwendigkeit eines Tribunals zu verdeutlichen, das sich nicht mit Diktaturen beschäftigt. Die erfolgreiche Arbeit dieses Tribunals hat dies sehr deutlich gemacht. Vladimir Dedijer bezog sich auf diese Frage, als er auf ein Gespräch mit Bertrand Russell verwies, der sagte: "Alle großen Verbrechen haben kleine Anfänge". Wenn dies richtig ist, dann ist es absolut notwendig, Tribunale über Menschenrechtsverletzungen abzuhalten, die bei weitem nicht das Ausmaß eines Völkermordes erreichen. Tribunale also, bei denen es eher um Vorsorge als um Heilung geht. Es wäre falsch, die Mitglieder eines Tribunals für die gesamte Arbeit der vorhergehenden Tribunale verantwortlich zu machen. Alles was die Tribunale machen, ist eine spezifische Tradition nicht-institutioneller Arbeit zu stiften. Solange diese Tradition gewahrt wird, können wir alle das Vertrauen haben, daß in der Arbeit des Tribunals kein zentraler Fehler gemacht wird.

Ungefähr zweimal pro Woche werden neue Vorschläge für die Themen der nächsten zehn Tribunale gemacht. Darin spiegeln sich sehr reale menschliche Nöte und Bedürfnisse. Leute kommen und machen uns aufmerksam auf die Situation in Indonesien, im Iran, in Nicaragua und anderen Orten des Globus. Bei den Großveranstaltungen anläßlich dieses Russell-Tribunals haben wir in Westdeutschland die gleiche Erfahrung gemacht, wenn die Leute auf neue Untersuchungsthemen aufmerksam machen. Dies ist ein Symptom sowohl für die Nöte der Menschen wie auch das Gefühl der Machtlosigkeit. Sie wollen neue, populäre Untersuchungsgremien schaffen, die der institutionalisierten Macht etwas entgegenhalten können. Deshalb gibt es wesentlich mehr Möglichkeiten als die Foundation aufgreifen kann.

Dies verlangt aber eine Offenlegung der Kriterien, die beim Nachdenken über künftige Russell-Tribunale wichtig sind. Ich habe schon auf die Notwendigkeit vereinender Faktoren aufmerksam gemacht. Gleichfalls scheint mir unabdingbar, daß ein Tribunal Möglichkeiten für Solidaritätsbewegungen schafft. Im Falle des 3. Russell-Tribunals gilt unsere Solidarität den Opfern des Berufsverbots und anderer Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik, aber auch den Bewegungen und Initiativen, die dem institutionalisierten Konformitätsdruck Widerstand entgegensetzen. Die Foundation hat sich immer bemüht, Mitglieder früherer Tribunale zu befragen, wenn es um die Themenstellung weiterer Tribunale geht. Dies wird auch im Falle eines 4. Tribunals so sein. Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg, denn zunächst geht es darum, die Arbeit des 3. Tribunals abzuschließen.

Freiheit – die wir meinen

Eigentlich entstand die Idee, sechs große Unterstützungsveranstaltungen während des Russell-Tribunals durchzuführen, aus einer Not heraus: niemand konnte wirklich sagen, wieviel Zuschauer wohl zum Tribunal zu erwarten wären. Unter dem Druck der Kenntnis des Geheimpapiers aus dem Bundesinnenministerium hatten wir in Frankfurt einen geeigneten Tagungsraum für das Tribunal gesucht und mit dem Bürgerhaus in Harheim auch einen gefunden, der zwar nicht allen Vorstellungen genüge tat, der aber – zumal es keine Alternativen gab – doch für die Zwecke des Tribunals alles in allem ganz geeignet schien. Was aber tun, wenn mehr als 800 Leute auf einmal kommen, die das Tribunal sehen wollen? Denn mitsamt der reichlich zu erwartenden (und tatsächlich erschienenen) Presse gehen kaum mehr als 800 Menschen in das Harheimer Bürgerhaus. Die Möglichkeit, eine Video-Anlage anzumieten, wurde überprüft, schied aber in Anbetracht der zu erwartenden Kosten von über DM 20.000 als Lösung aus. Andere, größere Säle konnten trotz intensiver Suche nicht gefunden werden.

Na denn, wenn schon nicht der Berg zum Propheten kommt ... Es blieben keine 7 Wochen bis zum Beginn der ersten Sitzungsperiode. Die Unterstützungsveranstaltungen sollten durch die Teilnahme von Jury-Mitgliedern über das Tribunal informieren (allerdings ohne dessen Verlauf zu prejudizieren). Es galt also, möglichst viele Mitglieder der Jury zu erreichen und sie mit weiteren Anstrengungen zu belasten. Die Veranstaltungen sollten nicht nur trockene Berichte und Diskussionen, sondern auch Musik- und Theaterbeiträge bieten. Also: Musiker, Schriftsteller und Theaterleute anrufen für Auftritte ohne Gage. Viele hatten Terminschwierigkeiten, manche sagten direkt ab, weil sie nicht im Rahmen des Russell-Tribunals auftreten wollten. Es sollten möglichst große Hallen gemietet werden, auch um mit Überschüssen aus dem Veranstaltungserlös und von Spenden schon jetzt die Vorbereitungen für die nächste Sitzung des Russell-Tribunals zu sichern. Für Bonn und Nürnberg konnten mit der Beethovenhalle bzw. der Meistersingerhalle zwei der "renommiertesten" Säle in der BRD angemietet werden. In Stuttgart war alles vermietet, in Frankfurt war entweder vermietet oder es wurde "gerade renoviert" – eine Auskunft, die bezüglich der Frankfurter Messehallen schon einmal für den Pfingstkongreß 1976 gegeben wurde –, und in Berlin wurde die Zusage für die Eissporthalle mit fadenscheinigen Begründungen – und wie sich herausstellte, nicht ohne Einfluß der politischen Polizei – wieder rückgängig gemacht. Bis kurz vor Beginn der ersten Veranstaltungen waren noch viele organisatorische Fragen offen, erst als nichts mehr rückgängig zu machen war, kamen die letzten Zusagen, wurden Zelte von den Behörden – auch wieder mit Schikanen – genehmigt. Dann aber, mit dem Eröffnungsbeitrag in Berlin war alles vergessen. Jeder der sechs Abende übertraf bei weitem unsere Vorstellungen. In Berlin mußten über 1.000 Leute abgewiesen werden, weil einfach kein Platz in der "Neuen Welt" übrig war, dies, obwohl aus dem Saal jeder Tisch und jeder Stuhl geräumt war, um so viel Platz wie nur möglich zu schaffen. In Bonn saßen die Leute auf den Treppen, das Zelt in Frankfurt hätte bequem doppelt so groß sein können, das in Stuttgart auch. Lediglich in Nürnberg blieben in der großen Meistersingerhalle ein paar Plätze auf den letzten Reihen der Balkone leer, aber 2.000 kamen doch. Fast genauso viele waren es in Bremen, nur war dort der kleinere Saal überfüllt.

Volle Säle allein, das sagt sicher noch nichts. Jedoch: die Redner kamen überall gut an. Die Stimmung war bestens. Mit den ausgebürgerten Genossen aus der DDR, Biermann, Kunert, Pannach und Sallmann, den Chilenen Juan Miranda und „Los Andariegos", den Spaniern Lluis Llach und Mari Cruz, die zufällig dazu kam, den bundesrepublikanischen Gruppen "Die Rote Rübe", "MEK Bilk", "Das Mobile Rhein-Main Theater", "Reißnagel", dem "linksradikalen Blasorchester" sowie Arni aus Münster, Thomas und Katharina, Rolf Schwendter, Arnfrid Astel, Helmut Debus und 4 Schauspielern des Frankfurter TAT hatten wir ein Programm, das so breit und so internationalistisch war wie das Interesse an dem Russell-Tribunal. Wir glauben, es waren nicht nur wir, die bei diesen Veranstaltungen das Gefühl hatten, als käme sie wirklich: die Freiheit, die wir meinen.

MICHAEL SCHWELIEN
RENATE WIEDMANN

Gruppe "Los Andariegos" in Bremen — Foto: Buttmann

Vorläufiger Bericht der Jury über die erste Sitzungsperiode des Tribunals

Bild: ID

Vorbemerkungen

Das dritte internationale Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland veranstaltete vom 28. März bis 4. April 1978 seine erste Sitzung in Frankfurt-Harheim. Während dieser Sitzungsperiode ist allein die Frage der Berufsverbote untersucht worden, nämlich: Wird Bürgern der Bundesrepublik und West-Berlins aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
Dem Tribunal wurden Gutachten vorgelegt betreffend
– Ursprünge und Entwicklung der Berufsverbote,
– die rechtlichen Probleme der Berufsverbote,
– das Verfahren in der Berufsverbotspraxis,
– die psychologischen Auswirkungen der Berufsverbote.
Aus über 500 gesichteten Fällen wurden 12 ausgewählt, gründlich recherchiert und dokumentiert, bevor sie in den öffentlichen Sitzungen vorgetragen wurden. Die Darstellungen bestanden aus Berichten von juristischen Sachverständigen und aus Zeugenaussagen von 9 Betroffenen. Berichterstatter und Betroffene stellten sich im Anschluß an ihre Aussagen Fragen der Jury. Im Verlauf der Anhörung der Zeugen erfuhren die Mitglieder der Jury weitere Einzelheiten über Parallelfälle und erhielten Material über die Praxis der Berufsverbote.
Entsprechend der Eröffnungserklärung des Tribunals vom 28. Oktober 1977 wurde alles unternommen, um auch die Befürworter der Berufsverbotspraxis zu Worte kommen zu lassen. So wurden alle für die 12 öffentlich verhandelten Fälle zuständigen Verwaltungen aufgefordert, ihren Standpunkt darzustellen. Nur die Hälfte machte sich die Mühe abzusagen. Niemand erschien. Darüber hinaus wurden drei Hochschullehrer sowie zwei bekannte Journalisten geladen, die sich in Veröffentlichungen für die Praxis des Staates ausgesprochen haben. Vier von ihnen sagten ab. Der fünfte antwortete nicht einmal. Das Tribunal wandte sich an Bundes- und Landesbehörden, Vertreter und Beweismaterial zu schicken, die die Notwendigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Berufsverbotspraxis nachweisen sollten. Da jegliche Antwort ausblieb, griff das Tribunal auf behördliche Dokumentationen zurück.

Zusammenfassung des Beweismaterials

Das Tribunal hat sich davon überzeugt, daß die ihm vorgelegten Fälle sorgfältig recherchiert und vorbereitet worden sind. Nur solche Fälle sind behandelt worden, bei denen alle wesentlichen Aspekte nachprüfbar und belegbar sind. In einem Fall ist ein Gutachten mangels ausreichender Belege zurückgegeben worden. Seine Berücksichtigung wird erst möglich sein, wenn die entsprechenden Belege nachgereicht werden.
Eine vollständige Analyse der Gesamtheit des vorgelegten Beweismaterials ist in diesem vorläufigen Bericht nicht möglich. Sie wird in den kommenden Monaten folgen und in einem detaillierten Bericht über Berufsverbote veröffentlicht werden. Schon jetzt hat sich jedoch ein klares und eindeutiges Bild abgezeichnet, welches im folgenden aufgezeigt werden soll.
Die völkerrechtlich anerkannten Prinzipien der Menschenrechte sind im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgt. Ausdrücklich werden jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit sowie das Versammlungs- und Petitionsrecht garantiert. Darüber hinaus garantiert das Grundgesetz die Freiheit, politische Parteien zu gründen, deren Arbeit solange nicht behindert werden darf, als das Bundesverfassungsgericht sie nicht für verfassungswidrig erklärt hat. Von besonderer Bedeutung für eine Untersuchung der Berufsverbote ist die grundgesetzliche Garantie der freien Wahl des Berufes und des Arbeits- und Ausbildungsplatzes für alle Bürger, sowie die ausdrückliche Bestimmung, daß niemand aufgrund seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden darf.
Das Beamtenrecht und der öffentliche Dienst haben in Deutschland eine lange Tradition. In der Tat verlangt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, daß der öffentliche Dienst nach den 'hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-

Wie geht es weiter?

Auf der Veranstaltung und Pressekonferenz zum Abschluß der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals wurde von der Jury bekanntgegeben, daß die zweite Sitzungsperiode auf die erste Januarwoche 1979 festgelegt ist. Der Ort ist noch nicht bestimmt. Mit dieser zweiten Sitzungsperiode wird das Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik nach dem Willen der Jury zu Ende gebracht.
Die Jury hat in bezug auf die Planung für die zweite Sitzungsperiode noch einmal an ihre Gründungserklärung vom 16.10.1977 und an die dort formulierten drei Fragen, die das Tribunal untersuchen will, erinnert.
Die erste Frage "Wird Bürgern in der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?" ist das Thema der ersten Sitzungsperiode gewesen. Die Behandlung dieser Frage wurde von der Jury als weitgehend abgeschlossen betrachtet, es sei denn, es würden sich im Laufe der nächsten Monate neue, verschärfende Aspekte ergeben. Deshalb sollen die Probleme im Kontext der Berufsverbote weiter verfolgt werden. Zudem will die Jury insbesondere ein Schwergewicht der Aufmerksamkeit auf die Folgewirkungen der Berufsverbote in formell private Bereiche hinein legen ("Drittwirkungen").
Zu den beiden Fragestellungen aus der Gründungserklärung vom 16. 10.1977, die Hauptgegenstand der zweiten Sitzungsperiode sein sollen, wurden Kommissionen der Jury eingesetzt. Diese Kommissionen arbeiten nach der Erklärung der Jury "bis zur zweiten Sitzungsperiode vollkommen vertraulich". Die zweite Sitzungsperiode wird ebenfalls wie die erste als öffentliche Verhandlung durchgeführt.
Die erste Kommission von Jurymitgliedern bereitet die Frage vor: Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt? Hierbei sollen neben den bereits bekannten Fällen und Verstößen auch neuerliche Informationen über Praktiken in öffentlichen Bibliotheken, die bestimmte Bücher ausscheiden bzw. ihre Benutzer notieren, aufgenommen werden.
Die zweite Kommission der Jury wurde um den Komplex Veränderung der Strafverfahren und mögliche Menschenrechtsverletzungen in diesem Zusammenhang gebildet. Es geht hier also um die Frage: Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert? Zu diesem Komplex wurde eine zusätzliche Unterkommission eingerichtet, die insbesondere der Frage nachgehen soll, ob und inwieweit die Haftbedingungen ein Thema der zweiten Sitzungsperiode sein sollten.
Es wurde auf der Pressekonferenz zum Abschluß der ersten Sitzungsperiode von der Jury erklärt, daß die Fragen bzw. Themen der zweiten Sitzungsperiode in den nächsten Wochen noch konkretisiert und diese Konkretisierung allgemein bekanntgegeben werden soll. Die Jury forderte bereits jetzt alle Betroffenen sowie die Gruppen der Unterstützungsbewegung auf, Fälle, die ihnen bekannt sind, so gut dokumentiert wie möglich dem Sekretariat zur Kenntnis zu bringen. Auch erneute Fälle von Berufsverboten sollen an das Sekretariat gegeben werden. Die Jury wies ausdrücklich darauf hin, daß in dem Endbericht über beide Sitzungsperioden auch solche Fälle von Menschenrechtsverletzungen berücksichtigt werden, die aus Zeitgründen nicht in den öffentlichen Sitzungen verhandelt werden konnten.
Materialien, Dokumente u.a. sind zu schicken und konkrete informative Anfragen zu richten an Sekretariat Russell-Tribunal, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel. 030/ 2119138.

tums' zu regeln ist. Über allen Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten steht seine Verpflichtung, die Gesetze gewissenhaft einzuhalten. Man geht davon aus, daß jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst für alle Verfassungsgrundsätze einzustehen hat.

Mehr als 15% aller Beschäftigten der Bundesrepublik und West-Berlins arbeiten im öffentlichen Dienst. Ihre Zahl nimmt ständig zu. Eine Vielzahl von Berufen untersteht den Regelungen des öffentlichen Dienstrechts. Es sind nicht nur diejenigen betroffen, die in Bundes-, Länder- oder örtlichen Verwaltungen arbeiten, sondern darüber hinaus – um nur einige Bereiche zu nennen – auch diejenigen, die als Lehrer oder in anderen Funktionen in Schulen und Universitäten, bei der Bundesbahn, der Post oder in Krankenhäusern arbeiten.

Am 28. Januar 1972 haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder den sogenannten Radikalenerlaß herausgegeben, in dem es heißt: "Der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder haben über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen Grundsätze verabschiedet. Nach den Beamtengesetzen von Bund und Ländern und den für Angestellte und Arbeiter entsprechend geltenden Bestimmungen sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes positiv zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine Verletzung dieser Bestrebungen dar. Die Mitgliedschaft von Angehörigen im öffentlichen Dienst in Parteien oder Organisationen, die die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen – wie auch die sonstige Förderung solcher Parteien und Organisationen – wird daher zu einem Loyalitätskonflikt führen. Führt das zu einem Pflichtverstoß, so ist im Einzelfall zu entscheiden, welche Maßnahmen der Dienstherr ergreift. Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigt dies in der Regel eine Ablehnung."

Derartige öffentliche Erklärungen sind weder ein Akt der Gesetzgebung noch haben sie Gesetzeskraft. Trotzdem wurde aus der Erklärung vom 28. Januar 1972 schnell eine offizielle Norm, ohne daß geprüft worden wäre, ob diese Regelung in irgendeiner Weise einem grundgesetzlich verbürgten Recht widersprach. Die Bürokratie entscheidet seitdem so, als hätte der Gesetzgeber eine Norm für die "Treuepflicht" und Kriterien für die Beurteilung der Eignung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst verabschiedet.

Die Unbekümmertheit, mit der der "Radikalenerlaß" allgemein akzeptiert und angewendet wurde, bestätigt die ungewöhnlich negative Reaktion auf jedwede fortschrittliche politische Bestrebung in Deutschland. Die Verabschiedung und die Praxis des "Radikalenerlasses" waren die ersten bedeutenden Schritte, um eine Entwicklung aufzuhalten, die möglicherweise zu einer effektiven Kraft geführt hätte, die den herrschenden Mitte- und Rechtsparteien in den kommenden Jahren hätte entgegentreten können.

Da das Bundesverfassungsgericht nicht auf den relevanten verfassungsmäßigen Garantien bestand, ist das konservative Programm außerordentlich gefördert worden. Die übermäßige Ausweitung der Befugnisse der Exekutive wurde nicht eingeschränkt, die Praxis der Berufsverbote nicht beendet.

Die Art und Weise der Durchführung dieses politischen Programms spiegelt die ihr zugrunde liegenden Absichten wider. Aus dem gesichteten Beweismaterial zeichnete sich klar folgendes Bild ab:

a) Der Verfassungsschutz arbeitet auf breiter Basis, um "Erkenntnisse" jeglicher Art von legaler politischer Betätigung deutscher Bürger zu sammeln, zum Beispiel über die Mitgliedschaft in legalen Parteien und anderen Organisationen, das Unterzeichnen von offenen Briefen und Erklärungen, die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, das Verteilen von Flugblättern, die Beteiligung an Demonstrationen, das Halten von Reden sowie die Veröffentlichung von Schriften.

b) Bewerbern für den öffentlichen Dienst wird mitgeteilt, daß aufgrund von "Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes über ihre politische Betätigung Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit bestehen, obwohl diese Betätigung legal war, oft weit zurück liegt oder nur von kurzer Dauer gewesen ist.

c) Legale politische Parteien und Organisationen, die Kritik an der Regierungspolitik einschließlich der Berufsverbote üben, können von den Behörden als "verfassungsfeindlich" betrachtet werden. Nicht nur die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation, sondern jegliche Verbindung mit derart eingestuften Organisationen, ihren Mitgliedern oder Anhängern können ausreichen, um Zweifel an der Einhaltung der "Treuepflicht"

Helmut Gollwitzer:
Wir selbst entscheiden über Verwirklichung und Zukunft der Demokratie

Zum Abschluß der ersten Sitzungsperiode über die Thematik Berufsverbote des Russell-Tribunals hielt Helmut Gollwitzer, Mitglied des deutschen Beirats des Tribunals, am 4. April 1978 im Bürgerhaus Frankfurt-Harheim folgende Rede: "Wir stehen am Ende des ersten Abschnitts einer Arbeit, die dem Wohle des deutschen Volkes gilt. Wir sind überzeugt, daß das Wohl des deutschen Volkes entscheidend von der Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland abhängt. Wir wissen ebenso, daß angesichts der Bedeutung der Bundesrepublik für das übrige Europa die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik großen Einfluß auf die Erhaltung von Demokratie und Frieden in Europa hat. Darum haben wir, unabhängige Bürger aus Staaten Europas und des außereuropäischen Auslandes, uns zusammengefunden, hinweg über verschiedene politische und weltanschauliche Standpunkte, in tiefer Sorge auch um das Schicksal von vielen Tausenden von Menschen, die von Menschenrechtsverletzungen bedroht sind und von denen wir einige hier gesehen haben.

Wir danken der Russell Peace Foundation, daß sie mit ihrer Organisation und ihrem großen Ansehen dieses Unternehmen ermöglicht und trägt. Dieses 3. Russell-Tribunal hat seine besondere Bedeutung: es ist eine nichtinstitutionelle, nichtoffizielle Organisation von Bürgern unserer heutigen Gesellschaft, besonders aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaft. Natürlich selbsternannt, wie diejenigen herabsetzend sagen, denen offenbar nur Ernennungen von oben imponieren. Beauftragt von unserem eigenen Bürgersinn und unserer Gewissensverantwortung für die Menschenrechte. Darum meine ich, fähig, unabhängig und öffentlich Fragen zu behandeln und Warnungen auszusprechen, gegenüber dem Vormarsch des bürokratisierten, technokratisierten, autoritären Staates, der uns überall bedroht.

Keine Unterstützung, sondern geballte Ablehnung fanden wir dagegen bei denen, die die offizielle Verantwortung für die Demokratie und die Wahrung der Menschen- und Grundrechte in der Bundesrepublik tragen – bei der Bundesregierung, bei der Spitze der drei Bundestagsparteien und leider auch bei der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Sprachregelung funktionierte weithin in Presse und Massenmedien, zum Glück mit einigen rühmlichen Ausnahmen, von denen ich stellvertretend die "Frankfurter Rundschau" und den "Tagesspiegel" nenne.

Bild: ID

Die Bemühung um die Herabsetzung des Russell-Tribunals geschah sogar um den Preis der Intelligenz. Angesehene Zeitungen nennen uns das sogenannte Russell-Tribunal, was so hirnrissig ist, wie wenn man von mir als dem sogenannten Helmut Gollwitzer spricht. Keine Verleumdung, keine Entstellung, keine Unwahrheit war zu niedrig, zu absurd, als daß man sie ausgelassen hätte. Wir deutschen Mitarbeiter hatten zweimal Anlaß, uns vor unseren ausländischen Freunden für unser Land zu schämen.

Der eine Anlaß war diese weitgehende Gleichschaltung, für die offenbar kein Propagandaministerium mehr nötig ist. Wir hoffen nun, daß doch öffentlich bekannt wird, wie sehr der tatsächliche Verlauf der ersten Sitzung die gegen uns gerichtete Vorverurteilung widerlegt hat.

Und wir sahen, wie dringend nötig unser Unternehmen ist, bevor es zu spät ist. Bevor es zu spät ist – genau das ist unsere Antwort auf die Vorwürfe, wir würden die Verhältnisse in der Bundesrepublik gleichsetzen mit der amerikanischen Intervention in Vietnam und mit den scheußlichen Militärdiktaturen in Lateinamerika. Man kann zufrieden sein, wenn Willy Brandt über die vermeintliche Gleichsetzung entrüstet ist, tut er doch damit kund, daß er heute jene amerikanische Intervention in Vietnam für eine schändliche Menschen-

zu wecken. Berufsverbote berühren also Kommunisten, deren Partei in der Bundesrepublik legal existiert und darüber hinaus mehr oder minder alle diejenigen, die in irgendeiner der politischen Bewegungen tätig sind, die links von der Mitte stehen.

d) Gewöhnlich werden die Informationen, die zu einem Anhörungsverfahren führen, von den entsprechenden Verfassungsschutzämtern an die Einstellungsbehörden weitergegeben. Manchmal wird dann eine Anhörung anberaumt, z.B. aufgrund einer Denunziation durch einen Nachbarn oder Kollegen, der als "Informant" arbeitet. Die Anhörung findet hinter verschlossenen Türen statt. In ihrem Verlauf werden die Vorgeladenen einer Ausforschung ihrer politischen Meinung ausgesetzt. Dabei bestätigt sich nach Aussage einer ganzen Reihe von Zeugen, was die Vorladung befürchten ließ, nämlich den Beginn eines Alptraums, dem niemand entrinnen kann. Die Betroffenen stehen solange unter dem Verdacht der "Verfassungsfeindlichkeit", als sie ihre "Unschuld" nicht bewiesen haben. Jeglicher Versuch, komplexe politische Probleme zu erklären, wird mit der Forderung nach Ja-Nein-Antworten unterbrochen. Die Weigerung, eine Frage zu beantworten oder überhaupt zur Anhörung zu erscheinen, wird als Schuldbekenntnis bewertet. Verlangt wird eine Absage an jegliche offiziell nicht gebilligte Meinung und ein unmißverständliches Bekenntnis zu offiziell vertretenen Ansichten. Demjenigen, der radikale Auffassungen leugnet, wird oft mißtraut, selbst wenn keine gegenteiligen "Erkenntnisse" vorliegen.

e) Alle in diesem Zusammenhang auftauchenden Begriffe: "Treuepflicht", "Verfassungsfeindlichkeit" oder "freiheitliche demokratische Grundordnung" sind verschwommen und unbestimmt, wodurch der Verhörte einer nicht überprüfbaren, willkürlichen Beurteilung ausgeliefert ist.

f) In einigen Fällen fand eine sogar noch weit gefährlichere Ausweitung des Feldes möglicher "Schuld" statt: Bewerber, die als "verfassungstreu" gelten könnten, werden aufgrund gewisser Bekanntschaften zu "Risiken" erklärt – sie könnten zu "Verfassungsfeinden" werden.

Die dem Tribunal vorgetragenen Berufsverbote sind hauptsächlich von Landesbehörden verhängt worden. Einige Hinweise ergaben, daß ähnliche Formen von Diskriminierung auch von Gewerkschaften und gewerblichen Institutionen gegen ihre Mitglieder angewandt worden sind. Darüber hinaus gab es Hinweise auf eine intensive Zusammenarbeit und einen regen Informationsaustausch zwischen diesen Institutionen und den Verfassungsschutzämtern.

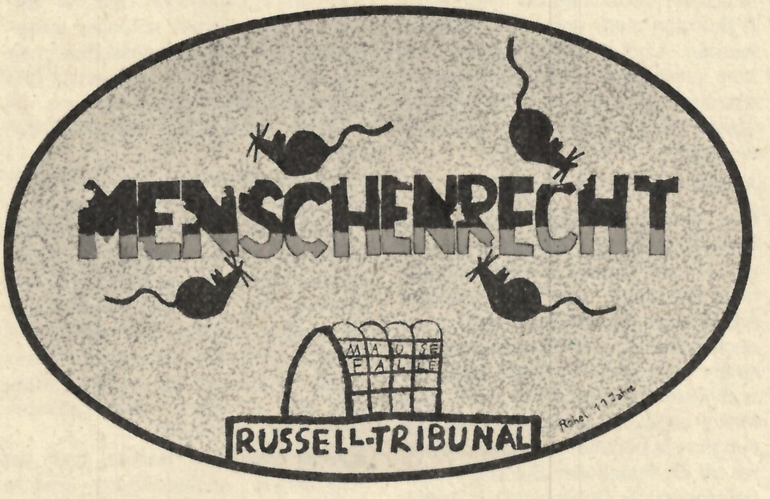
Es war nicht möglich, die Zahl der von Berufsverboten unmittelbar Betroffenen festzustellen, da die Regierungen ausreichende Informationen nicht veröffentlicht haben. Dennoch ist klar geworden, daß das Ausmaß der Überwachung durch den Verfassungsschutz beträchtlich ist und ständig zunimmt.

Auswertung der Materialien

Prinzipien

Das dritte internationale Russell-Tribunal bezieht seine Legitimation allein aus dem strikten Bezug auf die international anerkannten Menschenrechte, deren kompromißlose Einhaltung in aller Welt gefordert wird. Sie sind seine einzigen Kriterien. Daraus ergibt sich die Legitimation des Tribunals.

Bezogen auf die Problematik der Be-



Russell-Autoplakete. Bezug: Kirschkern, Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12

rechtsverletzung hält, was wir damals schon gesagt haben, was wir aber damals weder aus seinem Munde, noch von seiner Partei und seiner Regierung gehört haben.

Aber, die Russell-Tribunale über Vietnam und Chile, so unerläßlich sie waren, kamen zu spät, das Kind lag schon im Brunnen. Mit dem jetzigen Tribunal wollen wir tätig werden, bevor es zu spät ist und um ein Zuspät zu verhindern. Wir bedauern sehr, daß wir dabei bisher nicht Mitarbeit und öffentliche Solidarität gefunden haben, bei denen, von denen wir wissen, daß sie von der gleichen Sorge um die Erosion unserer Demokratie und um den schleichenden Abbau der Grundrechte in unserem Staat erfüllt sind. Aber wir sind zufrieden damit, daß unser Unternehmen sie herausgefordert hat, nun ebenfalls in der gleichen Richtung wie wir tätig zu werden. Nur, eines müssen uns die Freunde innerhalb der SPD und/oder FDP zugestehen – so sehr wir uns freuen, wenn nun auch in diesen Parteien Menschen initiativ werden, wie der Kongreß in Hannover zur Verteidigung der Demokratie und die Heinemann-Initiative "Kriegen wir eine andere Republik" zeigen – : den Parteien, unter deren Regierungskoalition sich die Verhältnisse so bedrohlich entwickelt haben, die Verteidigung der Demokratie allein zuzutrauen und zu überlassen, das wäre ein Kinderglauben, den niemand von uns verlangen kann.

Die Fakten, die in diesen Tagen anhand von exemplarischen Fällen durch die Jury sorgsam und unvoreingenommen eruiert worden sind, sind uns deutschen Mitarbeitern seit Jahren bekannt. Dennoch war ihre genaue Vorführung für uns der zweite Anlaß, der uns die Schamröte über unser Land ins Gesicht getrieben hat.

Ein Bodensatz von Rassismus, Intoleranz, panischer Kommunistenangst und potentiellem Faschismus, einen solchen Bodensatz gibt es in allen unseren Völkern. Einzelfälle von Rechtsverletzungen und ungerechte Strukturen gibt es in allen unseren Staaten. Und wir verteidigen die demokratische Staatsstruktur eben deswegen, weil sie die Möglichkeit gibt, gegen solche Entartungen zu arbeiten.

Was hier aber, bei dieser Sitzung, deutlich wurde, war nicht nur Unfähigkeit, sondern auch Unwille der Verantwortlichen in Staat und Parteien, eine schlechte Verfassungswirklichkeit mit unserer guten Verfassung in Deckung zu bringen. Das Maß von Illiberalität und Unfairneß, die Erhöhung des Staates als einer obrigkeitlichen Größe über Volk und Verfassung, die Bereitschaft, Grundrechte willkürlich außer Kraft zu setzen, das alles ist erschreckend. Und das alles findet sich nicht nur an Stammtischen, sondern in den Rängen der oberen Beamten, bei Professoren, Juristen, Lehrern des Staatsrechts und nicht nur bei Politikern, die für Pinochet und den Schah schwärmen, sondern bei Politikern und namhaften Bürgern, deren demokratische Gesinnung unbestreitbar ist.

Die Einsetzung des Russell-Tribunals über die Menschenrechte in der Bundesrepublik ist damit hinreichend gerechtfertigt und seine Notwendigkeit erwiesen. Nicht erwiesen ist seine Wirksamkeit. Sie hängt leider nicht von uns allein ab. Ob die Mauer der Vorverurteilung durchbrochen wird, das hängt ab von der Berichterstattung der Massenmedien. Sie hängt ab von der Einsicht unserer Politiker, von ihrer Bereitschaft zur gerechten Kenntnisnahme, zur Selbstkritik, auch zum Erschrecken über die hier ausgebreiteten Fakten.

Sie hängt auch ab von der Resonanz, die unsere Arbeit im Ausland, besonders im europäischen Ausland, finden wird und von der Rückwirkung, die diese Resonanz auf unsere Politiker, auf unsere Regierenden und unsere Behörden haben wird. Darum nun unser besonderer Dank an Sie, unsere ausländischen Freunde, die Sie die große Mühe und die enormen Strapazen, zuletzt dieser Woche, auf sich genommen haben und dazu die Verleumdungen, die Ihnen persönlich zuteil geworden sind. Sie haben damit nicht die Verachtung, sondern gerade die Achtung vor unserem Volke bestätigt. Ihre internationale Mitverantwortung für seinen Weg, ja Ihre Liebe zu diesem merkwürdigen, so begabten und tüchtigen, aber auch einige Male so bedrohlich gewordenen Volk, das unser Volk ist – wir danken Ihnen dafür von Herzen.

Nur ein sehr begrenztes Unternehmen konnten wir planen. Es ist umgeben von den Hoffnungen derer, die in mancherlei Weise zu spüren bekommen, wie unzulänglich die im Grundgesetz zugesprochenen Grundrechte bisher bei uns verwirklicht sind. Nur wenige, besonders bedrohliche Erscheinungen konnten wir auswählen, und keinerlei Macht, außer der Macht unseres Wortes, haben wir, um schlechte Entwicklungen in bessere umzukehren.

Wir hoffen aber, es geht von dieser unserer Unternehmung eine Ermutigung aus, damit immer mehr Bürger unseres Landes die Sache unserer Demokratie selber in die Hand nehmen. Kein Verfassungsschutz kann für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung garantieren als der Verfassungsschutz, der wir selber sind. Wenn nicht das Volk, das seine Grundrechte erkennt, das die Übereinstimmung seiner gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit mit seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung in ihrem wirklichen Sinne immer neu gegen alle Grundrechtsverkümmerung erzwing und das dadurch seine echte freiheitlich-demokratische Grundordnung mit allen Zähnen verteidigt, niemand anderes entscheidet über Verwirklichung und Zukunft unserer Demokratie als allein wir selbst, das demokratische Bewußtsein und die demokratische Zivilcourage, der Bürger unseres Landes."

★

rufsverbote als Verhandlungsgegenstand der ersten Sitzungsperiode des Tribunals sind folgende Kriterien zugrunde gelegt worden:
– es darf keine Einschränkung des Rechts auf freien Zugang zum Beruf geben,
– die Meinungsfreiheit ist ohne irgendwelche Diskriminierung zu garantieren,
– es muß Versammlungsfreiheit geben,
– die Mitgliedschaft in jeder Organisation muß frei von Angst vor Sanktionen sein.
Von einer rechtsstaatlichen Ordnung wird verlangt, daß diese Prinzipien voll anerkannt sind. Einschränkungen sind nur gerechtfertigt, wenn die Ausübung dieser Rechte eine unmittelbare Beeinträchtigung grundlegender Rechte und Freiheiten anderer Bürger nach sich zieht.
Das Tribunal stellt nachdrücklich fest, daß in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, die es untersucht hat, die dort aufgrund des Festhaltens an nicht genehmen Meinungen oder der Zugehörigkeit zu nicht genehmen Organisationen verhängten Berufsverbote mit den Menschenrechten nicht vereinbar sind. Allein die fachliche Eignung und Leistung der Beschäftigten können Kriterien für Einstellung und Entlassung sein.
Die Diskriminierung bestimmter Überzeugungen wäre undenkbar ohne den hierfür eingerichteten Inquisitions- und Überwachungsapparat. Derartige Methoden, so heißt es, würden die Freiheit des Volkes schützen; tatsächlich aber erweitern sie die Macht des Staates.
Zu einer Zeit, da Fragen von grundsätzlicher Bedeutung der öffentlichen Diskussion mehr und mehr entzogen werden, sind kritische Beamte und eine uneingeschränkte Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der staatlichen Institutionen dringend notwendig.

Auswirkung der Berufsverbote

Eine Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst kann verheerende Folgen für den Bewerber nach sich ziehen. Oft bieten sich keine anderen Anstellungsmöglichkeiten, weil er, wo auch immer er sich bewerben mag – selbst dort, wo der Staat nicht der wichtigste Arbeitgeber ist – mit dem Makel angeblich mangelnder Verfassungstreue behaftet sein wird. Schwerer als die materiellen Einbußen wiegt der Verlust der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung: das Trauma, sich als ein aus der Gesellschaft Ausgestoßener erleben zu müssen; die Demütigung der Anhörungsverfahren; die lange Ungewißheit und Furcht, in Erwartung einer Entscheidung. Auch über den unmittelbar von Berufsverboten betroffenen Personenkreis hinaus weitet sich zunehmend ein allgemeines Klima der Angst aus, politische Rechte wahrzunehmen. Die Angst, daß jedes Verhalten, das die Verantwortlichen als subversiv ansehen oder in Verbindung mit „subversiven Vereinigungen" bringen könnten, dem Betreffenden von den Behörden eines Tages vorgehalten werden könnte, wenn er sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst bewirbt. Viele üben Selbstzensur und politische Zurückhaltung, werden in ihren kreativen Möglichkeiten beschränkt und beugen sich dem Druck zur Konformität. Andere mögen Widerstand leisten und wieder andere mögen in private oder öffentliche Resignation verfallen.
Beide Tendenzen sind gleichermaßen für eine Gesellschaft außerordentlich schädlich. Denn keine Gesellschaft kann sich ohne geistige Freiheit und ohne Beteiligungsmöglichkeiten in allen Bereichen, besonders der Jugend, weiterentwickeln. Dies gilt vor allem in einer Zeit, in der große soziale und ökonomische Probleme in dieser Welt gelöst werden müssen.
Aus dem uns vorgelegten Beweismaterial geht hervor, daß möglicherweise auch diejenigen, die sich um ein privates Arbeitsverhältnis bemühen, die Ausweitung der staatlichen Maßnahmen und die Weitergabe von "Erkenntnissen" des Verfassungsschutzes an private Arbeitgeber zu befürchten haben. Diesbezüglich wurden uns jedoch keine spezifischen Beweise vorgelegt.
Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen durch die Berufsverbotepraxis und der sich daraus ergebenden Folgen sind als äußerst schwerwiegend zu bewerten. Die Verantwortlichen stellen wachsende Anforderungen in ihrer Bewertung der "Verfassungstreue" und bei den hierfür zu erbringenden Beweisen. Die Unterscheidung zwischen der Treue gegenüber der Verfassung, der Treue gegenüber dem Staat und der Treue gegenüber denjenigen, die ihn verwalten, wird immer schneller aufgehoben. Die Verfassungsschutzämter werden immer weiter ausgebaut und entwickeln mehr und mehr, wie die meisten Bürokratien, eine Eigendynamik.
Eine Weiterentwicklung derartiger Vorgänge kennt nur eine Richtung – nämlich die zu einer Gesellschaft, in der nur noch diejenigen im öffentlichen Dienst eine Anstellung finden können, die sich dem Status quo gegenüber konform verhalten. Muß dieser Weg beschritten werden? Kann dieser Weg irgendwo anders hinführen, als zu einem noch größeren Verlust von Freiheit?
(Dieser vorläufige Bericht, dem ein endgültiger, ausführlicherer Bericht folgen wird, wurde von den 16 Mitgliedern der internationalen Jury, die an der ersten Sitzungsperiode des 3. Russell-Tribunals teilgenommen haben, gemeinsam erstellt und einstimmig beschlossen.)

Schlußfolgerung

Das Tribunal legte den Mitgliedern der internationalen Jury die folgenden vier Fragen zur Abstimmung vor (die Abstimmung war geheim; die Mitglieder des deutschen Beirates stimmten nicht mit ab):

1. Wird Bürgern der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?
(Abstimmungsergebnis: Weiteres Beweismaterial erwünscht: Null Stimmen; Enthaltung: Null Stimmen; Nein: Null Stimmen; Ja: 16 Stimmen.)
2. Stellt die Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenrechte dar?
(Abstimmungsergebnis: Weiteres Beweismaterial erwünscht: Null Stimmen; Enthaltung: Null Stimmen; Nein: Null Stimmen; Ja: 16 Stimmen.)
3. Wird die Praxis der Berufsverbote gegen Menschen, die eine ganz bestimmte politische Meinung vertreten, in diskriminierender Weise angewandt?
(Abstimmungsergebnis: Weiteres Beweismaterial erwünscht: Null Stimmen; Enthaltung: Null Stimmen; Nein: Null Stimmen; Ja: 16 Stimmen.)
4. Steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionen, insbesondere von Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kirchen?
(Abstimmungsergebnis: Weiteres Beweismaterial erwünscht: 8 Stimmen; Enthaltung: Null Stimmen; Nein: 1 Stimme; Ja: 7 Stimmen. Aufgrund der Entscheidung zu dieser Frage forderte die Jury das Sekretariat und den deutschen Beirat auf, neues und gründlicher recherchiertes Material für die zweite Sitzungsperiode des Russell-Tribunals vorzulegen.) ★

Jury dankt Beirat und Sekretariat

Bereits die neueste Ausgabe "Arbeiterkampf" nach der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals macht deutlich, daß der Kommunistische Bund und sein Anhang den deutschen Beirat und das Sekretariat (und natürlich auch das SB wegen seines, wie behauptet wird, "gefährlichen Spiels" mit dem Russell-Tribunal) auch zukünftig nicht mit obskuren Angriffen verschonen wird. Nun meinen wir, es wäre einfach Umweltverschmutzung, wertvolles Papier mit ausführlichen Antworten auf die ellenlangen "Anschuldigungen" des KB zu bedrucken. Um jedoch zu verdeutlichen, daß der Versuch der KBler, einen Keil zwischen Jury einerseits und Beirat und Sekretariat andererseits zu treiben, bei dem Tribunal wirkungslos geblieben ist, hier einige Sätze des Dankes, den die Jury u.a. gegenüber Beirat und Sekretariat ausgesprochen hat:
"Die Jury des 3. Tribunals dankt seinem deutschen Beirat und seinem Sekretariat für die geleistete Arbeit. Die Vorbereitung der Fälle, das Überprüfen ihrer faktischen Genauigkeit stellte große Anforderungen. Viele Monate schwierigster Arbeit sowie zahlreiche Reisen in alle Teile der Bundesrepublik und auch sorgfältige Diskussionen mit Personen und Organisationen waren erforderlich, um die redlichen Absichten der Jury anläßlich ihres Besuches der Bundesrepublik bekanntzumachen. Der Erfolg dieser Bemühungen kann daran gemessen werden, daß in keinem der Fälle irgendwelche Aussagen angefochten wurden, obwohl wir die offiziellen Behörden im Interesse der Wahrheitsfindung wiederholt dringlichst dazu aufgefordert haben ...
Unser Dank gilt auch den örtlichen Komitees, die öffentliche Kundgebungen in den Großstädten der Bundesrepublik organisierten. An jeder dieser Veranstaltungen nahm mindestens ein Jurymitglied teil. Alle von ihnen betonten, nie das Gefühl gehabt zu haben, sich als ausländische Eindringlinge in innere Angelegenheiten einzumischen, sondern vielmehr sich als Mitbürger gefühlt zu haben, die einer gemeinsamen Sache verpflichtet sind. Wir möchten hinsichtlich unserer deutschen Mitarbeiter klar feststellen: Wenn sie nach unserer Abreise aufgrund ihrer Mitwirkung und Teilnahme am Russell-Tribunal irgendeine Benachteiligung erfahren sollten, werden wir eine internationale Kampagne des Protestes entfachen." ★

Syndikat
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Savignystraße 61–63
6000 Frankfurt am Main

Jetzt erschienen:

Rolf Schwendter
Theorie der Subkultur
Erweiterte Neuausgabe
420 S. Kleinformat. Kart. DM 20,–

Von der 1970 geschriebenen, inzwischen zu einem Standardtext gewordenen und hier mit einem aktuellen Vorwort wieder vorgelegten Theorie der Subkultur fällt ein neues Licht auf die seit den späten sechziger Jahren und jetzt wieder verstärkt überall auftretenden Erfahrungen mit Gegenmilieus und „alternativen" Kulturen.

Rudolf zur Lippe
Am eigenen Leibe
Zur Ökonomie des Lebens
284 S. Kleinformat. Kart. DM 14,–

Ein erster, gewagter, notwendiger Schritt zu dem, was einmal als umfassende „Ökonomie des Lebens" an die Stelle der heute noch alleinherrschenden Ökonomie der Naturbeherrschung und der bloßen Reproduktion treten muß, wenn es menschliches Leben künftig noch geben soll.

Betriebsratswahlen in Spanien

Wolfgang Lutterbach Interview mit José Juis López (CC.OO)

Das folgende Interview wurde bereits am 8.2. 1978 (also vor den spanischen Betriebsratswahlen) von dem Genossen Wolfgang Lutterbach für "links" im Büro der Arbeiterkommissionen von Katalonien in Barcelona gemacht. Gesprächspartner war der Generalsekretär der katalonischen Arbeiterkommissionen, José Luis López Bulla. López Bulla ist gleichzeitig Mitglied der KP Kataloniens und dort im Zentralkomitee.

Abkürzungen, die im Interviewtext verwendet werden:

CC.OO = Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras)

PSUC = KP Kataloniens (Partit Socialista Unificat de Catalunya)

UGT = Allgemeine Arbeiter-Union (Union General de Trabajadores)

USO = Gewerkschaftliche Arbeiter-Union (Union Sindical Obrera)

PSOE = Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (Partido Socialist Obrero Espanol)

Frage: Welches Programm haben CC.OO zu den Betriebsratswahlen vorgelegt?

Antwort: Ich will hier nur einige Forderungen nennen, die CC.OO mit einer kampfbereiten Arbeiterklasse und den gewählten Betriebsrats-Delegierten durchsetzen will: Wir kämpfen für die 40-Stunden-Woche, für eine hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Urlaub, für ein Rentenalter von 60 Jahren und für einen vernünftigen Kündigungsschutz. Ich weiß, daß die Arbeiterklasse in anderen kapitalistischen Staaten diese Ziele schon längst erreicht hat. Wir hier in Spanien sind durch vierzig Jahre Faschismus in einer anderen Situation. Wir müssen und wir werden dem spanischen Monopolkapital erst einmal diese Basisforderungen für die Reproduktion der Arbeiterklasse abringen.

Frage: Was war noch Wahlkampfthema?

Antwort: Beseitigung der katastrophalen Arbeitslosigkeit durch eine echte Mitbestimmung der Klassen-Gewerkschaften in den Betrieben. Wir wollen auf Massenentlassungen nicht nur reagieren, sondern sie durch direkte Einflußnahme auf die Unternehmerpolitik von vorneherein verhindern. Ich will noch ein wichtiges Thema erwähnen: Du weißt, daß viele unserer engagiertesten Kollegen und Genossen gerade wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit ihren Arbeitsplatz verloren. Zu Zeiten des Franquismus hatten es die Kapitalisten leicht, Gewerkschafter zu kriminalisieren und sie aus den Betrieben zu werfen. Deshalb fordern wir heute die Amnestie für Gewerkschafter (amnistia sindical). Wir werden nicht eher ruhen, bis alle Kollegen wieder eingestellt sind, die sich durch gewerkschaftliches Engagement unter Franco 'strafbar' gemacht haben.

Frage: Die Forderungen, die Du genannt hast, werden auch von anderen Gewerkschaften vertreten.

Antwort: Das stimmt. Deshalb kommt es, daß in vielen Betrieben Spaniens Wahlaufrufe erschienen, die von verschiedenen Gewerkschaftszentralen gemeinsam unterschrieben waren. Die Arbeiterkommissionen sahen darin eine Möglichkeit, die Einheit der spanischen Arbeiterklasse zu dokumentieren. Wer sich immer wieder von solchen gemeinsamen Wahlaufrufen selbst ausschloß, das waren die Kollegen von der sozialistischen Gewerkschaft UGT, die wohl ein anderes Verständnis von der Einheit der Arbeiterklasse als wir haben.

Frage: Kannst Du das etwas näher erklären?

Antwort: Die UGT ist als Gewerkschaft der PSOE

in allen Betrieben mit geschlossenen Listen aufgetreten. Damit hat sie einer Blockbildung innerhalb der Arbeiterbewegung Vorschub geleistet. Wir hingegen haben uns für offene Listen entschieden, in denen jeder Gewerkschafter, ob Sozialist, Kommunist oder Trotzkist kandidieren konnte. Ausschlaggebend für die Kandidatur bei den Kommissionen war nur, ob der Kollege oder die Kollegin bei der Belegschaft als entschiedener Gewerkschafter anerkannt war. Eine Parteizugehörigkeit spielte keine Rolle. Damit glauben wir, auf dem einzig richtigen Weg zu einer wirklichen Einheit der Arbeiterklasse zu sein.

Frage: Ist aus Deiner letzten Antwort zu schließen, daß die UGT bei den Betriebsratswahlen Euer Hauptgegner war?

Antwort: Nein, ganz bestimmt nicht. Hauptgegner war ohne jeden Zweifel die Regierung und die von ihr unterstützten 'Gelben Gewerkschaften'. Seitdem in Spanien die Tradition der Klassengewerkschaft wieder auflebt, versuchen die Herrschenden mit allen Mitteln, den Prozeß einer proletarischen Bewußtseinsbildung in der spanischen Arbeiterklasse zu verhindern. Die Zwangsgewerkschaften des Franquismus sind ja mittlerweile zu einem lächerlichen Anachronismus geworden. Deshalb versuchen das Monopolkapital und ihm wohlgesonnene Regierungskreise, Organisationen aufzubauen, vor allem im Angestellten- und Dienstleistungsbereich, die ein Gegengewicht gegenüber den kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften darstellen sollen. Das Programm dieser 'Schein-Gewerkschaften' ist die friedliche Zusammenarbeit mit Regierung und Kapitalisten. Es wurden große Summen in den Aufbau dieser 'Gelben Syndikate' gesteckt, die in Wahl-Listen oft als 'Unabhängige' auftauchen. Punktuell haben diese Spalter-Organisationen auch Erfolge erzielt. So erhielten sie beispielsweise im Madrider Kaufhaus 'Corte Ingles' die Mehrheit der Delegierten. Aber die Gesamt-Wahlergebnisse zeigen deutlich, daß sich die spanische Arbeiterklasse nicht hat irreführen lassen. Sie hat den Gelben eine deutliche Absage erteilt.

Frage: In der bürgerlichen Presse ist in letzter Zeit viel über die finanzielle Hinterlassenschaft der franquistischen Zwangssyndikate geschrieben worden. Was hat es damit auf sich?

Antwort: Ich will Dir erst die Vorgeschichte erzählen. In der Zeit der Franco-Diktatur hat das Staatssyndikat von jedem Arbeiter und von jedem Unternehmer einen Zwangsbeitrag eingezogen. Jeder Arbeiter hatte so jeden Monat einen Teil seines Lohnes an das Syndikat abzuführen. Das Geld wurde hauptsächlich in den Bau von Häusern investiert und für die Finanzierung des gewaltigen und unnützen Staatsapparates verwendet. Die Werte, die sich durch die ständigen Beitragszahlungen bis zum Tode Francos angesammelt haben, gehen in die Hunderte von Millionen DM. Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterklasse die von ihr abgepreßten Gelder wieder zurückbekommen muß.

Frage: Wie soll das konkret geschehen?

Antwort: Ein klares Konzept, wie diese Forderung einzulösen ist, hat keine der spanischen Gewerkschaften, auch wir nicht. Wir meinen nur, daß der Ausgang dieser Betriebsratswahlen und die Mitgliederstärke der Gewerkschaften Anhaltspunkte dafür geben könnten, wie das finanzielle Erbe des Zwangssyndikates am gerechtesten verteilt wird.

Frage: Das hieße aber, daß die CC.OO aufgrund ihrer momentanen Stärke einen Großteil des Vermögens erhielte und sich zum Beispiel die traditionsreiche UGT mit weniger zufrieden geben müßte.

Antwort: Die UGT sieht sich manchmal nicht nur als alleinige Erbin der besten Traditionen der spanischen Arbeiterklasse, sondern auch deren Vermögens. Nach dem Siege Francos wurde das Gewerkschaftsvermögen der UGT in den dreißiger Jahren konfisziert. Und das war nicht wenig. Ich akzeptiere vollständig, wenn sie vom Staat zurückverlangt, was dieser ihr geraubt hat. Aber bei der Verteilung der Hinterlassenschaft des Franco-Syndikats liegen die Dinge anders.

Frage: Nun haben die spanischen Unternehmer auch Ansprüche auf dieses Syndikats-Vermögen angemeldet.

Antwort: Ja, sie sind so dreist und verlangen ein Drittel davon. Wir werden das nicht zulassen. Das Geld, das die spanischen Kapitalisten in die Kasse des Syndikats eingezahlt haben, stammt ja doch letzten Endes aus der Ausbeutung der Arbeiter. Sie sollen keinen Pfennig von diesem Vermögen erhalten.

Frage: Die spanischen Arbeiterkommissionen werden im eigenen Land, aber vor allem im westlichen Ausland, als die Gewerkschaft der Kommunistischen Partei Spaniens gesehen. Inwieweit trifft dieser Vorwurf zu?

Antwort: Die Arbeiterkommissionen als ausschließlich KP-orientiert zu diffamieren, ist nichts Neues, Ich meine, die Kritiker sollten sich einmal die Mühe machen und unsere Mitgliederkarteien durchsehen. Sie würden feststellen, daß rund 90 Prozent unserer Mitglieder überhaupt keiner Partei angehören. Und unter den restlichen 10 Prozent gibt es neben KP-Mitgliedern auch Mitglieder aus regionalen sozialistischen Parteien, Mitglieder der sozialistischen Volkspartei Tierno Galvans, gibt es Trotzkisten und sogar Maoisten. Die Arbeiterkommissionen demonstrieren einen Parteienpluralismus, der von keiner anderen Gewerkschaftszentrale erreicht wird.

Frage: Aber maßgebliche Vertreter der Arbeiter-

Kommentar zu den spanischen Betriebsratswahlen

Die Betriebsratswahlen in Spanien sind für den Produktionsbereich mittlerweile beendet. In rund 18.000 Betrieben sind insgesamt 70.000 Betriebsräte gewählt worden. Die vorläufigen Endergebnisse (veröffentlicht in der Wochenzeitung 'triunfo', vom 25.2.78) bestätigen den klaren Wahlsieg der Arbeiterkommissionen. Allerdings muß das optimistische Bild, das Lopez-Bulla in dem Interview über den Sieg der CC.OO gibt, ein wenig korrigiert werden. Hier die Ergebnisse:

CC.OO	**41,66%**
UGT	**31,0%**
USO	**5,6%**
CSUT	**4,2%**
SU	**2,9%**
'Unabhängige'	**9,1%**

Die restlichen Prozente teilen sich auf konfessionelle Klein-Gewerkschaften und auf die baskische National-Gewerkschaft ELA-STV auf, die nur im Baskenland kandidierte und dort sehr erfolgreich abschnitt.

Die Kommissionen gewannen die Wahlen in Madrid, Barcelona (mehr als 55%), Valencia und Zaragoza, während die UGT besonders stark im Baskenland und der Extremadura sowie in Santander war.

Die Wahlen waren für die spanische Arbeiterklasse von zentraler Bedeutung. Die faschistischen Zwangssyndikate sind nun auch formell aufgelöst, das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung endlich erkämpft. Mit den gewählten Betriebsräten erhalten die Gewerkschaftszentralen zum ersten Mal eine Repräsentanz in den Betrieben, die auch eine juristische Legitimation besitzt. Gewerkschaftliche Interessenpolitik, dreißig Jahre lang der Unternehmerwillkür und der staatlichen Repression ausgesetzt, kann jetzt in den Betrieben ohne die ständige Angst vor Verhaftung und Entlassung gemacht werden.

Mit unserem Betriebsverfassungsgesetz hat das königliche Gesetzesdekret Nr. 3149/1977, das die Wahlen gestattete, nicht viel gemeinsam. Die spanischen Betriebsräte dürfen auf Betriebsebene Tarifverträge aushandeln, sie sind an keine Friedenspflicht gebunden und können jederzeit in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftszentralen ihren Forderungen durch Streik Nachdruck verleihen.

Mit den Betriebsratswahlen ist für die großen Arbeiterorganisationen aber ein Ziel in weite Ferne gerückt: Das der gewerkschaftlichen Einheit. Die Existenz verschiedener Richtungsgewerkschaften, längst schon eine politische Realität, wurde im Wahlkampf deutlicher denn je: Unter dem Druck, möglichst viele Mandate zu erringen, boten sich die Zentralen im Stil bürgerlicher Parteien als 'die bessere gewerkschaftliche Alternative' an, obwohl bei (fast) allen die materiellen Forderungen kaum Unterschiede aufwiesen. Auch wenn CC.OO-Generalsekretär Marcelino Camacho und UGT-Chef Nicolás Redondo gelobten "Wir lassen uns nicht gegeneinander hetzen" (Welt der Arbeit, 9.3.78), so sind die beiden großen Gewerkschaften heute doch weiter denn je von der Einheitsgewerkschaft entfernt.

Daß die Wahlen auch noch andere Schattenseiten hatten, macht folgendes deutlich: Nach den gesetzlichen Regelungen waren nur etwa 1,5 Millionen Arbeiter wahlberechtigt, das sind nur etwa 10% der abhängig Beschäftigten. Die Vielzahl der spanischen Kleinstbetriebe unter fünf Beschäftigten war von den Wahlen ausgeschlossen, genauso wie die Beamten und das Heer der spanischen Landarbeiter. Und schließlich ist es der Regierung gelungen, bis heute die Betriebsratswahlen im Öffentlichen Dienst und im Bereich der Ausbildung durch formale Einwände zu verhindern, obgleich das Gesetz auch hier ganz klar Wahlen zuläßt. Die Möglichkeit der freien gewerkschaftlichen Organisation und Betätigung für alle Berufsgruppen in allen Wirtschaftsbereichen muß daher jetzt nächstes Ziel der Politik der Gewerkschaftszentralen sein. Die ersten freien Betriebsratswahlen nach Franco waren zwar ein erster und überaus wichtiger Schritt in Richtung auf bessere Kampfbedingungen für die spanische Arbeiterklasse. Solange die Regierung aber dem weitaus größten Teil der abhängig Beschäftigten das Wahlrecht vorenthält, ist das 'liberale' Gesetz nur die Hälfte wert.

WOLFGANG LUTTERBACH

kommissionen sind doch KP-Mitglieder und haben dort sogar hohe Führungspositionen inne. Ich denke da an Marcelino Camacho, der Generalsekretär der CC.OO ist und gleichzeitig im ZK der PCE sitzt.

Antwort: Das trifft zu. Auch der Genosse Alonso ist gleichzeitig führendes Mitglied der Sozialistischen Volkspartei und CC.OO-Mann. Aber ich kann Dir versichern, daß die Genossen der PSP und der PCE wohl zu unterscheiden wissen, was Partei-Interessen sind und was die Interessen der Arbeiterkommissionen sind. Wir lassen uns in unseren gewerkschaftlichen Kampf von keiner Partei reinreden, auch nicht von der PCE. Dort, wo es gemeinsame Ziele zu erkämpfen gilt, treten wir auch gemeinsam auf. Aber CC.OO sind weder organisatorisch noch ideologisch mit der Kommunistischen Partei Spaniens verbunden.

Frage: Wieviele Mitglieder haben die Arbeiterkommissionen zur Zeit?

Antwort: CC.OO befinden sich zur Zeit in einer Etappe der organisatorischen Festigung. Was die Mitgliederzahl angeht, so sind wir aus der Phase der euphorischen Selbstüberschätzung heraus. In Katalonien gibt es etwa 500.000 eingeschriebene Mitglieder, in ganz Spanien sind es mittlerweile rund zwei Millionen. Diese Zahl ist anhand unserer Karteien jederzeit nachprüfbar. Ich finde es sowieso nötig, daß die verschiedenen Gewerkschaftszentralen einmal ihre Karteien rückhaltlos offenlegen. Wenn nötig unter notarieller Aufsicht. Das verzerrte Bild über den Organisationsgrad der spanischen Arbeiterklasse, das ja auch im Ausland existiert, muß endlich einmal korrigiert werden. Wir von den Arbeiterkommissionen haben keine Angst vor einer Offenlegung unserer Mitgliederzahlen.

Frage: Marcelino Camacho hat einmal geschrieben, daß die Arbeiterkommissionen nicht eine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne, sondern eine soziale und politische Massenbewegung seien. Wie hat er das gemeint?

Antwort: Die Arbeiterkommissionen beschränken das Feld ihres politischen Kampfes nicht ausschließlich auf den Betrieb. Sicher, aus der gewerkschaftlichen Politik und aus dem Kampf am Arbeisplatz sind die Kommissionen entstanden, und hier liegt auch heute noch der Schwerpunkt der Arbeit. Aber CC.OO kämpfen für bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse, nicht nur im Betrieb. Wir brauchen menschenwürdige Wohnungen, Spielplätze für unsere Kinder und eine ausreichende medizinische Versorgung. Deshalb sind unsere Genossen und Kollegen beispielsweise auch in der Stadtteilarbeit engagiert.

Frage: Wie stehen die Arbeiterkommissionen zur nationalen Frage Kataloniens?

Antwort: Schon unter Franco war eine der zentralen politischen Forderungen von CC.OO die Autonomie Kataloniens. Damals gab es kaum eine politische Gruppierung oder Gewerkschaft, die diese Forderung so militant vertrat wie wir. Lange genug hat Katalonien unter der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterdrückung durch die faschistische Zentralregierung in Madrid gelitten. Die Katalanen sind ein eigenständiges Volk, haben eine eigene Sprache, eine eigene nationale Integrität. Deshalb sind wir für ein Autonomiestatut für Katalonien, genauso wie für die anderen Völker Spaniens. Autonomie heißt für uns nicht Separatismus. Was wir brauchen, ist eine katalanische Landesregierung mit weitestgehender politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit.

Frage: Haben die Arbeiter in Katalonien nicht die gleichen Probleme wie die in Andalusien oder anderswo in Spanien? Sind die Kapitalisten nicht überall gleich?

Antwort: Sicher. Wenn wir Autonomie fordern, so vergessen wir dabei nicht den Grundwiderspruch, der zwischen dem katalanischen Kapital und der katalanischen Arbeiterklasse herrscht, auch wenn uns die hiesigen Unternehmer mit nationalen Parolen auf ihre Seite ziehen wollen. Aber ein Autonomiestatut in unserem Sinne bringt die Regierenden vor allem näher ans Volk und damit auch bessere Möglichkeiten, diese Regierung besser zu kontrollieren. Das ist es, was wir wollen, nicht den nationalen Klassenpakt nach dem Motto 'Kapitalisten und Proletarier Kataloniens gemeinsam gegen Madrid'.

Frage: Eine letzte Frage noch zur Zusammenarbeit der verschiedenen Gewerkschaften Spaniens. Gibt es Möglichkeiten, die Klassenkämpfe gemeinsam zu führen?

Antwort: Ohne jeden Zweifel. Die Praxis zeigt, daß dort, wo es gilt, den Widerstand gegen die Willkür der Kapitalisten zu organisieren, die verschiedenen Gewerkschaftszentralen auch gemeinsam vorgehen. Ein konkretes Beispiel: Im Augenblick, wo wir uns hier unterhalten, findet in den Straßen Barcelonas eine große Demonstration der Arbeiter der SEAT-Autowerke statt. Sie demonstrieren gegen die vorgesehenen Massenentlassungen. An dieser Demonstration nehmen Comisiones-Mitglieder, Gewerkschafter der UGT und der USO und auch Mitglieder der anderen Gewerkschaftsorganisationen teil. Sie gehen zusammen, weil sie ein gemeinsames Ziel haben, und dabei wird nicht auf die einen oder anderen politischen Differenzen geachtet. So etwas geschieht hier in Spanien an jedem Tag und an jedem Ort. An der gewerkschaftlichen Basis und im täglichen Kampf gegen das Kapital kennen wir von den Arbeiterkommissionen und die überwiegende Mehrzahl der Kollegen aus den anderen Gewerkschaften keine Berührungsangst. Ich will hoffen, daß das auch in Zukunft so bleibt, denn nichts ist für die spanische Arbeiterbewegung so wichtig wie die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion.

KÜNSTLERGEMEINSCHAFT
MÜHSAM

Literatur · Musik · Film · Theater · Foto · Plastik
Grafik · Malerei

Engagierte Künstler zeigen eine Ausstellung über die politischen

ENTWICKLUNGEN
in der BRD

Zu dieser Ausstellung erscheint ein Katalog, eine Dokumentation bundesdeutscher ENTWICKLUNGEN ca. 170 Seiten, gebunden, mit Abbildungen. Im Versand zu 12,- DM zu beziehen bei Künstlergemeinschaft MÜHSAM, Linprunstraße 4, 8000 München 2.

den betrag bitte im voraus auf das postscheckkonto münchen, gisbert geißler sonderkonto nr. 302402-802 überweisen.

im Zusammenhang mit dem Kabarett

DIE LAMPENPUTZER
WIR SEHEN SCHWARZ
ein showriges programm

Für die Ausstellung und das Kabarett sind 1978 und 1979 noch einige Termine frei. Interessenten möchten sich bitte an die Künstlergemeinschaft wenden.

Entspannung, Systemkritik, Opposition

Ursula Schmiederer

Über Schwierigkeiten linker Opposition in Ost und West

Als der 'Spiegel' im Januar das "Manifest" veröffentlichte, von dem er behauptete, es komme aus der SED und sogar von Spitzenfunktionären, da gab es einige bezeichnende Reaktionen. Die SED redete von einem "Machwerk gegen die DDR", das sie dem Bundesnachrichtendienst in die Schuhe schob (keine geringe Ehre für diese Institution und ihre Marxismuskenntnisse!). Wehner murrte, hier handele es sich um eine "Provokation", die zum Ziel habe, die mühsam hergestellten deutsch-deutschen Beziehungen wieder zu Nicht-Beziehungen zu machen. Augstein reagierte darauf, indem er über den Spruch vom "Wandel durch Annäherung" nachdachte und meinte, dies hieße für die "Staaten des Ostblocks innere Spannungen, prekärer Wandel".

Hier hat man ein charakteristisches Spektrum von Auffassungen, die alle in den Rahmen von Entspannungspolitik passen. Für die DDR-Führung ist dieses große Interesse bundesrepublikanischer Medien "ideologische Diversion", die die ökonomischen und politischen Entspannungsbeziehungen stört und in der sie – nicht zu Unrecht – mehr vermutet als die pure Wahrheitsliebe von Journalisten und Nachrichtenmagazinen. Nachweislich ist man ja nicht jeder Systemkritik gegenüber gleichermaßen aufgeschlossen, und knallharte Stellungnahmen zugunsten von Kritikern des westlichen Systems findet man auch im 'Spiegel' recht selten. Augstein und sein Nachrichtenmagazin lassen auch nicht viel Zweifel daran, daß sie an diesem spezifischen Wandel der RGW-Staaten Interesse haben; jenem nämlich, der die Annäherung des realen Sozialismus an die kapitalistische Gesellschaft befördert. Damit aber auch hat das Interesse an den Systemkritikern innerhalb des realen Sozialismus einen stark instrumentellen Charakter – eine Tatsache, die den Kritikern selber, die über mehr Öffentlichkeit froh sind, wohl nicht immer bewußt ist.

Wehners Position ist in diesem Entspannungsspektrum die der Realpolitik. Mit den Erfahrungen des Kalten Kriegs und tatsächlich der "Nicht-Beziehungen" sowohl zwischen den beiden deutschen Staaten wie zwischen den Blöcken sind die erreichte Entspannung und die erzielten vertieften und inzwischen vielfältigen Beziehungen ein Fortschritt. Für diesen Fortschritt steht im wesentlichen die Sozialdemokratie; schließlich hat der frühere Bundeskanzler Willy Brandt für den Druchbruch zur deutsch-deutschen Realpolitik gesorgt; verständlich also, daß Wehner dem neuen Interesse an realsozialistischen Zuständen mißtraut, wenn dieses verdächtig nahe an Formen einer ideologischen Kalten-Kriegs-Führung kommt.

Entspannung als Krisenmanagement

Freilich muß man einige Jahre nach Helsinki und mit der Erfahrung, wie die Schlußakte verwendet wird, inzwischen doch die Frage stellen, ob nicht beides zusammengehört: realpolitische Entspannungsbemühungen im politischen und ökonomischen Bereich und ideologische "Diversion", die politische Beziehungen stören kann, die ökonomische Kooperation noch lange nicht behindert. Es ist schließlich kein Zufall, daß das Interesse an politischer Entspannung zu einer Zeit schlagartig wächst, wo der Kapitalismus in seine erste große Nachkriegskrise kommt. Entspannung also für den Westen als Krisenmanagement: mit dem gesteigerten Interesse der kapitalistischen Wirtschaft an der Erschließung neuer Märkte, an Kapitalexport und auch Direktinvestitionen bedurfte es bestimmter politischer Regelungen, um die ökonomischen Beziehungen zu ermöglichen und zu sichern.

Entspannung als Krisenmanagement auch im realen Sozialismus. Je größer die sozialen Probleme in den Gesellschaften des sowjetischen Typs werden, um so mehr setzt die Bürokratie auf den kapitalistischen Weltmarkt und die ökonomischen Beziehungen mit dem Kapitalismus zur Lösung der Krise. Alle jene Probleme, die sie selbst nicht mehr lösen kann, ohne von ihrem "Modell" des "Sozialismus" abzugehen und damit sich selber in Frage zu stellen, sollen nun, wenn nicht gelöst, so doch erträglich gemacht werden durch intensive Wirtschaftsbeziehungen. Die Sowjetunion löst das Problem ihrer zyklischen Mißernten mit dem Weizenimport; die Innovationsträgheit des realen Sozialismus soll durch den Import von "westlicher Technologie" überwunden werden; den Problemen eines bürokratisierten Plans und seines Nicht-Funktionierens hofft man über Computer und deren Programme von IBM beizukommen; den Mangel an Konsumgütern will man über die Importe von Golf usw. beheben und damit nebenher die überschüssige Kaufkraft abschöpfen.

Schlicht und ergreifend – und das ist ein Aspekt von Entspannung, der dem Block- und Staatendenken nicht in den Kopf will: Diese Realpolitik dient auf beiden Seiten der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo, d.h. der Stabilisierung vorhandener Herrschaft und ihrer Träger. Das Kapital ist naturgemäß – und besonders in der Krise – an der Verbesserung seiner Verwertungsbedingungen interessiert. Die Bürokratie im realen Sozialismus erhofft sich ein Dämpfen des Unmuts der Produzenten-Konsumenten. Eine große Interessenkonvergenz also, die der Entspannungspolitik vorläufig auch ihre Stabilität verleiht.

"Offene Tür" und Menschenrechte

Indes geht es noch immer um gegensätzliche Systeme. Und was als "Systemkonkurrenz" daherkommt, hat allemal den Aspekt des gegenseitigen Aus- und Niederkonkurrierens. Und hier haben dann die ideologischen Kampagnen ihren Platz. Zwar ist der reale Sozialismus derzeit arg in der Defensive und seit ihm gar noch die westeuropäischen Bastionen in Form des Eurokommunismus wegzuschwimmen drohen, wird es mühsam, die Vortrefflichkeit und Überlegenheit des "Kommunismus" sowjetischen Typs vorzuführen (außer bei der DKP). Andererseits liegt in dem Spruch vom "Wandel durch Annäherung" auch mehr als die "Öffnung" des "Ostens" für Informationen oder – wie die CDU schwindelt – die "humanitäre" Sorge um das Wohlergehen von Menschen. In der "Sonnenfeldt-Doktrin" ist das klipp und klar gesagt: es gibt das Interesse des "freien Westens", zum einen die RGW-Staaten auseinanderzudividieren, den "Block" zu schwächen und damit Schwierigkeiten zu schaffen; es gibt das Interesse an politischer Destabilisierung der Bürokratie, Schwächung ihrer Herrschaft zugunsten eines Vakuums, in das die abendländischen Werte der bürgerlich parlamentarischen Demokratie und andere Segnungen des Kapitalismus eindringen können.

Der neuere Begriff dafür ist "Penetration", aber in neuem Gewand handelt es sich um die ziemlich alte Politik der "offenen Tür". Lateinamerika hat man mit der Großen-Stock-und-Garrotte-Politik geöffnet, China mit dem Opium-Krieg. Derzeit sind weniger brutale Methoden Mode. Das alte Interesse aber bleibt: das Kapital hat immer und überall – also weltweit – die Bestrebung, nicht-kapitalistische Gebiete oder Gesellschaften unter seine Dominanz zu bringen. Hier haben die manchmal hysterisch scheinenden Reaktionen der realsozialistischen Bürokratie einen realen Punkt für reale Befürchtungen. Und die USA ihrerseits hat schon immer die besonders perfiden Offensiven ihres Kapitals oder ihrer Gesellschaftsordnung in moralischen Floskeln vorgeführt. Die Menschenrechtsduseleien des Präsidenten Carter sind ein ziemlich plumpes Exempel und ein zynisches dazu. Präsident Kennedy, der sich ohnehin dadurch auszeichnete, daß er auf der Höhe der kapitalistischen Zeit war, hat immerhin davon geredet, man müsse "die Welt sicher für Vielfältigkeit" machen ("make the world safe for diversity"), ehe er mit dem Vietnamkrieg anfing (er stand damit in der Tradition von Wilson nach dem Ersten Weltkrieg, der die Welt "safe for democracy" machen wollte und deshalb erst mal dem jungen bolschewistischen Regime den Garaus zu bereiten hoffte).

Arbeiterklasse und Systemkritik – Ost

Es gibt also für Sozialisten keinen Anlaß, Entspannungseuphorien zu pflegen. Wenn die Entspannungspolitik, wie sie derzeit betrieben wird, auf Erhaltung des politischen und gesellschaftlichen Status quo in Ost und West zielt, dann heißt das ebenfalls Eindämmung sozialer Bewegungen, Behinderung des Klassenkampfs. Wir aber können kein Interesse an der Zementierung sozialer Verhältnisse in der kapitalistischen oder in der realsozialistischen Gesellschaft haben. Solange die Klassenstrukturen in Ost wie West überlagert werden von Blockidentitäten und damit auch über die "nationale" Bindung der Loyalität der Arbeiterklasse in Ost und West die falschen Fronten aufrechterhalten werden, die die Klassenstrukturen und die Klassensolidarität überdecken, solange werden unsere eigenen Arbeitsmöglichkeiten an jener Schranke scheitern, die im volkstümlichen und in der Arbeiterklasse durchaus verbreiteten Argument des "geh doch gleich rüber" ihren Ausdruck findet.

Unser Kriterium zur Einschätzung von Entspannungspolitik ebenso wie zur Beurteilung der Perspektiven der Opposition im realen Sozialismus muß es doch wohl sein, inwieweit die Emanzipation der Produzenten in Ost und West von Lohnarbeit, also von Herrschaft und Entfremdung im Blickfeld ist. So verständlich bei den allgemeinen Schwierigkeiten, sich im realen Sozialismus oppositionell zu äußern, die Hoffnung von Teilen der intellektuellen Opposition ist, durch verstärkte Ost-West-Beziehungen größere Artikulations- und Aktionsfreiheit zu bekommen, so nahe liegt dabei die Gefahr der Instrumentalisierung dieser Opposition im Westen für andere Zwecke. Es kommt den Destabilisierungsstrategien entgegen, wenn die Systemkritik Ost zeigt, wie mies alles ist: keine freien Wahlen, keine Autos usw. So kann auch leichthin der einheimischen Arbeiterklasse die Überlegenheit des Kapitalismus vor Augen geführt werden.

Es ist kein Zufall, daß in der Regel viel Lärm gemacht wird um die Freiheiten des Staatsbürgers und die Befriedigungsmöglichkeiten des Konsumenten: von den Produzenten und ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen ist selten die Rede. Das kapitalistische Interesse an Wirtschaftsbezie-

hungen geht neben Absatz und Investitionsprofit auch auf stabile Produktionsbedingungen, z.B. bei der zunehmenden Auslagerung arbeitsintensiver Produktion in RGW-Länder. Nicht nur ist das geringere Lohnniveau attraktiv, sondern auch die gleichsam staatlich garantierte Ruhe der Arbeiter. Eine disziplinierte, nichtstreikende und billige Arbeitskraft – das sucht das Kapital immer und findet es derzeit eher im realen Sozialismus als in der ohnehin notorisch unsicheren "Dritten Welt" oder bei aufbrechenden Klassenkämpfen in den kapitalistischen Ländern (Agnelli hat schon 1969 den streikenden FIAT-Arbeitern in Turin die zuverlässigen FIAT-Togliattigrad-Arbeiter als Vorbild vorgehalten). Hier aber liegt auch ein Widerspruch in der Entspannungspolitik.

Politische Unruhe und Unzufriedenheit im realen Sozialismus, soweit sie sich auf bürgerliche Freiheiten und Konsuminteressen richten, werden von den kapitalistischen Ländern befördert. An einem Übergreifen solcher Unruhe auf die Produzenten, auf die Betriebe, kann ihnen jedoch nicht gelegen sein, das würde die "Produktionsvorteile" stören. Und soziale Unruhe bei den Produzenten-Ost könnte bei den Produzenten-West Lernprozesse in Gang setzen.

Emanzipation und Opposition

So unabdingbar von unserer Seite die Frage danach ist, wie es die Oppositionellen im realen Sozialismus mit der Arbeiterklasse in West und Ost halten, so kompliziert ist der Prozeß für die Opposition. Die Einforderung von Freiheits- und Menschenrechten bedeutet ja mehr als nur formale "bürgerliche" Freiheiten; sie geht darauf, nicht länger "*Objekt* der Manipulation", sondern "*Subjekt* des politischen Geschehens" – so Kosik – zu sein. Damit ist die Emanzipationsfrage gestellt. Und schließlich müssen im realen Sozialismus erst die elementaren Möglichkeiten der Organisation von Interessenvertretung erkämpft werden – und zwar sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen. Im Unterschied zu Bahros Hoffnung auf die sprengende Wirkung des "überschüssigen Bewußtseins" innerhalb des Apparats und der Elite, zeigen die realen Oppositionsbewegungen in der CSSR und in Polen, daß auch eine anfangs "rein" intellektuelle Opposition, die es ernst meint und für ihre Sache kämpft, auf die Situation der Produzenten verwiesen wird. Es zeigt sich, daß auch diesen Oppositionsgruppen immer klarer wird, daß politische Demokratie und Konsumentendemokratie ohne Produzentendemokratie nicht ihr Ziel sein kann.

Analysiert man unter dem Kriterium der Emanzipation die verschiedenen Oppositionsgruppen, so wird man auch das ominöse "Manifest", mit dem der 'Spiegel' solchen Staub aufgewirbelt hat, in seinen Rahmen verweisen können. Wolf Biermann meinte dazu, es hätte in tausend anderen Gruppen der DDR entstehen können. Das macht es nicht stimmiger. So verständlich der hart antisowjetische Einschlag ist: das ist keine Basis, um an die "nationale Frage" heranzugehen. Was da an Einschätzung der internationalen Politik geliefert wird, ist – auch für ein schnell hingeschriebenes Papier (warum eigentlich?, woher dieser Zeitdruck?) – recht dürftig. Die Kritik am Lebensstil von Oberbürokraten bedeutet für eine grundsätzliche Kritik und Veränderung des realen Sozialismus ungefähr so viel, wie wenn man hierzulande in den K-Gruppen den Kapitalismus meint erledigen zu können, wenn man ein paar Kapitalisten abschafft.

Bahro und die Alternative

Was aber – bei aller Kritik im einzelnen, die nötig ist – der Arbeit Bahros ihre politische Bedeutung gibt, ist, daß er auch und gerade den undogmatischen Sozialisten zu Kriterien der Analyse und der Einschätzung des realen Sozialismus verhilft, von denen aus neue und gemeinsame Ebenen politischer Arbeit hüben wie drüben gefunden werden können. Die Kritik am realen Sozialismus wird jedenfalls aus der Ebene des "Ost-West-Konflikts" herausgerückt und anhand ihrer eigenen gesellschaftlichen Grundlagen als einer zwar nicht sozialistischen, doch aber nicht-kapitalistischen Gesellschaft entfaltet. Auch wo Bahro selbst die Hoffnung auf Veränderung noch in den Apparat setzt (und hier kann und muß man erhebliche Zweifel anmelden), liefert er auch für die Perspektiven einer sich entwickelnden Produzentenopposition Kriterien. Uns wird es damit leichter, die vertrackten deutsch-deutschen Beziehungen von der Ebene der Realpolitik und der zwischenstaatlichen Beziehungen wieder auf die Ebene des Klassenkampfs zu bringen.

Die Entfaltung einer Produzentenbewegung-Ost würde zumindest hierzulande den Komplex "Sozialismus-Kommunismus" enttabuisieren. Weder wäre "Kommunismus" dann länger die Legitimation der Herrschenden im realen Sozialismus; noch in der Form des Antikommunismus Legitimation der Herrschenden in der kapitalistischen Gesellschaft. Solange indes die Produzenten im realen Sozialismus keine Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten haben, solange die angebliche Identität von "Arbeiterklasse" und "Partei" und "Kommunismus" nicht aufgesprengt ist, solange hat der Antikommunismus in der westdeutschen Arbeiterklasse immer noch einen realen Kern: egal wie reformistisch, an der Notwendigkeit und Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, muß festgehalten werden. Dies betrifft auch unsere Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten. So wie wir uns hier gegen den Abbau politischer und gewerkschaftlicher Rechte wehren, müssen wir für diese Rechte im realen Sozialismus eintreten. So wie wir hier – als so bezeichnete undogmatische Sozialisten – die Alternative: Sozialismus aus den Traditionsablagerungen der Arbeiterbewegung herausschälen wollen, so muß dort der wirkliche Sozialismus der Produzentendemokratie als Alternative zum "real existierenden Sozialismus" auf die Tagesordnung kommen.

Die Arbeiterklasse Ost und die Arbeiterklasse West sind besonders in Deutschland aufeinander verwiesen. Damit ist die linke Opposition im realen Sozialismus auf die sozialistische Opposition im Kapitalismus angewiesen und umgekehrt. Entsprechend muß unser Interesse sein, den interessierten Kreisen hierzulande die Möglichkeit zu nehmen, die Opposition-Ost weiterhin zu instrumentalisieren. Doch wohl kein verächtlicher Grund dafür, dieselbe Rigidität der Gesellschaftsanalyse, wie sie für die Kapitalismuskritik gerne vorgeführt (oder auch nur vorgegeben) wird, auf die Zustände im real existierenden Sozialismus anzuwenden. Es ist allmählich unglaubwürdig geworden, daß der Schärfe in Sachen Kapitalismus eine sonderbare Scheu in Sachen realem Sozialismus gegenübersteht: das "Hemmende im linken Geschichtsbewußtsein", von dem Dany Diner redet, muß, indem es erkannt ist, auch überwunden werden.

Die Solidaritätskampagne für Rudolf Bahro könnte so ihren Rahmen bekommen. Es geht natürlich darum, daß Bahro nicht vergessen wird und daß man versuchen muß, zu seiner Freilassung beizutragen. Es geht aber darüber hinaus auch darum, daß wir mit der Klärung unserer Positionen in punkto "real existierender Sozialismus" für die linke Opposition in den RGW-Ländern zum Adressat und Partner werden. In der Januar-Nummer von 'links' hat Horácek auf die Bedeutung der Solidarität der Linken für die Charta hingewiesen. Ehe im SB aber die Positionen nicht abgeklärt sind, wird weiterhin die Tendenz bestehen, wie die Katze um den heißen Brei zu schleichen. Solange aber können wir auch nicht überzeugend jenen Oppositionellen, die inzwischen hier leben (z.B. den Schriftstelleremigranten aus der DDR), unsere Solidarität kundtun, sie gar auffordern, mit uns gemeinsam zu arbeiten.

Materialien

(5/1) **AKW-Materialien**

- **antinuk**-Broschüre der Nürnberger Initiative gegen AKWs (erscheint alle 2 Monate), Nr. 2 berichtet über Grohnde-Prozesse, Almelo, Standortsicherungsplan in Bayern, Grüne Listen, AK Leben; Gegen Voreinsendung von DM 1.60 zu beziehen bei: Hans Hunglinger, Bucherstr. 101, 85 Nürnberg
- **Bielefelder Postkarten gegen Atomenergie**, Bezug: H. Ciesla, Postfach 1745, 48 Bielefeld 1
- **Stromzahlungsverweigerung** – Gewaltfreier Widerstand gegen Atomenergie (rechtliche Aspekte, Organisationsvorschalg, Beispiele aus anderen Ländern, Kontakadressen), 56 Seiten, gegen Voreinsendung von DM 2,50 über Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 46 Dortmund zu beziehen

(5/2) **Frauenbewegung**

- **"Feminismus ist kein Pazifismus"** – Dokumente aus der italienischen Frauenbewegung zusammengestellt von Renate Chotjewitz-Häfner; Bezug: Verlag Freie Gesellschaft, Landgrafstr. 16, 6 Frankfurt 90
- **Der Feminist** Nr. 1/78 enthält folgende Beiträge: H. Beecher-Stowe/Angela Davis und Hannelore Mabry – drei Frauen, was sie verbindet und was sie trennt; Lohn für Hausarbeit; feministische Literaturkritik u.v.a. Bezug: Redaktion "Der Feminist", Christrosenweg 5, 8 München 70
- Emilie Meier – Lieber gesund schimpfen, als krank heulen – die Bildgeschichte einer über 70-jährigen Frau; Frauenbuchverlag

(5/3) **Jugend- und Sozialarbeit**

- **Die Zecke** Nr. 7 – Dokumentation zum Konflikt am Frankfurter Berg – Jugendhaus genehmigt – Sozialarbeiter gekündigt; 32 S./DM 3,50. Gegen Voreinsendung in Briefmarken oder Scheck zu beziehen über Helmut Schönberger, Eckenheimer Schulstr. 2, 6 Frankfurt 50
- HEZ Nr. 3/78 enthält als Schwerpunktthema **"Jugendliche gegen Arbeitslosigkeit"**. Gegen Voreinsendung von DM 3.-- zu beziehen bei Redaktion HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61
- Jugendzentrum-Dokumentation **"Das Korbacher Jugendhaus 1971 - 1977"** – Modellprojekt des Landes Hessen – Planung – Realität und Konflikte; 60 S./DM 3.--. Zusendung gegen Einzahlung von DM 3.-- auf PSCHKTO Friedhelm Emde, Hann.Str. 10, 354 Korbach, PSCHA Frankfurt 51 4693-600
- **Freizeit und Politik** – Beiträge zur Ferienpädagogik: das Heft dokumentiert die Konzeption und Durchführung von fünf Ferienveranstaltungen, die vom BDP/BDJ 1976 durchgeführt wurden. Daran wird das Konzept "Freizeit und Politik" vorgestellt, das eine praktische Verbindung von Erholung, politischer Bildung und praktischer Politik anstrebt. 84 S./DM 5.-- plus Porto; Bezug: Verlag Jugend und Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt
- Gasmaske – **alternative Jugendzeitung** Nr. 5 enthält: Alkohol und Psychodrogen, Stromzahlungsverweigerung, Neofaschisten in der BRD, Zensur im WDR, Lyrik, Comic etc. Bezug: Klaus Farin, Velsenstr. 20, 466 Gelsenkirchen-Buer

(5/4) **Bildungsarbeit und Schule**

- Kooperation Nr. 22/23 enthält als Schwerpunktthema **"Arbeiterbildung in der Diskussion"**, mit Beiträgen von Oskar Negt, Peter v. Oertzen, Adolf Brock, Klaus Körber u.v.a. Bezug: Redaktion "Kooperation", Universität Bremen, Bibliothekstr., 28 Bremen 33
- **Die Meinungs- und Pressefreiheit** – didaktisch gestaltete Texte für den Schulunterricht, Seminare etc. Inhalt: Modellvorstellung im GG, Rechtsprechung etc.; Die Pressefreiheit, Wie entsteht eine Zeitungsmeldung, Die Bedingungen der Informationsauswahl, Pressekonzentration; Rundfunk und Fernsehen, Problematik der öffentlich-rechtlichen Organisationsstruktur; Die Zukunft?, Entwicklungstendenzen, Demokratisierungsvorschläge; zahlreiche Übungs- und Arbeitsanregungen. Bezug gegen Voreinsendung von DM 5,-- an: akut medien – medienpädagogische Vereinigung, Sprendlinger Landstr. 74, 605 Offenbach
- **Radikaler Historiker** Nr. 1/78, Inhalt: Wohnungsbau, Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik im 3. Reich; Überlegungen, Hypothesen, Fragestellungen anläßlich einer Arbeit über die Hamburger Hafenarbeiter vor dem 1. Weltkrieg; Bibliographie zu Klasse, Arbeitspolitik und Widerstand im nationalsozialistischen Europa. 24 S./DM 2,50. Bezug nur gegen Voreinsendung an Dr. Jürgen Klein, Rektor-Ritter-Str. 1, 205 Hamburg 80. Wer mitarbeiten möchte, wende sich ebenfalls an die Redaktionsadresse.

(5/5) **Thema: Repression und Gegenwehr**

- **Der Fall Clever Hof** – eine Dokumentation der Polizeiübergriffe auf das Jugendwohnkollektiv Clever Hof. Die Dokumentation enthält darüber hinaus eine rechtliche Würdigung und eine Zusammenstellung der Pressemeldungen. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 bei H. Schneider, Fasanenstr. 24, 506 Bergisch-Gladbach 1 zu beziehen
- **Urteilsbegründung im Politladenprozeß gegen Gerd Schnepel**; 90 S./DM 2,50. Gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck zu beziehen bei: Gegendruck, Wehmenkamp 27-33, 43 Essen 1

(5/6) **Graswurzelrevolution** – libertar-sozialistische Zeitschrift für gewaltfreie Gesellschaftsveränderung durch Macht von unten. Nr. 34/35 enthält: Bürgerinitiativen und Wahlen, Neues aus Tvind, Larzac, Christiania und Gorleben, Mescalero-Affäre, Stromgeldverweigerung. Gegen Voreinsendung von DM 2,40 bei Helmut Theison, Postfach 802, 525 Betzdorf

(5/8) **Entwicklungspolitik/Dritte Welt**

- **Die atomare Zusammenarbeit BRD – Südafrika** – eine Dokumentation zum Nukleargeschäft. Bezug: Anti-Apartheidbewegung, Buschstr. 20, 53 Bonn, 40 S./DM 1,50
- Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 2. Inhalt: **Angola – Die soziale Revolution**. 32 Seiten/DM 1,50; Bezug: ISSA, Buschstr. 20, 53 Bonn
- Kontakt – kritische Informationen aus **Lateinamerika** vom Lateinamerika-Komitee München. Als großes Faltblatt (A 2) Rückseite Poster – im Brennpunkt Mexico. Bestellung gegen Einsendung von DM 1,50 bei: Heno Cano, Orleansstr. 15, 8 München 80
- **Brennpunkt Nordostafrika** (Äthiopien-Eritrea-Somalia): Revolutionäre Klassenkämpfe und Nationale Befreiungskriege – Analysen – Berichte – Reportagen in der Reihe Internationalismus-Informationen des ISZ Gießen; 131 S./28 Karten und 20 Abb. Gegen Voreinsendung von DM 7.-- bei G. Schröder, Löberstr. 5, 63 Gießen-Lahn 1 zu beziehen

(5/9) **Kirche**

- Skandalon-Sonderdruck: Dorothee Sölles Vortrag **"Kreuz und Klassenkampf"**. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 zu beziehen bei: Redaktion Skandalon, Neckarstr. 25, 6095 Ginsheim 2
- **Fluchblatt** Nr. 31, Inhalt: Landessynode 1978 in Bad Neuenahr, Selbstschuß statt Selbstschutz, Gemeinde kontra Obrigkeit, Informationen; Bezug gegen eine Spende über die Redaktion, Madergasse 1-3, 74 Tübingen
- **Christen für den Sozialismus** Nr. 15; Inhalt: Schwerpunktthema "Nationale Sicherheit und innere Sicherheit" (Joseph Comblin, Mainzer Thesen, DDR/Bahro; Basisberichte: Kath. Kirche und Atomkraft, Fußball ja – Folter nein u.a.; Bezug: CfS c/o Karl Grünewald, Rüpingstr. 34, 44 Münster
- **Antimilitaristischer Buchversand** – neue Angebotsliste zu KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Nato, Friedensforschung, Staatsschutz und staatliche Gewaltapparate; kostenlos anfordern bei Antimilitaristischer Buchversand, Jügelstr. 1, 6 Frankfurt

(5/11) **Verkaufe**: Prokla 1-10/11 und Sonderheft 3-5: DM 30,--; alte SoPo 1-10: DM 30,--; Politikon 36/40-47/50/52/53/55: DM 8,--; Autonomie 6-8: DM 8,--; Frauenoffensive Journal 1, 3-5: DM 9,--; pad.extra 1/74 - 20/75: DM 9,--; Päd-Rundschau 76/77: DM 10,-- B:E 8/74 - 12/75: DM 10,--; Werner Gundel, Bucherstr. 70, 85 Nürnberg

Gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung

Material der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Am Wochenende 4./5. März 1978 traf sich die zentrale Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro auf einer Tagung in Wuppertal zum Thema Rationalisierung – Arbeitslosigkeit – Gegenwehr. Zuvor hatten bereits mehrfach Diskussionen über eine solche Initiative stattgefunden (auf einer früheren Arbeitsgruppentagung, im Delegiertenrat und im Arbeitsausschuß des SB), und eine eigens zur Konzipierung der Initiative gebildete Projektgruppe hatte für die Wuppertaler Arbeitsgruppentagung konkrete Vorschläge zur Konzeption und zu praktischen Aktivitäten ausgearbeitet. Nach zum Teil kontroversen Diskussionen in Wuppertal, in denen es vor allem um die Gewerkschaftsposition, um Fragen der Bündnispolitik und um die Möglichkeiten und Grenzen einer SB-Kampagne in dieser Frage ging (über die kontroversen Standpunkte ist im weiteren Verlauf der Konzipierung der Initiative auch in "links" zu diskutieren) wurde von der Wuppertaler Arbeitsgruppentagung mehrheitlich folgender Beschluß gefaßt:

"Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro sieht in der praktischen Auseinandersetzung mit den Problemen, die Krise und Arbeitslosigkeit sowie die kapitalistischen Krisen'lösungs'versuche stellen, eine zentrale Aufgabe der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit des Sozialistischen Büros. Sie sieht deshalb als einen Mangel an, daß im SB selbst sowohl in der Einschätzung der Situation als auch der Handlungsperspektiven Widersprüche und Unklarheiten bestehen, daß die Kräfte für eine gemeinsame wirksame Aktion nicht ausreichen.

Um diesem Mangel unter den gegebenen Bedingungen entgegenzuwirken, ist eine Verstärkung und Konzentration unserer bisherigen Aktivitäten notwendig. Die von der Projektgruppe vorgelegte Ausarbeitung "Warum eine Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung?" sowie die unterbreiteten Vorschläge für Aktivitäten im Rahmen einer solchen Initiative werden deshalb als Arbeitspapiere für die weitere Arbeit der lokalen Gruppen, der Projekte und Arbeitsfelder sowie der Publikationsorgane des SB angenommen. Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro fordert diese auf, zu untersuchen und zu erproben, inwieweit sich aus den im Papier enthaltenen Vorschlägen die Grundlage für eine Initiative des SB gegen Krise und Arbeitslosigkeit entwickeln läßt.

Die lokalen Gruppen, Projekte und Arbeitsfelder sowie Publikationsorgane im SB sollten daran mitarbeiten und mithelfen,

- Ansätze bisheriger Gegenwehr aufzugreifen, zu veröffentlichen und soweit wie möglich zu verstärken;
- dabei die eigene Rolle und die Handlungsspielräume des SB praktisch zu erproben;
- die bisherigen Antworten der Gewerkschaften und Parteien auf das Arbeitslosigkeitsproblem (einschließlich der bisherigen gewerkschaftlichen Rationalisierungsschutzpolitik und der Wirtschaftspolitik) kritisch zu diskutieren und diejenigen Ansätze gewerkschaftlicher Politik zu verstärken, die als realistische Alternativen von Sozialisten mitgetragen werden können;
- die bisherigen politischen Konzepte und Strategieansätze im SB zu überprüfen und nach den Übereinstimmungen zu suchen, die für ein gemeinsames Handeln des SB tauglich sind;
- Überlegungen dazu zu formulieren und in die SB-Gremien weiterzutragen, inwieweit sich aus den lokalen Ansätzen und Diskussionen eine allgemeine Perspektive und Praxis für das SB entwickeln läßt.

In diesen Prozeß soll die Frage nach der Kooperationsmöglichkeit mit fortschrittlichen Kräften außerhalb des SB einbezogen werden.

Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro beschließt, im Herbst 1978 eine erneute Arbeitsgruppentagung dazu zu verwenden, die bisherigen Ergebnisse zu sammeln, den strategischen Orientierungsprozeß voranzutreiben und zu prüfen, ob gegebenenfalls zentrale Aktivitäten des SB zu Krise und Arbeitslosigkeit notwendig und möglich sind oder nicht. Der Bereich Betrieb und Gewerkschaft sollte schon vorher erfahrungsbezogen auf die Arbeitsgruppentagung zuarbeiten und die Tagung vorbereiten."

Die von der Projektgruppe der Wuppertaler Arbeitsgruppentagung vorgelegte Ausarbeitung "Warum eine Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung?" und die ebenfalls von der Projektgruppe vorgelegten Vorschläge für Aktivitäten im Rahmen einer solchen Initiative haben folgenden Wortlaut:

Warum eine Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung?

Seit 1975 liegt die Zahl der in der Bundesrepublik registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt über der Millionengrenze. Zählt man die 600.000 ausländischen Arbeiter hinzu, die seit Beginn der Krise 1973 arbeitslos wurden und schließlich in ihre Heimatländer zurückkehren mußten, berücksichtigt man die Zehntausende von Jugendlichen, die bis heute keine Stellung gefunden haben und die mehr als 500.000 arbeitslos gewordenen Beschäftigten, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz schließlich resignierten und sich nach Auslaufen des Unterstützungsanspruchs – das betrifft vor allem Frauen – nicht mehr beim Arbeitsamt meldeten, so kommt man auf eine tatsächliche Arbeitslosenzahl von über 2 Millionen. Während die Beschäftigtenzahlen sanken, stieg die Arbeitsproduktivität von Jahr zu Jahr. Von 1970 bis 1976 erhöhte sich das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde um fast 40 Prozent. Immer weniger Beschäftigte erzeugen als Folge technologischer Umstrukturierungsprozesse und damit verbundener Veränderungen der Arbeitsorganisation eine immer größere Menge an Gütern. Produktion, Verwaltung, Dienstleistungssektor und öffentlicher Dienst sind einer Rationalisierungswelle des Kapitals und des Staates ausgesetzt, von der Millionen von Arbeitsplätzen bereits vernichtet worden sind oder aber in den nächsten Jahren noch bedroht sind. Die offiziellen Prognosen stimmen darin überein, daß die Arbeitslosigkeit zukünftig eher steigen als abnehmen wird. Die Massenarbeitslosigkeit, die in den Jahren der Hochkonjunktur vielen endgültig der Vergangenheit anzugehören schien, ist wieder zur Realität geworden.

Für alle Arbeiter und Angestellten bedeutet die Gefahr der eigenen Arbeitslosigkeit oder das tatsächliche Arbeitsloswerden einen Eingriff in alle Lebensbereiche. Wir sind alle betroffen:

- als Arbeitslose durch finanzielle und psychische Belastungen, die bei der heute um sich greifenden Dauerarbeitslosigkeit ein immer bedrohlicheres Ausmaß annehmen;
- als noch nicht unmittelbar Betroffene, die jedoch verschärfter beruflicher Unsicherheit, Einschüchterung und Disziplinierung am Arbeitsplatz und allgemeiner Existenzangst ausgesetzt sind;
- als durch die Arbeitslosigkeit von Angehörigen und Freunden mittelbar Betroffene;
- als Schüler, Lehrlinge und Studenten, unter denen Zehntausende keine Aussicht haben, später einen Arbeitsplatz zu finden oder übernommen zu werden;
- als Opfer staatlicher Sparmaßnahmen, die mit den hohen sozialen Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit begründet werden.

Wir alle sind Betroffene! In unserer praktischen Arbeit haben wir jedoch feststellen müssen, daß wir zur Arbeitslosigkeit und ihren Folgen oft nur ein hilfloses Schweigen als Antwort hatten. Viele von uns versuchten, das Problem zu verdrängen und entfernten sich damit von den von Arbeitslosigkeit unmittelbar Betroffenen oder Bedrohten. Aber wir haben uns dem Problem zu stellen! Wir müssen uns der Ursachen der Arbeitslosigkeit und der um sich greifenden Existenzvernichtung bewußt werden und dieses Wissen mit anderen Menschen zu teilen versuchen. Wir müssen über die Hintergründe der Arbeitslosigkeit aufklären und mit den Menschen, mit denen wir am Arbeitsplatz und im Wohnviertel zu tun haben, gemeinsam überlegen, wie wir uns wehren können – gegen die Auswirkungen kapitalistischer Rationalisierung, gegen Arbeitslosigkeit, gegen den Abbau staatlicher Sozialleistungen und gegen die in allen gesellschaftlichen Bereichen zunehmende politische Repression.

Eine Initiative gegen kapitalistische Arbeitsplatzvernichtung und ihre Folgen kann und muß für uns alle zum Lernprozeß werden. Wir haben uns immer als Basis-Organisation politisch aktiver Sozialisten verstanden. Das gilt für uns auch heute noch. Wir müssen versuchen, möglichst viele Menschen zu erreichen, um uns gemeinsam gegen kapitalistische Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung zu wehren. Diese Menschen erreichen wir aber nur, wenn wir aus unseren engen traditionellen politischen Zusammenhängen herausgehen. Herausgehen aber müssen wir selbst – nicht nur unsere Publikationen.

Wir müssen von unten – aus den Arbeitsfeldern und lokalen Gruppen – anfangen, Aktivitäten auf allen nur möglichen – auch zentralen – Ebenen zu entfalten. Wir werden bei dieser Initiative lernen müssen, auf die Straßen zu gehen und wieder mit "normalen" Menschen zu diskutieren. Wir werden Filmveranstaltungen im Stadtviertel organisieren, Aktionen vor Betrieben durchführen und andere Aktivitäten entfalten. Wir werden in den Gewerkschaften dafür eintreten, daß arbeitslos gewordene Kollegen weiterhin Kollegen sind und einen Anspruch auf alle gewerkschaftlichen Rechte haben. Wir müssen unter den Kollegen in den Betrieben Verständnis für die Lage der Arbeitslosen zu erreichen versuchen, um die Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitende und Arbeitslose in Frage zu stellen, wo immer uns das möglich ist. Wir müssen unsere Phantasie neu entdecken, um auch andere als die herkömmlichen Formen von Gegenwehr zu entwickeln.

In der Krise tritt die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems am deutlichsten zu Tage. Die Arbeitslosigkeit ist Ausdruck der Anarchie der herrschenden Produktionsverhältnisse. Sie trifft – in der einen oder anderen Form – alle Lohnabhängigen. Hier liegt eine Möglichkeit, die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und deren Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen bewußt zu machen und Ansätze praktischen Handelns zu unterstützen. Wir müssen uns

darüber klar sein, daß wir den Rechten das Feld überlassen, wenn wir als Linke in der gegenwärtigen Situation nicht versuchen, unsere weithin bestehende Isolation durch praktisches Handeln zu durchbrechen. Das ist keine taktische Frage, sondern eine Frage unseres politischen Überlebens! Auf diesem Weg aber wird uns kein abstraktes Programm und kein allgemeines Bekenntnis zur Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung weiterhelfen, sondern nur die Entwicklung und Umsetzung praktischer Handlungsansätze.
In diesem Praxisbezug sehen wir das Wesentliche dieser Initiative. Darin versucht sie, sich von anderen Initiativen zu unterscheiden, die sich eher mit programmatischen Forderungen und Erklärungen an den Staat, die Regierung, die Bundestagsparteien oder die Gewerkschaftsspitzen richten. Diese Initiative versucht vielmehr, die Betroffenen unmittelbar zu erreichen, ist dabei aber auch zur Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Institutionen und aktiven Einzelkämpfern bereit, die unter ähnlichen Vorstellungen initiativ werden möchten.

Vorschläge für Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung

Die im folgenden benannten Aktivitäten sind als Anregungen für mögliche Schwerpunkte eigener Praxis zu verstehen. Sie sollen die Entfaltung der Initiative erleichtern, Orientierungspunkte setzen und eher Anregung zur Entwicklung von Eigeninitiativen als Maßnahmekatalog zur möglichst vollständigen Umsetzung in der lokalen, regionalen und arbeitsfeldbezogenen Praxis sein.

1. Lokale und regionale Aktivitäten

1.1. Projektgruppen Arbeitslosigkeit

In den Orten und Regionen sollten aus den SB-Zusammenhängen Projektgruppen Arbeitslosigkeit gebildet werden. In diesen Projektgruppen sollten Vertreter möglichst aller am Ort aktiven Arbeitsfelder mitarbeiten. Aufgaben dieser Projektgruppen sind vor allem:
- Beschaffen, Sammeln und Weitergeben von Informationsmaterial an die Arbeitsfelder und an die lokale Gruppe
- Entwicklung von Vorschlägen für mögliche örtliche und arbeitsfeldbezogene Aktivitäten und deren Einbringen in die Gruppen- und Arbeitsfeldplenen
- Vorbereitung und Koordinierung arbeitsfeldübergreifender lokaler Aktivitäten
- Unterstützung der Arbeitsfelder bei eigenen Aktivitäten
- Unterstützung einzelner SB-Genossen, die in Initiativen außerhalb des SB mitarbeiten
- Durchführung von Untersuchungsarbeit

1.2. Theoretische Aufarbeitung der Problematik

Als Grundlage für Öffentlichkeitsarbeit und zur Erarbeitung einer politischen Strategie müssen die wichtigsten theoretischen Fragen zu Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen von weltweiter Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung diskutiert werden. Im Mittelpunkt muß eine am Bewußtsein der Betroffenen ansetzende Argumentation gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und das von Unternehmern, Staat und weithin auch von den Gewerkschaftsspitzen mitgetragene Krisenmanagement zu Lasten der Lohnabhängigen stehen. Besonders wichtig erscheint dabei die Auseinandersetzung mit den massenhaft verbreiteten Rezepten zur Lösung der Krise, wie sie von den Massenmedien, der Regierung, den bürgerlichen Wissenschaftlern, den Unternehmerverbänden usw. auf den "kleinen Mann" unter Berufung auf den "gesunden Menschenverstand" losgelassen werden. Dagegenzusetzen sind z.B. folgende Schritte:
- Diskussion wirtschafts- und gewerkschaftspolitischer Alternativvorstellungen (Gegengutachten zum Gutachten des Sachverständigenrates, DGB-Vollbeschäftigungsprogramm usw.) und deren konkrete Anwendungsmöglichkeiten bzw. -grenzen für die lokale und arbeitsfeldspezifische Praxis
- Entwicklung von Lernprozessen zum Verständnis ökonomischer Zusammenhänge und des Entstehens von Massenarbeitslosigkeit
- Bereitstellung geeigneter Materialien (Schulungsangebote, zentrale Informationsbörse, Ergebnisse von Untersuchungsarbeit, Unterstützung durch linke Wissenschaftler usw.)
- Entwicklung von Argumentationshilfen gegen die kapitalorientierten Krisenlösungsrezepte (die hohen Löhne sind für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, Rationalisierung schafft Arbeitsplätze, die Gewinne müssen steigen usw.)

1.3. Untersuchungsarbeit/Regionalanalyse der Arbeitslosigkeit

Parallel zur Theoriediskussion kann bereits die Untersuchungsarbeit anlaufen. In den Arbeitsfeldern müssen – in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Arbeitslosigkeit – die wichtigsten Daten über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit am Ort, über Widerstandsaktionen, die Struktur der Arbeitslosigkeit, deren Auswirkungen und über Gegenmaßnahmen staatlicher und städtischer Stellen und des Arbeitsamtes gesammelt werden. In dieser Untersuchungsarbeit müssen Schwerpunkte entsprechend den Zielgruppen und den vorhandenen eigenen Kräften gesetzt werden, um sich nicht in der Fülle des zur Verfügung stehenden Materials zu verlieren.

1.4. Flugblätter/Broschüren/Plakate und andere Materialien

Aufbauend auf den gesammelten Daten und den erarbeiteten theoretischen Erkenntnissen können in Zusammenarbeit von Projektgruppen, lokaler SB-Gruppe und den Arbeitsfeldern zielgruppenspezifische Flugblätter, Broschüren oder andere Materialien erstellt werden. Dabei spielt die Zusammenarbeit mit Mediengruppen und -arbeitern eine wichtige Rolle. Materialien – soweit nicht lokal vorhanden – können auch über die zentrale Infobörse angefordert werden. Mit Hilfe der auf diese Weise erstellten Materialien soll informiert werden und für Veranstaltungen und andere Aktivitäten sowie für die Mitarbeit in Initiativgruppen geworben werden.

erscheint sechsmal im Jahr (zweimonatlich oder 5 Hefte + 1 Doppelheft) mit einem Heftumfang von ca. 170 Seiten. Preis des Einzelheftes DM 9,–
Jahresabo: DM 44,–

VSA-Verlag
Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

1.5 Alternative Stadtzeitungen/Lokalpresse

Die linken Stadtzeitungen ("Volksblätter" usw.) sind verstärkt für Informationsweitergabe, Berichte über geplante und bereits gelaufene Aktivitäten und Versuche der Mobilisierung arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Kollegen zu nutzen. Wo dies – und sei es auch noch so beschränkt – möglich ist, sollte auch versucht werden, die bürgerliche Lokalpresse zu benutzen, um praktische Informationen weiterzugeben und über Aktivitäten zu berichten.

1.6. Veranstaltungen

Es sollten lieber viele kleine als wenige große Veranstaltungen durchgeführt werden. So wären Filmvorführungen, Straßentheater und Infostände in verschiedenen Stadtteilen denkbar. Auch hier hängt die Entscheidung davon ab, welche Zielgruppen man anzusprechen versucht. Von daher bestimmt sich auch, mit welchen Gruppen oder Institutionen man eine konkrete zielorientierte Zusammenarbeit sucht.

1.7 Aktivitäten in und vor Schulen, Berufsschulen, Arbeitsämtern und anderen Behörden

Eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten im Hinblick auf Aufklärung über Arbeitslosigkeit und praktische Gegenwehrmöglichkeiten können hier entwickelt werden. Träger dieser Initiativen werden wesentlich Lehrer, Sozialarbeiter und andere Angestellte im öffentlichen Dienst, die schon aufgrund ihrer beruflichen Situation mit Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit Bedrohten zu tun haben. Derartige Aktivitäten sind insbesondere aus den betreffenden Arbeitsfeldern heraus zu entwickeln.

1.8. Aktionen in und vor Betrieben

Aktionen in und vor Betrieben können nur durchgeführt werden, wenn wir konkrete Informationen über den betreffenden Betrieb und Wirtschaftszweig haben, denn Kollegen sollen sich in den Flugblättern, Informationsmaterialien und Aktivitäten wiedererkennen. Am vorteilhaftesten ist es natürlich, wenn Genossen in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind, die durch studentische und andere Genossen von außen unterstützt werden (durch Flugblattverteilen, Straßentheater, Filmvorführungen in der Nähe der Betriebe usw.). Bei diesen Aktivitäten sollte auch zur Mitarbeit in Initiativen und Projektgruppen aufgerufen werden. Von besonderer Bedeutung ist die Unterstützung bzw. Initiierung von Bürgerinitiativen, mit deren Hilfe der innerbetriebliche Widerstand gegen Stillegungen und Massenentlassungen auf möglichst breiter Basis von außen unterstützt wird.

1.9. Aktivitäten in den Gewerkschaften

Genaue Forderungen müssen erst noch als Resultat intensiver Auseinandersetzungen mit den gewerkschaftlichen Positionen erarbeitet werden. Zu den aktuell wichtigen Forderungen, die von uns bereits heute in die Gewerkschaften eingebracht werden können, zählen: gleiche Mitgliederrechte auch für Arbeitslose, Möglichkeit der Mitarbeit der arbeitslos gewordenen Kollegen in ihren bisherigen Betriebs- und Fachgruppen; notfalls ist aber auch die Gründung von Arbeitslosenfachgruppen zu fordern. Allgemein gilt es, der sich verstärkenden Tendenz entgegenzuwirken, daß die Gewerkschaften in ihrer praktischen Politik nur noch die Interessen der beschäftigten Mitglieder wahrnehmen. Strategien für den Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und Entlassungen durch Vertrauensleute und Betriebsräte und deren Einbringen in die Gewerkschaften müssen noch präzisiert werden.

1.10. Direktes Ansprechen von Arbeitslosen

An die bereits Arbeitslosen heranzukommen, ist zumeist sehr schwierig. Sie ziehen sich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück (z.T. gezwungenermaßen, z.T. aus Scham) und sind, da das Arbeitslosengeld aufs Konto überwiesen wird, auch nicht mehr – wie noch in den dreißiger Jahren – in Schlangen vor dem Arbeitsamt anzutreffen. Angesichts dieser insgesamt schwierigen Ausgangsbedingungen ist zu diskutieren, inwieweit es möglich ist (z.B. für Sozialarbeiter), Kontakte durch Hausbesuche, Gespräche an informellen Arbeitslosentreffs, u.U. aber auch vor dem Arbeitsamt, herzustellen. Ziel ist – neben praktischer Hilfe bei den für die Arbeitslosen mit Ämtern usw. bestehenden Problemen – die Aktivierung der Arbeitslosen für die Mitarbeit in Initiativen o.ä. Die Entscheidung über diese sehr arbeitsintensiven Aktivitäten hängt von den eigenen Kräften und evtl. bereits bestehenden ersten Kontakten ab.

1.11. Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen, Bürgerinitiativen gegen Arbeitslosigkeit und Selbsthilfekollektiven

Versuche, Arbeitsloseninitiativen zu gründen, in denen sich Arbeitslose zusammenschließen, sind in den letzten Jahren immer wieder gescheitert (bekanntestes Beispiel ist die Kölner Arbeitsloseninitiative). Die wenigen Arbeitslosen, die kamen, wurden sehr schnell von den Richtungskämpfen der in den Initiativen mitarbeitenden (zumeist studentischen) Vertreter linker Organisationen abgeschreckt und zogen sich bald wieder zurück.
Wesentlich positiver dürften dagegen Bürgerinitiativen einzuschätzen sein, die sich in ihrer Zielsetzung nicht eng auf die bereits Arbeitslosen beschränken. Sie sollten einen direkten Bezug zum Stadtteil haben, wodurch sich – vor allem in Orten mit wirtschaftlicher Monostruktur, in denen die Abhängigkeit der Beschäftigten wie der Arbeitslosen von einem Betrieb unübersehbar ist – Arbeitslose wie Beschäftigte und deren Familienangehörige im Kampf gegen Entlassungen und Stillegungen leichter zusammenschließen können. Darüber hinaus sollte auch versucht werden, Arbeitslose auf andere Bürgerinitiativen zu orientieren, um sie vor dem Abgleiten in Passivität durch Anbieten sinnvoller politischer und sozialer Aktivitäten zu bewahren.
An vielen Orten sind in den letzten Jahren unterschiedlichste Formen von Selbsthilfekollektiven zumeist jugendlicher Arbeitsloser entstanden. Wo diese versuchen, neue Formen kollektiven Lebens und Arbeitens unter schweren äußeren Bedingungen zu verwirklichen, sollten wir derartige Ansätze finanziell, durch praktische Unterstützungsarbeit und durch Verbreitung von Informationen über derartige Versuche unterstützen.

2. Aktivitäten der Arbeitsfelder

Hier können noch keine detaillierten Vorstellungen der in den einzelnen Arbeitsfeldern möglichen Aktivitäten entwickelt werden. Fest steht jedoch, daß die Gesamt-Initiative nur dann zum Erfolg werden kann, wenn große Teile der praktischen Aktivitäten von den Arbeitsfeldern getragen werden. Dabei muß sichergestellt sein, daß die Arbeitsfelder ihre spezifischen Erfahrungen und Aktivitäten in die jeweilige lokale oder regionale Projektgruppe einbringen und dort zur Diskussion stellen, wie umgekehrt die in den Projektgruppen erarbeiteten übergreifenden Informationen und Aktivitäten in den Arbeitsfeldern diskutiert und verarbeitet werden müssen. In vielen Fragen dürften verschiedene Arbeitsfelder gleichzeitig angesprochen sein und sich Ansätze zu arbeitsfeldübergreifender Tätigkeit bieten.

2.1. Arbeitsfeld Schule

Hier sind erstens Unterrichtseinheiten zu entwickeln und durchzuführen, die sich u.a. mit folgenden Problembereichen befassen:
- Berufsorientierung
- Jugendarbeitslosigkeit
- Funktion berufsvorbereitender Maßnahmen

Zweitens sind die Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit auf die Schule bzw. das Schüler/Lehrer-Verhältnis und sich daraus ergebende Konsequenzen und notwendige Veränderungen zu untersuchen.
Drittens stehen die Lehrerarbeitslosigkeit und die veränderten Ausbildungs- und Unterrichtsbedingungen zur Diskussion.

2.2. Arbeitsfeld Sozialarbeit

Hier geht es insbesondere um Untersuchungen und Erfahrungsaustausch über:
- Sozialhilfegesetzgebung, ihre Entwicklung und praktische Anwendung
- Umschulungsmaßnahmen und deren Auswirkungen
- Probleme besonders von Arbeitslosigkeit betroffener Gruppen (Jugendliche, ältere Beschäftigte, ausländische Arbeiter, Behinderte usw.)
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/Arbeitsförderungsgesetz
- Arbeitslosigkeit der Sozialarbeiter/veränderte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

Gerade dieser Teil des Aktionsprogramms sollte noch in den Arbeitsfeldern vor der Arbeitsgruppentagung diskutiert und präzisiert und die Ergänzungsvorschläge in das endgültige Aktionsprogramm aufgenommen werden.

3. Zentrale Aktivitäten

3.1. Informationsbörse

Die Einrichtung einer zentralen Sammelstelle für alle im Rahmen der Initiative nützlichen Informationen erscheint dringend notwendig. Zu den Aufgaben einer derartigen Informationsbörse zählen:
- Sammeln von Berichten über Aktionen und Veranstaltungen
- Sammeln von Hintergrundinformationen (Materialien zur wirtschaftlichen Lage u.ä.)
- Dokumentation gewerkschaftlicher Entwicklungen und Aktivitäten (Sammeln gewerkschaftlicher Forderungen, Krisenanalysen, Lösungsvorschläge)
- Vermittlung von Filmen und anderen die Initiative unterstützende Materialien (Sammeln von Informationen über Filme, Diaserien, Theater- und Musikgruppen, Ausstellungen usw.)
- Koordinierung von Terminen für Veranstaltungen
- Erstellung einer Referentenliste

3.2. Zeitungsflugblatt

Ein "links-express"-Flugblatt, mit dem die Initiative an die Öffentlichkeit treten wird, wird gegenwärtig erstellt. Es soll die Breite der Initiative dokumentieren, Zeitungscharakter haben, von der Sprache her einfach geschrieben sein, mit vielen Materialien aufgelockert werden und den "Mann auf der Straße" ansprechen. Es soll rechtzeitig genug fertiggestellt sein, um den lokalen Gruppen Zeit zu lassen, Regionalbeilagen für den 1. Mai zu erstellen und mit dem Flugblatt zu verteilen.

3.3. Broschüren/Argumentationshilfen

Eine Broschüre, die die wesentlichsten Bereiche der Initiative ansatzweise zu analysieren und zu dokumentieren versucht, ist erschienen. Notwendig ist es jedoch, diese Broschüre durch Broschüren zu ergänzen, die wesentliche Einzelaspekte genauer behandeln (z.B. Broschüren zum Themenbereich Jugendarbeitslosigkeit, Widerstand gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, Rationalisierung im öffentlichen Dienst, Frauenarbeitslosigkeit usw.)
Zusätzlich sollten Argumentationshilfen und -leitfäden erstellt werden, in denen in kurzer und klarer und allgemeinverständlicher sprachlicher Form die herrschenden Argumentationsmuster kritisiert, Widerstandsmöglichkeiten praktisch dargestellt werden usw. Diese Texte sollten insbesondere in Schulen, der Bildungsarbeit, in Betrieben und Gewerkschaften Verwendung finden.
Konkrete Arbeitsaufträge für Broschüren und Argumentationshilfen sollten an lokale Gruppen, Projektgruppen und Arbeitsfelder vergeben werden.

3.4. Publizistische Unterstützung durch "links" und "express"

Die Initiative soll durch eine kontinuierliche Berichterstattung in "links" und "express" wie auch in den Informationsdiensten der Arbeitsfelder unterstützt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt soll, u.U. in Verbindung mit einer zentralen Großveranstaltung, auch eine "links-express"-Sondernummer zur Unterstützung der Initiative erscheinen.

3.5. Wanderausstellung

Zur Unterstützung insbesondere von Veranstaltungen soll eine Wanderausstellung zusammengestellt werden. Diese hat in anschaulicher Weise über die Krise, die Rationalisierungsstrategien des Kapitals, die Arbeitslosigkeit und Gegenwehrmöglichkeiten zu informieren. Die Wanderausstellung sollte von den anfordernden Gruppen um lokale/regionale Materialien ergänzt werden.

3.6. Plakate/Plaketten/Luftballons und andere Materialien

Die Initiative sollte auf vielfältige Weise unterstützt werden. Das heißt aber auch Bereitstellung unterschiedlichster Agitationsmaterialien. Was wir dazu zunächst brauchen: Einfälle, Fantasie.

3.7. Rotarbeit

Im Rahmen der Anti-Repressionskampagne des SB wurde der "Rotarbeitsfonds" gegründet. Konkrete Rotarbeitsprojekte sind jedoch bislang nicht recht in Bewegung gekommen. Vielleicht finden sich im Rahmen der Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung Ansatzpunkte für erfolgreiche Rotarbeitsprojekte.

3.8. Sommerschule

Zukünftig soll jährlich eine "Sommerschule" des SB mit wechselnder Thematik stattfinden. Die 1978 erstmals stattfindende Sommerschule ist Bestandteil der Initiative gegen Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung. Mit der Sommerschule wird das Ziel verfolgt, eine Integrationsarbeit innerhalb des SB, aber auch zwischen SB-Mitgliedern und Sympathisanten zu leisten. Über die Enge der lokalen Gruppen und Arbeitsfelder hinaus kann im Sommerschulprojekt der Blick auf andere Erfahrungen gelenkt werden.
In Verbindung mit der Initiative können Zielsetzungen des Projekts sein,
- die Gruppen besser zu befähigen, eigene Analysen zu leisten (Fragen der Informationsbeschaffung, Analyse der lokalen Struktur der Arbeitslosigkeit usw.)
- Widerstandserfahrungen – auch historische – aufzuarbeiten und Handlungsperspektiven zu entwickeln
- Erfahrungen von Arbeitslosen selbst aufzunehmen.

Angesichts einer leider beschränkten Teilnehmerzahl und der mit diesem Projekt angezielten Integrationsfunktion wird der Kreis der Eingeladenen auf SB-Mitglieder und in SB-Zusammenhängen bereits mitarbeitenden Genossen beschränkt bleiben müssen. In besonderem Maße sollten Genossen, die im Betrieb arbeiten, an der Sommerschule teilzunehmen versuchen, um hier eigene Widerstandserfahrungen und -perspektiven schwerpunktmäßig aufzuarbeiten und in die Initiative einzubringen.

3.9. Regionale und zentrale Großveranstaltungen

Die Initiative ist dezentral angelegt. Eine zentrale Großveranstaltung sollte deshalb erst das Resultat tatsächlich stattfindender lokaler und arbeitsfeldbezogener Aktivitäten sein. Wo immer möglich, sollten jedoch bereits heute größere regionale Veranstaltungen und Aktivitäten geplant werden als Schritt zu einer zentralen Großveranstaltung, die nicht Abschluß der Initiative, sondern nur ein Höhepunkt in einer langfristig zu leistenden politischen Arbeit sein dürfte.

★

Knipperdolling – Münsteraner Generalanzweifler

Die Münsteraner Alternativzeitung Knipperdolling operiert auf einem schwierigen Gelände: Seit 1961 gewinnt die CDU Münster mehr als 50% der Sitze im Stadtrat, haben die Lokalzeitungen "Westfälische Nachrichten" und "Münstersche Zeitung" ein souveränes Monopol auf Verbreitung von konservativen Meinungen und gesicherten Informationen. Allein die "Westfälischen Nachrichten", die verständlicherweise der Ratsmehrheit verpflichtet sind, haben täglich eine Auflage von fast 180.000 Exemplaren. Von Münsters Bürgern sind 66% Beamte und Angestellte, nur etwa 25% Arbeiter.

Normal ist für die bundesdeutschen Städte ein Anteil von 33,6% Beamten und Angestellten. Münster hat also eine solide Basis für konservative Politik. Von den 260.000 Einwohnern Münsters ist jeder siebte ein Student, von diesen Studenten ist ein großteil 'links' eingestellt. Logisch, daß die Initiatoren und ersten Leser (einer Münsteraner Alternativzeitung) hier zu finden sind.

Die erste Nummer des Knipperdolling erschien im September 1975 mit einer Auflage von 500 Stück (Preis 50 Pfg.). Sieben Redaktionsmitglieder waren an der Produktion beteiligt. Die Auflage geht bis heute langsam aber stetig höher. Im Dezember 1976 beträgt sie 1.300 Exemplare, hält sich dann monatelang auf 1.500 und liegt seit Februar 1978 bei 2.500 Stück. Heute haben wir 25 Redaktionsmitglieder und hoffen in absehbarer Zeit eine Auflage von 3.000 Exemplaren zu verkaufen.

Es ist uns gerade in den letzten Monaten gelungen, eine Anzahl Kioske in den Verkauf einzubeziehen. Dies ist für uns finanziell nicht von Vorteil, da die meisten Kioske 30-40% des Verkaufspreises für sich als Verdienstspanne einbehalten. Wir erwarten uns jedoch von der Ausweitung des Kioskverkaufs, daß gerade nichtstudentisches Publikum verstärkt die Möglichkeit erhält, an den Knipperdolling heranzukommen.

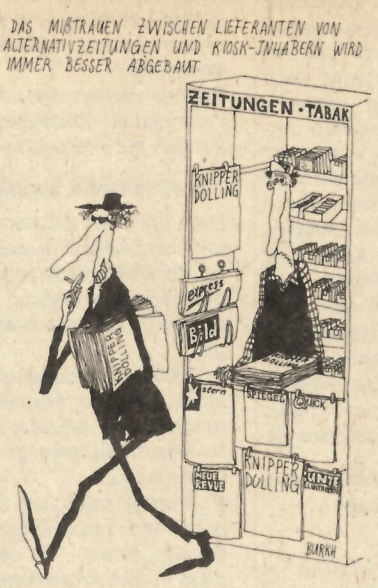
Ansonsten verkaufen wir die Zeitung frei Hand vor den Mensen, auf dem Wochenmarkt usw. – hierbei unterstützt von Genossen und Genossinnen des Sozialistischen Büros – und an einigen festen Vertriebsstellen wie Läden und Gaststätten (mit meist jugendlichem Publikum) und Buchhandlungen. Hauptbastion ist hier der linke Buchladen Rosta, der jeden Monat einige hundert Knipperdolling verkauft. Der Vertrieb war lange Zeit eine ausgesprochene Schwachstelle unserer Arbeit; seit ein Redakteur die Organisation des Vertriebs verantwortlich übernommen hat, läuft die Sache jedoch besser.

Ein zentrales Problem des Knipperdolling – wie wohl auch jeder anderen Alternativzeitung – ist die Sicherung bzw. Ausweitung des Leserkreises, und zwar aus politischen wie existentiell-ökonomischen Gründen. Aus dem zu der Zeit primär studentischen SB-Zusammenhang entstanden, stützte sich der Knipperdolling auch in seiner Leserschaft zunächst fast ausschließlich auf die diesen Zusammenhang umgebende Scene.

Unsere Hoffnung, auch über den studentischen bzw. Hochschulrahmen hinausgehende Kreise zu erreichen, mußten schon deshalb immer wieder enttäuscht werden, weil wir unsere Informationen und Berichte auch nur aus diesem Bereich bezogen. Die zwar vielfältigen Initiativen und Gruppen, für die wir zum Organ wurden, rekrutierten sich nämlich vorwiegend aus studentischen Kreisen. Zudem hatten wir es bis dahin nicht gelernt, den uns erreichenden Inhalten eine andere als studentische, d.h. flugblatt- oder referatsähnliche Form zu geben, die andere Leser hätte ansprechen können. Um unsere soziale Basis zu erweitern, unserem Anspruch gerecht zu werden, 'Alternative' nicht nur für uns (weil beim Zeitungmachen Lernprozesse ablaufen) und die eigene Scene zu sein, waren wir letztlich gezwungen, uns aus vertrautem Bereiche hinaus auf unsichere Gebiete zu begeben.

So beschäftigten wir uns nun mit den Eintrittspreisen im Zoo, mit Wohnraumzerstörung in einem Altbauviertel, mit Kleingärtnern, die gegen städtische Baumaßnahmen um ihre Anlagen kämpften und ähnlichem mehr. Dabei waren diese ersten Ansätze nicht Folge eines neuen Konzepts oder Redaktionsbeschlusses in Richtung Kommunalpolitik, sondern vielmehr auf Initiative einzelner Redaktionsmitglieder zustandegekommen.

Als Anspruch im Kopf hatten wir diese Hinwendung zum Kommunalen, zu den "Bürgern" eigentlich immer schon. Wir mußten aber zunächst unsere eigenen Unsicherheiten und Ängste überwinden, in uni- bzw. scenefernen Kreisen und Institutionen als Presse aufzutreten, als Vertreter eines Knipperdolling, der dort meist noch unbekannt oder gar (vom Namen her) für eine Karnevalszeitung gehalten wurde.



Mit diesen Ängsten haben wir auch heute noch zu kämpfen, wenn wir mit einer uns fremden Institution – z.B. Behörden der CDU-nahen Stadtverwaltung – wieder Neuland betreten.

Dadurch, daß die meisten von uns noch Studenten oder nicht mehr Studenten und noch nicht im Beruf sind, müssen wir dauernd von neuem die Kontaktbarrieren zwischen uns und den "Bürgern" bzw. Institutionen überspringen.

Unsere zunächst über den Kopf initiierte Hinwendung zum Kommunalen (denn wer interessierte sich z.B. schon vorher für den Neubau einer Mehrzweckhalle oder einen Gesamtverkehrsplan?) wandelte sich über die Arbeit am Thema in Betroffenheit. Wir stellten überrascht fest, daß fehlende Fahrradwege, eine verstopfte Innenstadt, Stadtautobahnen durchs Wohnviertel oder für Protzbauten vergeudete Steuergelder auch unseren Alltag bestimmten, auch wenn wir ihn nur drei oder vier Jahre mit dieser Stadt teilen mußten.

Uns wurde klar ("gewußt" haben wir das natürlich "immer schon"), daß jeder einzelne von uns, wenn er nach dem Studium oder später wegziehen würde, in der neuen Stadt mit den gleichen Problemen der Stadtverplanung, mit einem ähnlichen repressiven Kulturklüngel usw. konfrontiert würde.

Ermunternd in dieser Richtung wirkte sich nicht zuletzt das neue Interesse aus, auf das wir nun in der SPD und in SPD-nahen Kreisen trafen. In Münster ist die SPD durch einen relativ linken Unterbezirk vertreten, weil in den letzten Jahren eine Reihe Jusos aus dem Hochschulbereich in die Parteihierarchie nachgerückt sind. So war es für uns hier nicht so schwierig, Berührungspunkte zu finden, wie in manchen anderen Städten, in denen die SPD ebenfalls Oppositionspartei ist.

Die in Gang gekommene Entwicklung von der Hochschul- zur Stadtzeitung veränderte auch andere Bereiche unserer Arbeit. So haben wir gelernt, daß gute Artikel nicht nur am Schreibtisch geschrieben werden können, sondern vorher gründlich recherchiert werden müssen, wenn wir an den Erfahrungen breiterer Leserkreise anknüpfen wollen; wir sind sensibler, kritischer gegenüber "reinen" Scene-Inhalten und unserer eigenen Scene-Sprache geworden; wir haben angefangen, unser seit langem bestehendes Archiv der Münsteraner Lokal-

Holländer gegen Berufsverbote

Der Bürgermeister der holländischen Grenzstadt Enschede nahm vor einigen Monaten (14.12.77) in einem Schreiben an die westfälischen Stadtverwaltungen von Münster und Gronau Stellung zu den Berufsverboten in der BRD.

Darin heißt es: "Die Demokratie kann allein verteidigt werden ..., wenn wir uns weiterhin mit aller Kraft für die liberale Rechtspflege stark machen werden; wenn wir uns weiterhin mit aller Kraft Tendenzen entgegenstellen, die die Kritik als Motor der Demokratie abschaffen wollen, womit diese Demokratie die Kraft verliert, Mißstände durch Reformen zu verändern; ... und wenn wir den Mut haben, die Umstände im Stammheimer Gefängnis zu kritisieren.

Die Demokratie muß zu allererst verteidigt werden durch Offenheit, durch die Bereitschaft zum aufrechten und fundamentalen Dialog, durch Erneuerung unseres gesellschaftlichen Lebens und durch die Bekämpfung von gesellschaftlichen Mißständen. Und erst in außerordentlichen Fällen mit Verboten."

Abschließend bittet er um die Einstellung von Berufsverbotsopfern, soweit es im Machtbereich der Stadt steht.

Dies Schreiben, das im Stadtrat von Enschede von allen Parteien getragen wurde, wird in Münster wie in Gronau ignoriert, als "Verschlußsache" abgeheftet.

Die darauf erfolgte Veröffentlichung in holländischen Zeitungen wird als grobe Einmischung zurückgewiesen. Die Reaktionen der bundesdeutschen Kommunalpolitiker reichen vom Vorwurf der Unkenntnis, der Provokation bis hin, daß der Brief eine Aufforderung zum Gesetzesverstoß (Einstellung von Berufsverbotsopfern) beinhalte. Weiter wurde der Wortlaut des Briefes in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Da haben dann die Redakteure der Münsteraner Alternativzeitung "Knipperdolling" gezeigt, wie wichtig eine lokale Zeitung ist.

Sie besorgten im Eilverfahren den Text aus Holland, übersetzten ihn und verteilten mehr als 10.000 Knipperdolling Extra. Daraufhin zog auch prompt die Münsteraner Tagespresse nach.

Im Zuge dieser Affäre haben wir – die SB-Gruppe Münster – ein Mitglied des Enscheder Stadtrats eingeladen, auf einer Russell-Veranstaltung die holländische Kritik darzustellen.

Die grenzüberschreitenden Kontakte werden von uns weiter ausgebaut. In Enschede soll eine Veranstaltung über die innenpolitische Situation in der BRD stattfinden, an der sich die Pazifistische Sozialistische Partei, die Partei der Arbeit aus Holland und das Münsteraner SB beteiligen. Später soll eine Diskussion in Münster mit belgischen, holländischen und deutschen Sozialdemokraten und Linkssozialisten folgen.

JÜRGEN TRUMMEL
SB-MÜNSTER

zeitungen effektiver auszuwerten und eine andere, an nichtstudentische Lesegewohnheiten anknüpfende Form unserer Zeitung zu entwickeln.
Dabei geraten wir – wie wohl auch eine Reihe anderer Alternativzeitungen – manchmal in Gefahr, uns zu formal auf die Konkurrenz zur bürgerlichen Presse einzulassen. Es passiert uns dann – von (vermeintlichen) Erfolgen gestochen – schon mal, daß unsere "Konzessionen" an die Lesegewohnheiten und Bewußtseinsschranken der "Bürger" so in den Diskussionsmittelpunkt geraten, daß wir unseren eigenen alternativen Anspruch aus dem Auge verlieren. Es ist uns jedoch klar geworden, daß wir auf diesem Wege unser Standbein, nämlich unsere Verankerung unter den undogmatisch-sozialistischen Studenten ebenso verlieren würden, wie unser Spielbein, unsere Versuche in Richtung Stadtzeitung. Den Konkurrenzkampf um den Unterhaltungswert, aber auch lokalen Informationswert (durch tägliches Erscheinen) der bürgerlichen Lokalpresse würden wir allemal verlieren.
Wir sehen unsere Perspektiven vielmehr in der magazinähnlichen Monatszeitung, die sowohl den Hochschulbereich als auch lokale Themen abdecken sollte. So arbeiten in der Redaktion parallel zwei sogenannte Unterredaktionen, eine zu lokalpolitischen und eine zu hochschulpolitischen Themen.
Ein Verlust an Lesern und die daraus folgende Rückentwicklung der Auflage würde uns ökonomisch bereits existentiell treffen. Im Vergleich zu unserer Anfangszeit hat sich bis heute schon so etwas wie ein Apparat herausgebildet, der für uns erheblich Unkosten mit sich bringt.
Zunächst fand unsere gesamte Arbeit – von den wöchentlichen Sitzungen bis zum Layout – in Privatwohnungen statt. Auch nach mehrmaligem Wechsel der Räumlichkeiten wurde das für die jeweiligen Bewohner allmählich unzumutbar. Unsere Suche nach geeigneten und mietfreien Räumen verschlug uns schließlich in eine kalten und dunklen Keller mit zu niedrigen Decken, den uns das Kollektiv eines von Studenten bewohnten Hauses zur Verfügung stellte; für uns ein Fortschritt, weil wir uns dort wenigstens so halbwegs einrichten konnten und nicht dauernd aus dem Koffer arbeiten mußten. Aber nachdem wir uns die Köpfe oft genug wund gestoßen hatten und auch unsere Nieren in den Wintermonaten negativ auf die Raumtemperatur reagierten, entschlossen wir uns, Räume anzumieten. Wir fanden dann auch im selben Haus, im fünften Stock unter dem Dach, zwei große, aber kaum ausgebaute Räume, die wir uns bis heute endlich unter großem zeitlichen und finanziellen Aufwand ausgebaut haben. Die Miete tragen wir jetzt schon zum Teil privat; demnächst werden wir sie ganz aus der eigenen Tasche bezahlen.
Denn nach dem Raumausbau wollen wir uns ab April 1978 mit einem monatlichen Beitrag für einen (zusammen mit anderen Münsteraner Projekten) gemieteten Composer weitere zusätzlich Unkosten schaffen; auch das eine Konzession an die vielbeschworenen Lesegewohnheiten. Dazu muß man sagen, daß wir den Knipperdolling vorher lange Zeit auf zwei privaten mechanischen Schreibmaschinen getippt haben, bevor wir uns endlich eine gebrauchte elektrische Maschine anschaffen konnten – die uns dann auch noch geklaut wurde. Jetzt schreiben wir die ganze Nummer auf zwei elektrischen Maschinen, einer weiteren gebraucht gekauften und einer privaten.
Tatsächlich nehmen solche Fragen – um neue Schreibmaschinen, Mietbeitrag für Composer bis hin zur Anschaffung von zusätzlichen Lampen – einen relativ großen Raum in unseren Diskussionen ein. Eben weil jede größere zusätzliche Aufwendung direkt an unsere engen ökonomischen Grenzen stößt. Unsere Einnahmen aus Zeitungsverkauf und Anzeigen und die sehr bescheidenen Spenden reichen immer gerade aus, um unsere Unkosten für Miete, Druck, Bürobedarf, Porto, Telefonrechnung, Layoutmaterial und zusätzliche Unkosten (wie Raumausbau) zu decken. Eine ganze Reihe Zusatzkosten, die jeder einzelne aufwendet für Telefon, Benzin, Schreib- und Zeichenkram, Filme usw., werden noch immer privat getragen.
Mindestens ebenso stark wie unsere Finanzen belastet die Ausweitung unserer Arbeit ins "Apparathafte" uns selbst, unser Arbeitsklima und damit den ganzen Gruppenzusammenhang. Wir haben es bisher trotz hoher Fluktuation (infolge Studienende oder Uniwechsel) immer geschafft, eine nicht nur arbeitsfähige, sondern auch zum emotionalen, solidarischen Umgang miteinander fähige Gruppe zu erhalten.
Die Ausweitung der Kontakte, unser wachsender eigener Anspruch, professioneller zu arbeiten und der vermutete höhere Anspruch der Leser üben einen nicht geringen Druck auf die Gruppe aus. Unsere Sitzungen werden stressiger. Drei oder vier mehrstündige Termine in der Woche für jeden einzelnen von uns sind die Regel geworden. Gegen Redaktionsschluß und bei anderen zeitdruckverursachenden Anlässen investieren viele von uns auch mal ein paar Acht-Stunden-Tage zusätzlich ins Projekt.
In dem Widerspruch, einerseits besser und größer werden zu wollen, andererseits aber unseren Spaß an der Arbeit und Spaß aneinander zu erhalten, balancieren wir z.Zt. hin- und hergerissen auf die nächsten Nummern zu.
Der Knipperdolling ist von Studenten aus der Sozialistischen Gruppe Münster (heute Sozialistisches Büro Münster) ins Leben gerufen worden. Ursprünglich geplant als eine lokale Beilage für die "links", wurde er dann doch aufgrund des Engagements der Zeitungsgruppe eine richtige Alternativzeitung. Das SB Münster gibt heute gemeinsam mit dem Redaktionskollektiv den Knipperdolling heraus. Dies ist im Impressum ausdrücklich vermerkt. In der Redaktion selber sind ungefähr zur Hälfte SBler und zur Hälfte Unorganisierte. Das Verhalten der Redakteure in Diskussionen und Abstimmungen (die letzten machen wir sehr selten und dann äußerst ungern) ist jedoch durch die Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft im SB nicht determiniert. Meistens laufen die Meinungsfronten quer durch die Redaktion und wechseln von Mal zu Mal. Dies wird von uns allgemein als positiv empfunden; denn eine Fraktionierung der Redaktion in SBler und Nicht-SBler würde unsere gemeinsame Arbeit blockieren. Einige Genossen und Genossinnen aus der lokalen Gruppe des SB haben wiederholt die Befürchtung geäußert, daß der Knipperdolling sich vom SB wegbewegt, und den Wunsch nach einer statutenmäßigen Regelung des Verhältnisses vom Knipperdolling zum SB Münster. Die Redaktion hat solche Wünsche jedoch entschieden abgelehnt. Das gute Verhältnis des Knipperdolling zum SB sollte nicht durch Formalisierung behindert werden.

FRANZ BRÜSEKE
HERMANN ZAUM

Unterstützungskreis für die Herausgabe des "Buback-Nachrufs"

Die Prozesse anläßlich des Drucks und der verschiedenen Nachdrucke des „Buback-Nachrufes" sind im Gange. Längst stöhnt man schon: Mescalero und kein Ende. Die Anklageschriften und bisherigen Gerichtsbeschlüsse sind dick und wenig zugänglich, und das, was mit diesen Verfahren eigentlich in diesem Land an Zensur und Umfunktionierung bestehender Strafbestimmungen abzulaufen droht, gerät leicht aus den Augen. Aber um den Göttinger Studenten und „Stadtindianer", der den Nachruf schrieb, geht es nicht, auch nicht nur um den tatsächlich angeklagten Göttinger AStA und auch nicht nur um die 48 Hochschullehrer und Rechtsanwälte, die mit dem Nachdruck auf die öffentliche Zensur hinweisen wollten. Es geht zum einen darum, daß die jetzt Angeklagten anstelle jenes Mescalero der Strafverfolgung unterliegen sollen, und zum zweiten, daß ausdrücklich, über eine gewaltsame Dehnung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches über ihren in Gesetzestext und Rechtsprechungspraxis fixierten Anwendungsbereich hinaus, die persönliche Meinungsäußerung der Herausgeber bestraft werden soll …
Die geplanten politischen Prozesse werden vermutlich längere Zeit dauern, länger vielleicht als der Atem einzelner Kampagnen reicht. Wer den angeklagten Herausgebern beistehen will, muß mit dem Verschleiß rechnen, dem solche Kampagnen und ihre Stichwörter unterliegen. Was jetzt nötig ist, ist mehr als einzelne, zentral geplante Kampagnen von begrenzter Laufzeit. Auch diese natürlich! Der Widerstand gegen die kommenden politischen Prozesse muß eigentlich von ganz anderer Natur sein, also: er muß dezentral organisiert werden und muß aus vielen lokalen Ereignissen auf unterschiedlichen Ebenen bestehen, er muß im Grunde eher den Charakter von Bürgerinitiativen annehmen bzw. von solchen getragen werden. Gleichzeitig müßten die lokalen Gruppierungen aufrufbar sein zu einigen gemeinsamen Handlungen.
Um hierzu beizutragen, haben wir einen vorläufigen Unterstützungskreis zur Verteidigung der Herausgeber und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit gebildet. Dieser Unterstützungskreis wird einerseits selber Initiativen entwickeln, z.B. fortlaufende Dokumentation des Prozeßstandes; auf der anderen Seite bietet er sich als Kontaktstelle und Verteiler an. Deshalb ruft er alle rechtlich Denkenden in der Bundesrepublik Deutschland auf, sich da, wo sie leben, mit anderen, wenn nicht Gleichgesinnten, so Mitarbeitswilligen, zusammenzutun, um Initiativen auszudenken. Vor allem sollten sie ihre Ideen und Erfahrungen an den Unterstützungskreis zurückvermitteln, damit andere daran anknüpfen können. Es ist in dieser Zeit der Sprach- und Denkverbote wieder lebenswichtig geworden, daß jeder in seinem Lebens- und Arbeitsbereich den drohenden Rechtsverlust, die Gefährdung der Grundrechte zur Sprache bringt.

Was man z.B. dezentral machen kann:
– Leserbriefe an regionale Zeitungen schreiben, um verzerrende Berichterstattung zurechtzurücken oder auf fehlende hinzuweisen,
– Artikel und Berichte schreiben, z.B. für die verschiedenen Stadtzeitungen,
– Veranstaltungen anregen, wo mit den Betroffenen über die gegenwärtige Unterdrückungswelle gesprochen wird, über innere und äußere Zensur, über den Stand der Prozesse,
– eigene Veranstaltungen machen, z.B. in Zusammenarbeit mit Pfadfindern, Falken, Naturfreunden, Schreberjugend,
– dafür sorgen (z.B. durch Mitarbeit), daß von den Lokalbüros der Regionalzeitung über solche Veranstaltungen berichtet wird,
– entsprechende Lieder machen, singen und verbreiten,
– in kirchlichen Veranstaltungen auftreten und Kontakt mit kirchlichen Mitarbeitern suchen,
sowie: alle Ideen, Erfolge, Erfahrungen, lokale Rechtsbrüche, die mit den Prozessen zu tun haben oder ähnlich gelagert sind, an den Unterstützungskreis weitergeben.

INGEBORG DREWITZ, HELMUT GOLLWITZER, JULIUS POSENER
Spenden- und Unterstützungsbeiträge an: Institut für Kultur und Ästhetik (IKAe), Sonderkonto Unterstützungskreis, Berliner Bank (BLZ 10020000), Konto Nr. 462253-4001.

Grüne Liste Erlangen

Am 5. März 1978 waren in Bayern Kommunalwahlen. Die Grüne Liste stellte in der 100.000-Einwohner-Stadt Erlangen 26 Kandidaten auf. Einer wurde in den Stadtrat gewählt.
Wir haben uns für eine Wahlbeteiligung entschieden, weil wir uns davon einen breiten Öffentlichkeitseffekt für unsere kommunalpolitischen Aktivitäten erhofften; weil wir es für nötig hielten, konfliktorientiert unsere Arbeit in herrschende Institutionen hineinzutragen; weil wir uns einen Zuwachs an Information über Entwicklungen in der Stadt erwarteten (mit Recht: siehe unten); weil uns der Schmarren von der Wahl zwischen Pepsi – und Coca Cola (vgl. links 78, S. 22) unglaubwürdig erscheint: immerhin fordert der Wahlakt ja doch residuale Momente von Engagement der Bürger heraus – da erscheint es uns sinnvoll, öffentlich die Handlungsweisen darzulegen, die wir alternativ zu den vorfindlichen für vernünftig halten. Die auf diesem Hintergrund entstandene Grüne Liste wurde von folgenden Gruppen getragen: Ökologiegruppe, Radlerinitiative, Fränkischer Bundschuh/Kommando Unabhängiges Franken, Stadtindianer, AG Reggae, Bürgerinitiative Saumarkt, Bürgerinitiative Offenes Atelier, AUD Erlangen, Bürgerinitiative Mehr Demokratie, Kommunalpolitischer Arbeitskreis und schließlich auch vom SZ Erlangen, von dem dieser Artikel stammt.
Der Entstehungsprozeß der Erlanger Grünen Liste war ein langer und widerspruchsreicher. Von Anbeginn war klar, daß wir vom Sozialistischen Zentrum (SZ) Erlangen allein eine solche Liste nicht würden hervorbringen und tragen können. So konstituierte sich im Herbst 1976 erst einmal ein kommunalpolitischer Arbeitskreis in Kooperation von SZ und der Bürgerinitiative Mehr Demokratie (BIMD), bei dem dann sehr bald eine Reihe Nicht-Organisierter mitarbeitete. Aus diesem Arbeitskreis gingen eine Anzahl öffentlicher Aktivitäten hervor, mit denen es uns möglich war, dezidiert sowohl konkrete Alternativen im Einzelfall vorzuschlagen, wie auch auf den gesellschaftlichen Bedingungsrahmen solcher Konflikte einzugehen, zum Beispiel:
● Wir erfuhren, daß der Bürgermeister der Stadt – ein Studiendirektor mit solidem Einkommen – in einer Sozialwohnung wohnt. Dieser skandalöse Einzelfall (in seiner Bedeutung leicht vermittelbar) gab den Hintergrund ab, das Problem der sozialen Mißstände im Wohnungswesen argumentativ aufzugreifen und schließlich auch ökonomische Alternativen zu veröffentlichen. Am konkreten Problem haben wir dann in einer Veranstaltung noch vor der Wahl unsere Kritik an marktwirtschaftlichen Systemzwängen, unsere Kapitalismuskritik, deutlich gemacht. Wir haben erläutert, wie wir die gesellschaftliche Lösung des Problems sehen. Dazu haben wir ein Modell vorgeschlagen zur Finanzierung bei genossenschaftlicher Organisation der dezentral zu entwickelnden Bauvorhaben.
● Im Sommer 1977 haben wir mit einer Fahrrad-Demonstration für vernünftigere Verkehrskonzepte gestritten. Dabei konnten wir anknüpfen an relativ günstige Voraussetzungen im Erlanger Raum (bereits hohes Aufkommen des Fahrradverkehrs, gutes Radwegenetz, dessen weiterer Ausbau politisch durchsetzbar ist …). Der aktuelle Verkehrskonflikt macht sich an der Frage fest, ob eine weitere Schnellstraßenverbindung zwischen den Haupt-Stadtteilen Erlangens gebaut werden soll. (Sie hätte ökologisch wie verkehrspolitisch üble Konsequenzen.) Die CSU tritt vehement für deren Bau ein, die unmittelbaren Interessen der Autofahrer aufgreifend, die jetzt zu den Stoßzeiten im Schrittempo rollend in die Stadt ein- und aus der Stadt ausrücken. Die SPD ist gespalten. Wir konnten ansetzen an den konkreten Folgen dieses Bauprojekts (weitere Zerstörung der Innenstadt, Vertreibung der Bewohner durch den Lärm), notwendige Alternativen deutlich machen: Ausbau des Nahverkehrsnetzes, d.h. zumindest Gleichberechtigung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr (das bedeutet Finanzierung eines erweiterten und frequenzerhöhten Busverkehrs).
Solche Konzepte sind im bürgerlich parlamentarischen Normalbetrieb nicht vorgesehen. Das Gesamtinteresse konstituiert sich da aus Individualinteressen. Die Individuierung der Individuen drückt sich im Gebrauch je eines rollenden Blechkastens pro Arbeitnehmer aus (besonders in Erlangen, wo Uni-Akademiker und Siemens-Karrieristen das soziale Bild bestimmen).
● Und wir sind auch an Themen gescheitert: Längere Zeit haben wir uns mit Problemen der Sozialarbeiter in Erlangen befaßt. Städtisch angestellte Sozialarbeiter brachten in den kommunalpolitischen Arbeitskreis ihre Erfahrungen und Vorstellungen ein. Obwohl konkrete Ansatzpunkte für eine Arbeit im Bereich der Verfügungswohnungen vorlagen, kamen wir doch nicht über eine bloße Propagierung von allgemeinen Konzepten hinaus (Schaffung von Stadtteilhäusern, dezentraler medizinischer und sozialer Versorgung und Dezentralisierung von städtischer Verwaltung …). Praktisch-politische Arbeit hätte in diesem Bereich einen persönlichen und zeitlichen Einsatz erfordert, der von uns nicht hat geleistet werden können, zumal wir zunächst einmal stark an den Themen arbeiteten, in denen sich unsere direkte Betroffenheit ausdrückte.

● Genausowenig haben wir bisher vermocht, die Gewerkschaftsarbeit des SZ mit der kommunalpolitischen Aktivität zu verbinden. Das liegt zum einen daran, daß beispielweise die Tätigkeit eines DGB-Arbeitskreises, der sich u.a. bei der Entwicklung eines Kommunikationszentrums in Erlangen engagierte, vom DGB gestoppt wurde. Der Arbeitskreis wurde aufgelöst, primär wegen seiner Aktionen gegen Kernkraftwerke. Als Hintergrund wird man aber wohl auch die Kandidatur zahlreicher Gewerkschaftsfunktionäre bei der SPD sehen müssen. Zum anderen sind von einer Mehrheit in der Grünen Liste Themen aus dem Bereich der Gewerkschaftsarbeit eher distanziert betrachtet worden (Bautätigkeit der Neuen Heimat, Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst). Das hängt zusammen mit der Ablehnung institutionsbezogener Handlungskonzepte und mit der Vorstellung von der Entwicklung einer autonomen politischen Bewegung (gekennzeichnet durch das Schlagwort: "Die Parteien pfeifen auf Ihre Interessen – pfeifen Sie auf die Parteien!"). Da liegt also ein Thema politischer Auseinandersetzung innerhalb der Grünen Liste.
Zusammenfassend: wir haben Themen aufgegriffen, an denen wir eigene Betroffenheit erkannten. Die Sozialwohnung des Bürgermeisters entzieht uns Wohnraum, die Fixierung auf das Auto als Verkehrsträger ist gesellschaftlich quasi normativ – wir wollen uns aber mit den daraus resultierenden Folgen nicht abfinden. Zumal sich hinter dieser Frage noch die städtebauliche Doktrin der Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung verbirgt, in der sehr zentral sich der Geist dieser Gesellschaft (in seiner ökonomischen Bestimmtheit) ausdrückt. Und wir wünschen uns in der Tat nicht Menschen, die zum Fließband gehen (um Cohn-Bendit zu zitieren, "links" 79, S. 15).
Aber im bisher Beschriebenen spiegelt sich nicht die ganze Grüne Liste Erlangen. Ihre zweite Quelle ist die Stadtzeitung 'was lefft' mit verschiedenen Gruppen subkulturellen Charakters. Der Kontrapunkt zur 'grauen Wühlarbeit', zur Bemühung um ein inhaltliches Selbstverständnis liegt in deren Beharren auf Aktionen hier und jetzt, in der Absetzung von akademischer Erarbeitung von 'Positionen', in der Verarschung von Autoritäten – müssen wir doch selbst aufpassen, daß wir uns nicht zu neuen Autoritäten mausern.
Die eigentlichen Spontis, oder eben die unter dem Eigennamen 'Spontis' sich Treffenden (oder wie immer man's nennen kann), die hielten allerdings Abstand. Sie würden sich an keiner Wahl beteiligen, sagten sie.
Das Spannungsfeld, in dem die Grüne Liste sich entwickelte, ist vorgestellt. Wir haben nicht mit einer umfänglichen Konzeptdiskussion angefangen, Reformismus und Faschismus geklärt (wie unsere SB-Genossen in Nürnberg) usw., sondern wir haben uns mal eingelassen auf konkrete Probleme, die wir z.B. spürten, wenn wir im Autobus zur Weihnachtszeit saßen und im Schrittempo durch die Lichterwüste nach Hause gekarrt wurden. Aber auch die verschiedenen Stadtteil-Bürgerinitiativen mit sozialer Mischstruktur hielten sich zurück. Nur in einigen konkreten Fällen haben Mitglieder der Grünen Liste und Bürgerinitiativler direkt zusammengearbeitet. Die an der Grünen Liste beteiligten Bürgerinitiativen sind im wesentlichen Teil des linken politischen Spektrums Erlangens.
Wir haben dann an den Problemen gelernt, wie sie entstehen (dazu haben wir natürlich mehr gebraucht als nur die Probleme anzuschauen, wir haben auch Bücher und Texte gelesen, lange Diskussionen geführt, uns von sonnigen Vorschlägen irritieren lassen, die die Einführung von Palmen und weißem Sand in die Erlanger Innenstadt und das öffentliche Abspielen von Reggae-Musik zum Inhalt hatten …).
Und wir haben eine Menge Leute in Erlangen irritiert. Im Januar haben wir den Erlanger Redoutensaal gemietet und eine Diskussion zum Thema "Linksalternativen zur SPD" veranstaltet, zu der 600 Leute kamen. Schließlich haben wir bei der Wahl auch 2% der Stimmen bekommen: einen Stadtrat-Sitz.
Wolfgang Lederer ist jetzt Stadtrat und dazu muß man auch was sagen: Vor knapp 2 Jahren hat die SPD Wolfgang Lederer ausgeschlossen (vgl. "links" 80, S. 9). Innerhalb der Erlanger SPD gab es starke Pro-

teste, und in der Folge dieses Ausschlusses ist auch die Selbstauflösung der Juso-Hochschulgruppe im Sommer 1977 zu sehen (was die SPD nicht daran hinderte, wieder die Gründung einer neuen Juso-HSG zu veranlassen) sowie der Austritt von 25 Erlanger SPD-Mitgliedern im November 1977. Wolfgang Lederer ist von ca. 1.700 Erlangern gewählt worden (das entspricht ca. 4% der Wähler). Bei den bayerischen Kommunalwahlen kann man panaschieren, d.h. seine Stimmen (jeder hat so viele Stimmen, wie Sitze zu vergeben sind) auf Kandidaten mehrerer Parteien verteilen. Das Ergebnis spricht dafür, daß sehr viele SPD-Wähler dem SPD-Dissidenten Stimmen gegeben haben. Und das ist nicht das unwichtigste Ergebnis unserer bisherigen Arbeit. Es sind erste schwache Einbrüche in die Loyalität zu den vorgefundenen Autoritäten. Die Angst vor dem politischen Nichts, das links von der SPD beginnt, könnte als produzierte Angst erkennbar werden. Das wars bis heute.

Wir müssen jetzt mit einer Menge Sachen fertig werden. Wolfgang Lederer soll nicht als "schlechte Kopie" des nur seinem Gewissen verantwortlichen Parlamentariers im Stadtrat hocken (solche Ängste halten u.a. die Hamburger SB-Genossen von einer Wahlbeteiligung ab, "links" 97, S. 25; liebe Genossen, dagegen kann man was tun – das ist nicht Schicksal, mystifiziert mal die bürgerliche Gesellschaft nicht so arg). Mit diesem Stadtratsmandat haben wir vielmehr ein Instrument, um unsere politischen Basisaktivitäten deutlich zu machen und in Institutionen einzubringen (siehe Begründung der Wahlbeteiligung oben).

Wir haben nach der Wahl genauere Kenntnis bekommen von Problemen in der Stadt (Bauplanungen, die Wohnraum bedrohen z.B.), die für uns neue Ausgangspunkte für eigene Aktionen sind.

Wir werden jetzt vermehrt von Genossen aus anderen Orten gefragt, was wir getan haben bisher, wie wir unsere Arbeit organisieren.

Wir haben ein deutliches Defizit in Fragen der Selbstorganisation, es drohen sich informelle Hierarchien durchzusetzen – dagegen werden wir etwas unternehmen müssen. Wir werden weiter die 'graue Wühlarbeit' mit allerlei Aktivismus vermitteln müssen (für die ganz ängstlichen SBler: "Alle eskapistischen Produktionsformen der Phantasie haben … die Neigung, in einer gewissen Entfernung von der Realität umzukehren und sich gerade realen Bezügen zuzuwenden", aus Negt/Kluge 'Öffentlichkeit und Erfahrung' "es" 639, S. 72).

PETER PLUSCHKE
SZ ERLANGEN

Alternative Bildungsarbeit —Tagungsbericht—

Tagungsberichte wie dieser haben einen sehr fragwürdigen Stellenwert. Will man so "objektiv" wie möglich sein, werden sie leicht zu einer Ansammlung von Phrasen. Wenn dann andererseits aus solch einem Bericht die Darstellung einer bestimmten "Position" wird, verliert er eigentlich seine Berechtigung. Dann könnte man doch gleich einen Artikel schreiben! Dieser Widerspruch steckt auch im folgenden Bericht. Dennoch soll ein größerer Kreis von Interessenten erfahren, was bei uns so läuft, welche Erfahrungen einfließen und an welchen Diskussionspunkten wir weiterarbeiten werden.

Zur Wochenendtagung in Köln trafen sich etwa 40 Bildungsarbeiter aus den verschiedenen Bereichen, um über "Alternative Modelle in der Bildungsarbeit" zu diskutieren. Vorgestellt wurden dort vier bereits existierende alternative Bildungseinrichtungen, die im folgenden kurz skizziert werden sollen:

- "Arbeitskreis Demokratische Bildung" in Bergisch-Gladbach. Dieser Arbeitskreis entstand, nachdem Kurse an der dortigen Volkshochschule auf Grund veränderter Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament aus dem Programm genommen werden. Diese Kurse werden jetzt von dem Arbeitskreis in anderen Räumen angeboten, und die Genossen sind bemüht, das Programm auszuweiten.
- Alternatives Bildung- und Freizeithaus Altenmelle. Diese Bildungsstätte entstand, nachdem einige Leute ein ehemaliges Altersheim aufkauften und dies renovierten. Charakteristisch für Melle ist die Aufhebung der traditionellen Trennung von pädagogischer und verwaltender (Kochen, Putzen etc.) Arbeit. Z.Zt. finden dort Seminare, Bildungsurlaube u.a. mit unterschiedlichen Teilnehmergruppen statt. Die Mitarbeiter bringen insbesondere ihre vielfältigen handwerklichen Qualifikationen ein.
- Haus Dachsberg. Das Haus Dachsberg ist ein Zentrum der Internationalen Jugendinitiative Emmaus. "Dieser Name wurde zu einem Symbol für Solidarität und unbürokratische Hilfe. Die wirtschaftliche Grundlage bilden Sammlung und Wiederverkauf von Gebrauchtgegenständen und Altmaterialien, die in der Überflußgesellschaft in der Regel als Abfall weggeworfen werden … Unser Ziel ist auch, nach den Ursachen von Not und Elend zu fragen, sie bewußt zu machen und Ansätze einer Änderung zu finden." (Aus einer Selbstdarstellung).
- Haus Balchem in Köln. Im Haus Balchem sollte die Konzeption des "gemeinsam leben – gemeinsam lernen" verwirklicht werden. Aus diesem Grund richtete die Volkshochschule einen Kurs ein, der sich vorwiegend an Jungarbeiter/innen wandte, mit dem Ziel, unter "pädagogischer Aufsicht" Bildungsprozesse in einer größeren Wohngemeinschaft zu initiieren. Nach Konflikten mit dem Träger wurde die Konzeption allerdings soweit verändert, daß alle Mitarbeiter kündigten.

Nach der Vorstellung der Projekte bildeten sich drei Gruppen an folgenden Fragestellungen:

- wieweit können Linke noch institutionelle Bildungsarbeit betreiben (sogen. "Institutionsgruppe?")
- wie sieht das Verhältnis von institutioneller und alternativer Bildungsarbeit aus (sogen. "Randgruppe")?
- was kann alternative Bildungsarbeit konkret alles bedeuten (sogen. "Alternativgruppe")?

Die "Institutionsgruppe" betont die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Teilnehmer leben (müssen). Wie die Teilnehmer erzogen worden sind, wie ihre täglichen Arbeitsbedingungen aussehen, welche

kleinanzeigen

FILM/THEATER/KULTUR

(5/12) **hanni manni** ist eine Zeitschrift, die eine Kritik der Ware Popmusik versucht. Heft 4/5 enthält auf 72 Seiten Beiträge über die Vermarktung von Texten und den Tod von Elvis, über punk rock (30 Seiten), Rezensionen u.v.a.m. Gegen Voreinsendung von DM 4,50 bei Andy Ortmann, Postfach 251, 4811 Oerlinghausen zu beziehen

(5/14) **Sacco & Vanzetti** – Ein Theaterstück nach Erich Mühsams "Staatsräson". Mit Bildern und Dokumenten sowie der 1972 erschienenen Solidaritätsbroschüre der Roten Hilfe Deutschlands "Folterkammer Amerika"; 70 S. Gegen Voreinsendung von DM 5,50 bei der Studiobühne c/o Wolfgang Schulz, Neubergstr. 17, 87 Würzburg zu beziehen

(5/15) **Volksfest in Pontedera** – Dokumentarfilm über eine Reise des SZ München zu einem Unitá-Fest der PCI in der Toskana. Dieser durchaus subjektive Film (16 mm, s/w, Magnetton, 15 min) kann für DM 30,-- ausgeliehen werden beim SZ München, Heßstr. 80, 8 München 40

(5/16) **Schubladenliteratur** gesucht zum Thema Selbstveränderung und politischer Praxis in den Bereichen: Wohn- und Arbeitszusammenhänge, Männer-, Frauenbewegung, Knast- und Stadtteilarbeit, Alternativen, Sprache, Sexualität. Wir sind auf der Suche nach Gedichten, Kurzgeschichten etc. Fritz Bonin, Schwachhauser Heerstr. 8, 28 Bremen 1

(5/17) **Kameraden?** – Ein Theaterstück mit Aktion, Rock und Blues, das sich mit der Orientierungs- und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen nach Schulabschluß befaßt und auch auf das Wiedererstarken von neofaschistischen Jugendgruppen eingeht. Die Schorndorfer Hammerschlag Theater AG möchte das Stück (2 Std.) in der BRD spielen; Kosten: DM 600 plus Fahrtkosten (evtl. Übernachtung für 15 Personen); Weitere Informationen: Herbert Federsel, Rathausstr. 30, 7062 Rudersberg, Tel. 07183/7320

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(5/18) Jugendzentrum sucht **Sozialarbeiter und Sozialpädagogen** (derzeit arbeiten 8 Mitarbeiter ZDLs, Honorarkräfte, Werkstattbetreuer mit). Bewerbungen an: Personalamt der Stadt Ludwigsburg, 714 Ludwigsburg; Bewerbungsdurchschrift und nähere Informationen: Aktionsrat der Villa 5, Pflugfelderstr. 5, 714 Ludwigsburg, Tel. 07141/18423

(5/19) Jugend- und Drogenberatungsstelle in Gießen sucht einen **Zivildienstleistenden** mit sozialpädagogischer Ausbildung. Tel. 0641/73303

(5/20) **Gemeinschaftspraxis** von Ärzten, Psychologen, Juristen und Sozialarbeitern in einem Arbeiter-Stadtteil geplant. Beginn: Ende 1978 in Kassel. Welche(r) Arzt(in), Psychologe(in), Jurist(in) hat Interesse. Gerhard Bertram, Goethestr. 71, 35 Kassel, Tel. 0561/77922

(5/21) **Sozialarbeiter** für Jugendzentrum in Ostwestfalen. Anfragen unter Chiffre 5/21 an Sozialistisches Büro

(5/22) Sozialpädagogin sucht **Jahrespraktikantenstelle** zum 1.10.78 oder später im Raum Frankfurt/Darmstadt im Bereich vor- oder außerschulische Erziehung, Gesundheitswesen. Irmgard Gerlach, Sandbergstr. 53, 61 Darmstadt

5/23) Sozialarbeiterin sucht ab 1.10 für ein halbes Jahr **Praktikumsstelle** für das Anerkennungsjahr im Bereich Hort, Kindertagesstätte oder Familienfürsorge im Raum DO, HB, E; Marga Böttcher, Sandbergstr. 53, 61 Darmstadt

(5/24) Sozialpädagoge sucht ab 1.9. **Stelle als Zivildienstleistender** (möglichst in Verbindung mit Anerkennungsjahr) im sozialpädagogischen Bereich im Raum DO, HB, E; Michael v. Knobloch, Heidelbergerstr. 83, 61 Darmstadt

(5/25) **Volljurist/Politologe** sucht Mitarbeit bei Anwaltsbüro, alternativem Projekt, Tel. 06421/47433

(5/26) **Betriebswirt**, unorganisierter Linker, Anfang dreißig,durch mehrjährige Tätigkeit in der "freien Wirtschaft" frustriert, sucht Arbeit in linkem Betrieb, Organisation etc. Anfragen unter Chiffre 5/26 an Sozialistisches Büro

(5/27) **Sozialpädagogin** (grad. und dipl.) sucht Arbeitsplatz in Berlin im Bereich Heimerziehung, Hort oder Sozialpsychiatrie. Renate Fentzke, Schwabstr. 12/1, 74 Tübingen

(5/28) Sozialpädagogin, 29, sucht ab September 1978 Alternativprojekt im Raum Heidelberg (Randgruppenarbeit); Gisela Figge, Mührenkamp 48, 433 Mühlheim

(5/29) **Erzieherin**, 26, sucht Stelle in Eltern-Kind-Gruppe, nicht ortsgebunden. Te. 05231/27570

ARBEITS-/WOHN-FREIZEITKONTAKTE

(5/30) Wer hat Lust, sich langfristig an einem alten, renovierbedürftigen **Bauernhaus**, Nähe Stadt zu beteiligen. Nähere Informationen Tel. 040/2298729 (Astrid und Thomas)

(5/31) Suche liebe, feminine, politisch interessierte Frauen zur Gründung einer **Frauen-Wohngemeinschaft** in Hamburg. Astrid, 27, studiere Psychologie. Tel. 040/2298729

(5/32) Wir suchen Anschluß, Zusammenarbeit, Austausch mit Leuten, die einen **alternativen Lebensstil** realisieren wollen. Evtl. regelmäßige Treffen im süddeutschen Raum. Peter Wurster, Uferstr. 3, 764 Kehl-Kork

(5/33) Suche Platz zum Leben und Wohnen in einer **Gemeinschaft** in Frankfurt. Peter Janecek, Charlottenstr. 8, 74 Tübingen

(5/34) Suche Zimmer in **WG** in Mainz ab Mai. Werner Feldes, Weißenburgerstr. 2 a, 674 Landau; Tel. 06341/84207

(5/35) Suche Zimmer in **WG** im Raum Düsseldorf/Mettmann, Tel. 030/6146432

(5/36) Drei berufstätige Frauen suchen noch zwei ebenfalls berufstätige Frauen für eine **Wohngemeinschaft** in Frankfurt. Wohnung ist vorhanden. Tel. 0611/724872

(5/37) Düsseldorfer Knastarbeitsgruppe mit dem Ziel einer alternativen Gefangenenbetreuung sucht **Kontakt zu Gefangenen**. Kontakt über "Der Buchladen", Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf 1

(5/38) CVJM-Centrum in Hamburg bietet **Tagungs- und Schlafmöglichkeiten** für ca. 25 Personen! Auskunft und Anmeldung: CVJM, Dulsberg Nord 55, 2 Hamburg 70, Tel. 040/6953090

TERMINE

- 29. April - 14. Mai **Freies Theaterfestival** in München; Nähere Informationen Redaktion Blatt, Adelgundenstr. 18, 8 München 22
- 30. April **Jugendtreff**/Maivorfeier im Salvatorkeller in München: Theater-Musik-Ausstellungs-Workshops im Non-Stop; um 17.30 Uhr spielen die Schmetterlinge ihre **Proletenpassion**
- 4. Mai - 7. Mai Treffen der **Frauen aus Naturwissenschaft und Technik** in Frankfurt, Kontakt: Anette Lossau, Leipzigerstr. 32, 6 Frankfurt, Tel. 0611/771680
- 13. - 15. Mai überregionales Treffen von **Berufschullehrern und -studenten**. Informationen: Bernd Klempp. Tessinstr. 5, 74 Tübingen-Kilchberg
- 26. - 28. Mai **Bayerisches Jugendzentrumstreffen** in Geretsried/München; Anmeldung bei AG SPAK c/o Bernd Heckmair, Belfortstr. 8, 8 München 80
- 18.5. Schmetterlinge spielen für Schulklassen die **Proletenpassion** im Volksbildungsheim in Frankfurt; Nähere Informationen Arbeitsfeld Schule im SB, Tel. 0611/285281, 16-18 Uhr

22. Mai **Proletenpassion** im Bürgerhaus Nordwestzentrum Frankfurt. Beginn: 17 Uhr. Vorverkauf im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

- **Tagungen der AG SPAK**

12.-14.5. Köln: Arbeitsbeschaffung nach der Haftentlassung
26.-28.5. Oldau: Methoden in der Knastarbeit
9.-11.6. Bempflingen: Strafvollzug – Sozialtherapie
26.-28.5. Hamburg: Überregionale Tagung des Projektbereiches Psychisch Kranke
26.-28.5. Roßdorf: Rechtliche Situation von Obdachlosen
16.-18.6. Achberg: Randgruppentheorie
Weitere Informationen: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

- 30.6.-2.7. (anläßlich der Kieler Woche) findet ein Treffen der **europäischen Atomgegner** in Kiel statt. Nähere Informationen und Anmeldungen an: Politische Ökologie, Poppenrade 5, 23 Kiel 14, Tel. 0431/727231
- **Biermann-Tournee "Trotz alledem …"** – alle Veranstaltungen beginnen um 20.00 Uhr
  1.5. vormittags/ 1. Mai-Kundgebung in Koblenz
  1.5. 20.00 Uhr Saarbrücken – Saarlandhalle
  3.5. Tübingen – Mensa II
  5.5. Ulm – Donauhalle
  6.5. Eppelheim/Heidelberg – Rhein-Neckar-Halle
  8.5. Hannover – Eilenriedhalle
  10.5. München – Basketballhalle
  12.5. Nürnberg – Halle K im Messezentrum
  13.5. Regensburg – Uni Audi Max
  14.5. Kaufbeuren – Eissporthalle

MATERIALIEN GESUCHT

- Pflegestellenwesen; Maria Prins, Graf-Johann-Str. 28, 297 Emden
- Gemeinwesenarbeit; Kurt Gabriel, Dionysiuskirchplatz 5, 43 Essen 11
- Finanzierung und Durchführung selbstorganisierter, anerkannter Ausbildungsmöglichkeiten in Jugendwohngemeinschaften, Jugendzentren; Verein für soziale Jugendarbeit, Kreulkerhok 9, 4421 Reken 3
- Funktion der Sozialarbeit am Beispiel Altenarbeit; Gabi Müller, Pallaswiesenstr. 30, 61 Darmstadt
- Flugblätter, Artikel, Fotos, Protokolle aus der Zeit der Studenten- und Kommunebewegung; Ursel Nachtsheim, Ohmtalstr. 14, 3553 Cölbe-Bürgeln
- Prokla 19-21 und Theo Pirker: Die blinde Macht; Unkosten werden erstattet. Hans-Günter Grewer, Im Heimgarten 14, 66 Saarbrücken
- Italien – Informationen, Adressen, Erfahrungen im Bereich Erwachsenenbildung, außerschulische Jugendarbeit; Sigrid Haynitsch, Voßstr. 41, 3 Hannover
- Zeitungen, Zeitschriften, Berichte, Kontakte von/über autonome Kulturläden und Stadtteilzentren im westeuropäischen Ausland (F, I, NL, DK); Kulturladen, Schulstr. 6, 355 Marburg
- Alternativbewegung, Selbsthilfegruppen, Bedeutung für die Sozialarbeit. Unkosten werden erstattet; Gerd Dubiel, Schützenhof 26, 586 Iserlohn

Von der Wiege bis zur Bahre sind die schönsten Lebensjahre

Montage: Harry Böseke/Christian Schaffernicht

Möglichkeiten sie haben, mit ihren Kollegen die Bildungsprozesse fortzusetzen – das sind die Lebensumstände der Teilnehmer, die wir in der Bildungsarbeit innerhalb wie außerhalb der Institutionen gleichermaßen vorfinden. Dieser Auffassung entsprechend könnte es also keine allgemeine Rechtfertigung von alternativer Bildungsarbeit aufgrund der Grenzen der Institutionen geben. Die Freiräume sind sehr unterschiedlich und nur dort, wo es gar nicht mehr geht, sollte man Alternativen entwikkeln.

Die sich anschließende Frage: wann ist es notwendig, alternativ zu arbeiten? war auch Gegenstand der sogenannten "Randgruppe". Klar, diese Frage muß in dieser Allgemeinheit unbeantwortet bleiben, zumal die Reibungspunkte auch in Köln weniger in dem Zeitpunkt oder dem Grad der Repression bzw. Einschränkung lagen, sondern in der Vorstellung über das, was in der pädagogischen Arbeit möglich und sinnvoll ist. Die Diskussion schwankte deshalb auch zwischen der politischen Überschätzung von Bildungsarbeit und der Hoffnung auf eine ganz andere Bildungsarbeit. Zu diesen Hoffnungen meinte ein Bildungsalternativler ganz treffend: "Manche sind mit dem Kopf weiter als mit den Füßen".

Zentrale Punkte der Diskussion, besonders in der "Alternativgruppe", waren folgende Feststellungen: wir werden zwar zu Pädagogen ausgebildet, finden dann aber keine Anstellung; die Arbeit mit ständig wechselnden Gruppen (z.B. Bildungsurlaube) führt zu einem hohen Grad an Entfremdung; die herkömmliche Bildungsarbeit läuft über den Kopf; in der alternativen Arbeit könnte man dagegen auch praktisch-handwerklich arbeiten; wir Pädagogen sollen auch verstärkt unsere eigenen Bedürfnisse einbringen und nicht immer nur "für andere" arbeiten.

Wie so oft in Diskussionen über "Alternativen" wurden die damit verbundenen Ansprüche und Hoffnungen auf Aufhebung vieler Mißstände immer umfangreicher. Einige Teilnehmer zweifelten dann sehr massiv an der Aufhebbarkeit des "pädagogischen Verhältnisses" in solchen Alternativen. Denn auch dort werden ja gerade unsere Vorsprünge in Wissen und (vielleicht auch technischen) Qualifikationen das bestimmende unserer Profession sein. Da bliebe uns eigentlich nur die Aufgabe dieses Berufes und der Übergang zum Arbeiter, Angestellten oder Handwerker. Z.B. könnte man im Haus Balchem mitarbeiten, die täglichen Brötchen aber außerhalb verdienen. Eine solche Konsequenz wollte dann doch keiner ziehen – wir hängen anscheinend trotz alledem an unserem Pädagogenberuf!

Mit welchen politischen Zielen gehen wir an die alternative Bildungsarbeit? Diese Frage erhitzte zwar einige Gemüter, wurde aber unausgesprochen ständig mitdiskutiert, wenn z.B. von Arbeiterjugendlichen als Zielgruppe die Rede ist, oder wenn die Beziehungen und Umgangsformen als Folgen einer Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft verändert werden sollen. Da arbeiten wir mit allen möglichen Tricks (z.B. Medien) und nicht mehr nur über den Kopf, damit den Teilnehmern Veränderungsmöglichkeiten erfahrbar werden. Die Ziele unserer pädagogischen Arbeit sind dann nicht mehr direkt sichtbar. Die Verfasser sehen eine nicht zu unterschätzende Gefahr in der Überbetonung anderer Methoden und Rahmenbedingungen, wenn die zumindest unter der Hand einfließenden pädagogisch-politischen Ziele nicht mitdiskutiert werden.

So verständlich es sein mag, wenn man nach den Erfahrungen mit den linken Dogmatikern der 70er Jahre, die sich in ein total menschenfernes politisches "Notwendigkeitenkarussel" begeben haben, nichts mehr von dem Anspruchshickhack hören will, so gefährlich wäre dennoch, die (unvermeidlich) politischen Implikationen herauszulassen. Die sozialen Bewegungen sollten in den alternativen Bildungsansätzen ein "Instrument" finden, das sie für die Bewegung nutzen können. Wenn wir aber mit Initiativen und Institutionen zusammenarbeiten wollen, müssen wir politische Prioritäten setzen, mit wem man was machen will. Darin sind wir uns bestimmt nicht a priori einig!"

Vom 7.-9. Juli 1978 findet in Altenmelle die nächste Tagung statt. Dort nehmen wir uns schwerpunktmäßig ein Projekt vor, und zwar den "Arbeitskreis Demokratische Bildung" in Bergisch Gladbach. Wer den Info-Rundbrief zugeschickt haben möchte und sich zur Tagung anmelden will, schreibe an: Arbeitsfeld Bildungsarbeit im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 605 Offenbach.

ACHIM SCHRÖDER
GERHARD EBERT

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Flugblatt "links-express-Sozialistisches Büro"; Prospekt "Umwelt – Landbau – Ernährung"; Prospekt des vsa-Verlag mit angeklebter Postkarte.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1978 DM 28,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift